

Zeitschrift

für

Sozialökonomie

Thomas Betz	10 Jahre keine Einheit – Ein Kompendium wirtschaftspolitischer Fehler _____	2
Thomas Lang	Monetäre Globalisierung _____	20
Hermann Scheer	Umriss einer solaren Weltgesellschaft _____	35
	Bücher _____	42

Liebe Leserin und lieber Leser,

im Zuge der deutschen Wiedervereinigung wurden ökonomische Weichen falsch gestellt – mit gravierenden sozialen und politischen Folgen. Deshalb beschäftigt sich Thomas Betz in seinem Beitrag zum vorliegenden Heft mit den Fehlern der deutschen Wirtschaftspolitik. Der Streit, den die Politiker am 10. Jahrestag der Wiedervereinigung um ihre Anteile an der deutschen Einheit austrugen, offenbarte zudem einen erschreckenden Mangel an politischen Visionen. Staatliche Einheit allein bleibt ein Torso, solange die 'innere Einheit' nicht erreicht ist und solange der 'Nationalfeiertag' weder an ein identitätsstiftendes Ereignis erinnert noch Anlaß zum Nachdenken über gesellschaftspolitische Werte und Ziele gibt. Viel geeigneter als der 3. Oktober wäre der 9. November als ein wirklich geschichtsträchtiger Tag: nach dem Untergang des deutschen Kaiserreichs rief Scheidemann an diesem Tag 1918 die Republik aus, die genau fünf Jahre später durch den gescheiterten Hitler-Putsch erschüttert wurde. In der schändlichen Pogromnacht vom 8. auf den 9. November 1938 zeigte sich der barbarische Charakter des Nationalsozialismus. Und schließlich ist der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 ein historisches Datum, das alljährlich an die Notwendigkeit erinnern könnte, sich für Menschenrechte und Demokratie einzusetzen und sich ihrer Gefährdung durch braune und rote Totalitarismen bewusst zu bleiben. Gäbe es zum Beispiel gegenwärtig nicht sinnvollere zivilgesellschaftliche Zeichen in Berlin zu setzen als einen Wiederaufbau des Schlosses oder die Renovierung des Palastes der Republik zu betreiben?

Stattdessen wird neuerdings viel von einer 'deutschen Leitkultur' geredet und übersehen, dass die 'Leitkultur' – in Deutschland und weltweit – von den Interessen des Geldes definiert wird. Schon bei Friedrich Schiller heisst es in seinem Gedicht "An die Freunde": "Auf dem Markt der Welt / herrscht der Erde Gott, das Geld." Mehr als 200 Jahre

nach der Proklamation der Menschenrechte verbreitet das "Handelsblatt" gegenwärtig eine Broschüre mit dem Titel: "Jeder hat ein Recht auf Rendite". "Von der Revolte zur Rendite" überschrieb der "Spiegel" kürzlich eine Ausgabe (21/2000) mit einem Rückblick auf die 68er Zeit der heute Regierenden. Damit ist der Geist der sich seit der Wende in Mittel- und Osteuropa global ausbreitenden Herrschaft des Kapitals treffend beschrieben. Dazu passend wirbt die Citibank mit dem Slogan: "Hier wächst Ihr Geld mit Ihren Ansprüchen." Und die Dresdner Bank fordert ungeniert dazu auf: "Global investieren – grenzenlos profitieren". Anders als die 68er lassen sich junge Menschen gegenwärtig in einem besorgniserregenden Umfang von diesem (Un)Geist erfassen. In der neuesten Shell-Jugendstudie werden sie als überwiegend ichbezogen und erfolgsorientiert beschrieben. Ein Selbstverständnis als Architekten einer zukünftigen Gesellschaft ist out. Glücklicherweise gibt es Ausnahmen wie den Ökonomen Thomas Lang, der in seinem Beitrag zu diesem Heft die "monetäre Globalisierung" durchleuchtet.

Auch die bisherige Energiepolitik ist ein konstituierender Bestandteil des globalen Kapitalismus, dessen Exponenten den Atomausstieg hinauszuzögern bestrebt sind. Bundeswirtschaftsminister Werner Müller brachte es am 5. Juli 1999 in den ARD-Tagesthemen auf den Punkt: "Der Betreiber eines Kraftwerks kann es nicht einfach nur aus politischen Gründen abschalten; dann entsteht den Aktionären ein Schaden." Seit längerem widersetzt sich Hermann Scheer, der Präsident von Eurosolar, dem Vorrang von Aktionärsinteressen vor dem Leben. Für seinen Einsatz für einen Übergang zur wirtschaftlichen Nutzung der Sonnenenergie wurde Scheer mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet, wozu wir ihm herzlich gratulieren. Wir freuen uns, Ihnen in diesem Heft eine Zusammenfassung seiner Gedanken über eine solare Weltwirtschaft vorstellen zu können.

Werner Onken

Thomas Betz:

10 Jahre keine Einheit

Ein Kompendium wirtschaftspolitischer Fehler

"Die Einheit ist den Deutschen nicht bloß
in den Schoß,
sie ist ihnen vor allem auf den Kopf gefallen."
Adolf Muschg, Schweizer Schriftsteller, 1993

10 Jahre nach Vollzug der politischen Einheit ist Deutschland von einer Einheitlichkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse so weit entfernt wie vom Selbstverständnis einer homogenen Nation. Offenbar hat nicht einmal jeder fünfte Deutsche heute den Eindruck, dass Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West überwiegen.¹ Und der Spiegel konstatiert: "Von der viel beschworenen ‚inneren Einheit‘ sind die Deutschen heute weiter entfernt als vor der offiziellen Vereinigungsfeier am 3. Oktober 1990."² Für die wirtschaftliche Ebene lassen sich konkrete und einigermaßen objektive Messgrößen ermitteln, die auch Gegenstand der vorliegenden Betrachtung sind. Für die menschliche Ebene sind wir auf subjektive Einschätzungen verwiesen. Aber es muss alarmieren, dass heute nur noch 41% der 16-29-jährigen Westdeutschen mit den Ostdeutschen in einem Staat zusammenleben wollen.³ Das Ansehen der Marktwirtschaft hat sich im Osten rapide verschlechtert: Kurz nach dem Mauerfall äußerten 77% der Ostdeutschen eine gute Meinung zum Wirtschaftssystem der Bundesrepublik. Heute ist dieser Wert auf 26% gesunken.⁴ Ganz offenbar besteht zwischen den beiden Ebenen ein Zusammenhang, denn auch im ökonomischen Bereich lassen sich Stagnationen bzw. rückläufige Entwicklungen feststellen, wie noch gezeigt wird. Nicht zuletzt angesichts der Aufwendungen in Billionenhöhe, die die Einheit bislang gefordert hat und weiter fordern wird (s.u.), ist diese Entwicklung mehr als unbefriedigend.

Für dieses Missverhältnis gibt es konkrete Ursachen. Sicher ist es ein Leichtes, in einer ex-post-Betrachtung Fehler aufzuzeigen. Hinterher ist man immer klüger. Aber vor 10 Jahren und auch noch lange danach wurden in Deutschland Entscheidungen getroffen, deren teilweise verheerende Aus-

wirkungen durchaus vorhersehbar waren und auch vorhergesehen wurden und – nicht immer, aber doch oft – sogar von den verantwortlichen Entscheidungsträgern selbst.

1. Die DDR am Ende: Das Ende der DDR

Bis zur Wende waren die europäischen Nationen jeweils einem der beiden weltpolitischen Lager zugehörig; mit der Ausnahme Deutschlands, welches die Spaltung Europas gewissermaßen am eigenen Leib erfuhr. Die DDR war also das einzige COMECON-Land mit einer kulturellen Entsprechung auf der westlichen Hemisphäre und dadurch einem besonderen Druck ausgesetzt.

Das östliche Deutschland rangierte auf der Skala der stärksten Industrienationen der Welt auf Platz 10. Der Lebensstandard der Bevölkerung war (gemessen in Kaufkraftparitäten) höher als in den EU-Mitgliedsstaaten Griechenland und Portugal und der höchste aller sozialistischen Staaten sowieso. Ähnliches galt für die medizinische und die Sozialversorgung. Es hat alles nichts genutzt: Solange der "große Bruder" in Sachen Wohlstand eben auch die "bessere Hälfte" war und mit diesem materiellen Glück auch lockte, indem er Staatsangehörige der DDR als solche nicht anerkannte, sondern rechtlich als Bundesdeutsche betrachtete und damit eine völlig unkomplizierte Übersiedlung in Aussicht stellte, war Unfreiheit eine notwendige Voraussetzung für die staatliche Existenz der DDR: Physische Unfreiheit wurde durch die hermetisch abgeriegelten Westgrenzen und entsprechende Abkommen mit den östlichen Nachbarländern gewährleistet. Geistige Unfreiheit wiederum gewährleistete die physische Unfreiheit, indem sie verhindert hat, dass letztere in Frage gestellt werden konnte.

Diese Kombination aus Gängelung und Beschränkung konnte die Existenz der DDR über Jahrzehnte erfolgreich sichern. Aber die Zeit spielte

gegen sie. Denn im Rest der Welt entwickelte sich eine immer intensiver werdende – Grenzen eben gerade überschreitende – Verflechtung wirtschaftlicher, politischer, kultureller und nicht zuletzt auch individueller Natur; später Globalisierung genannt. Der Anachronismus, den eine Politik der Isolation, wie sie die DDR betrieb, bedeutete, wurde immer augenscheinlicher.

Letzter Garant für die Sicherstellung der existenznotwendigen Unfreiheit in der DDR war die Sowjetunion. Als aber Gorbatschow, Perestroika und Glasnost in Moskau einzogen, war das Ende nicht mehr weit. Nicht genug damit, dass die bisherige Rückversicherung der Macht auszufallen drohte und letztlich auch tatsächlich ausfiel:⁵ Ausgerechnet Moskau propagierte nunmehr Offenheit, angstfreie Kommunikation, internationalen Austausch und demokratischen Wandel. So etwas konnte der Staat DDR nicht nur nicht gebrauchen. Es war für ihn eine tödliche Bedrohung. Die Machthaber versuchten sich zu retten, indem sie die Absurdität noch steigerten und die Isolation nach Osten hin ausdehnten: So wurde z.B. im Sommer 1989 die Auslieferung der sowjetischen Kulturzeitschrift Sputnik in der DDR unterbunden. Erst die Einsicht in ökonomische Zusammenhänge verhalf der Führungsriege schließlich zu der Erkenntnis, dass es wohl nichts mehr zu retten gab.

Direkt nach Honeckers Sturz am 18. Okt. 1989 wurde Gerhard Schürer, Chef der staatlichen Plankommission, von Egon Krenz beauftragt, die wirtschaftliche Lage der DDR zu analysieren und dem Politbüro der SED ungeschminkt zu präsentieren. Von der "geheimen Verschlussache b5 1158/89" wurden exklusiv 40 nummerierte Exemplare erstellt. Nicht einmal der später Krenz nachfolgende Ministerpräsident Hans Modrow – immerhin noch SED-Mitglied – hatte davon Kenntnis (hingegen offenbar Helmut Kohl⁶). Am 30. Okt. 1989 wurde das später so genannte "Schürer-Papier" dem Politbüro vorgestellt. Es war das vielleicht wichtigste wirtschaftshistorische Dokument der ehemaligen DDR überhaupt:

Schürer begann zunächst mit dem Üblichen und lobte und pries die DDR und ihre Leistungen. Dann erwähnte er, was schon nicht mehr so üblich ist, dass die DDR in ihrer Arbeitsproduktivität weit hinter der Bundesrepublik zurücklag und

kam schließlich unvermittelt auf den Kern des Problems zu sprechen. Dabei bemühte er sich noch um eine marxistische Terminologie: "Im Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens sowie der zur Verfügung stehenden Ressourcen besteht ein Missverhältnis zwischen dem gesellschaftlichen Überbau und der Produktionsbasis. Die Verschuldung im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet ist seit dem VIII. Parteitag gegenwärtig auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR in Frage stellt. ... Im Zeitraum seit dem VIII. Parteitag wuchs insgesamt der Verbrauch schneller als die eigenen Leistungen. Es wurde mehr verbraucht als aus eigener Produktion erwirtschaftet wurde zu Lasten der Verschuldung im NSW⁷, die sich von 2 Mrd. VM⁸ 1970 auf 49 Mrd. VM 1989 erhöht hat."⁹

Zwischen 1971 und 1980 wurden Waren im Wert von 21 Mrd. VM mehr importiert als exportiert. Bereits ab 1981 war man bemüht, den Schuldenberg wieder abzutragen. Das von der Sowjetunion gelieferte Erdöl wurde weniger verbrannt, sondern in seiner Funktion als Brennstoff verstärkt durch Braunkohle und Erdgas ersetzt, zu Erdölprodukten veredelt und diese auf den Weltmarkt gebracht. Die so erzielten Exportüberschüsse reichten aber gerade für die Zinszahlungen, so dass der von Schürer so genannte "Sockel" im Zeitraum zwischen 1980 und 1986 auf einem in etwa gleichbleibenden Niveau i.H.v. ca. 28 Mrd. VM gehalten werden konnte.

Aber 1986 brachen die Preise für Erdölprodukte weltweit ein. Im Zeitraum zwischen 1986 und 1988 beliefen sich die gesamten Exportüberschüsse auf nur noch 1 Mrd. VM, während allein der Kapitaldienst für die Devisenkredite mit 13 Mrd. VM zu Buche schlug. Statt des geplanten Devisenexportüberschusses von 23 Mrd. VM für den Fünfjahresplan von 1986 bis 1990 ist nunmehr von einem Importüberschuss i.H.v. 6 Mrd. VM auszugehen. Entsprechend belief sich der "Sockel" Ende 1989 bereits auf 49 Mrd. VM. Die Folge: "Mit den geplanten Valutaeinnahmen 1989 werden nur etwa 35% der Valutaausgaben insbesondere für Kredittilgungen, Zinszahlungen und Importe gedeckt. 65% der Ausgaben müssen durch Bankkredite und andere Quellen finanziert werden. Das bedeutet, dass die fälligen Zahlungen von Tilgungen und

Zinsen, d.h. Schulden mit neuen Schulden bezahlt werden." ¹⁰ Selbst wenn es gelungen wäre, in 1990 die Handelsbilanz wieder einigermaßen auszugleichen, wäre im selben Jahr ein Kapitaldienst i.H.v. 8 Mrd. VM fällig gewesen, der "Sockel" wäre auf 57 Mrd. VM angewachsen u.s.w..

Angst vor dem IWF:

Schürer entwickelte drei Szenarien und beschrieb zunächst, was passieren würde, wenn nichts passiert: "Die Konsequenz der unmittelbar bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit wäre ein Moratorium, bei dem der IWF bestimmen würde, was in der DDR zu geschehen hat. Solche Auflagen setzen Untersuchungen des IWF in den betreffenden Ländern zu Fragen der Kostenentwicklung, der Geldstabilität u.ä. voraus. Sie sind mit der Forderung auf den Verzicht des Staates, in die Wirtschaft einzugreifen, der Reprivatisierung von Unternehmen, der Einschränkung der Subventionen mit dem Ziel, sie gänzlich abzuschaffen, dem Verzicht des Staates, die Importpolitik zu bestimmen, verbunden. Es ist notwendig, alles zu tun, damit dieser Weg vermieden wird." ¹¹

Was also sollte geschehen? Der Planungschef zeigte eine Modellrechnung, der zufolge der "Sockel" bis 1992 nochmals leicht auf 63 Mrd. anstieg, um dann allmählich bis 1995 auf 57 Mrd. zurückzugehen: Dies setzte allerdings voraus, dass es gelang, nicht nur zum Exportüberschuss zurückzukehren, sondern diesen jährlich um 2 Mrd. bis auf 11,3 Mrd. im Jahre 1995 zu steigern. Er nannte über mehrere Seiten allerlei dringend erforderliche Maßnahmen wie die Reduzierung unproduktiver Wasserkopf-Verwaltungen, Stärkung des Leistungsprinzips, Priorisierung der Investitionen zu Lasten des Konsums und Einschränkung der Sozialleistungen, um schließlich zu resümieren: "Auch wenn alle diese Maßnahmen in hoher Dringlichkeit und Qualität durchgeführt werden, ist der im Abschnitt I dargelegte, für die Zahlungsfähigkeit der DDR erforderliche NSW-Überschuß nicht sicherbar. 1985 wäre das noch mit großen Anstrengungen möglich gewesen. Heute besteht diese Chance nicht mehr. Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25-30% erfordern und die DDR unregierbar machen." ¹²

Deshalb schlug Schürer schließlich "ein konkretes Konzept der Zusammenarbeit mit der BRD und anderen kapitalistischen Ländern" vor, welches "alle Formen der Zusammenarbeit mit Konzernen", insbesondere Joint-Ventures und Lohnfertigung, die "Erhöhung der Attraktivität des Tourismus aus kapitalistischen Ländern", insbesondere aber auch neue und erweiterte Kreditlinien aus dem Westen vorsah. Und schließlich in schönstem SED-Deutsch: "Um der BRD den ernsthaften Willen zu unseren Vorschlägen bewusst zu machen, ist zu erklären, dass durch diese und weitergehende Maßnahmen der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit DDR – BRD noch in diesem Jahrhundert solche Bedingungen geschaffen werden könnten, die heute existierende Form der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten überflüssig zu machen." ¹³

Jeder, der das hörte und denken konnte, wusste: Es ist vorbei! Die DDR war in die Schuldenfalle geraten. An eine Absenkung des (im innerdeutschen Vergleich) ohnehin geringeren Lebensstandards der Bevölkerung um ein Drittel über Jahre hinweg bei einer gegebenen hochexplosiven politischen Ausgangssituation wie der gegenwärtigen war schlechterdings nicht mehr zu denken. Woran wenigstens noch zu denken war, war die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Westen über Konzessionen betreffend Zins- und Tilgungskonditionen. Aber der Westen würde – in welcher Form auch immer, ob nun als Bundesrepublik, als IWF oder als internationales Gläubiger-Konsortium – die Mauer schleifen und damit jedenfalls mittel- bzw. langfristig die DDR gleich mit. Worin aber sollte der Sinn bestehen, in einem Zwischenstadium – formal zwar noch eigenständig, aber doch bereits abhängig und fremdbestimmt – Valutaschulden abzarbeiten, um irgendwann dann als Staat doch von der Landkarte zu verschwinden? War es da nicht besser, den zukünftigen Erben der DDR auch gleich die Schulden mitzuvermachen? So geschah es denn auch. Zehn Tage später, am 9. November 1989, wurden die Grenzen geöffnet.

2. Die Währungsunion

Am 1. Juli 1990, pünktlich um Mitternacht,

öffnete die Hauptfiliale der Deutschen Bank in Ost-Berlin am Alexanderplatz ihre Pforten. Wenige Augenblicke später sprangen die ersten Überglücklichen, laut jubelnd und druckfrische DM-Scheine in Händen haltend, in die Menschenmenge vor dem Gebäude. Was die Jubler nicht wussten und auch nicht wissen konnten: Die gesamte Volkswirtschaft der DDR – bis dahin gehandelt als die zehntstärkste der Welt – war genau deshalb und genau in diesem Moment pleite.

Der Marktkurs zwischen der D-Mark und der Mark der DDR schwankte in den letzten Jahren der DDR zwischen 1:4 und 1:5. Zuletzt lag er bei 1:4,4. Das war der Kurs, den die VEBs und Kombinate als sog. "Valuta-Koeffizient" ihrem Außenhandel mit dem NSW – also dem Westen – zugrundelegten, zu dem aber auch der Verkauf von Westprodukten gegen Ostwährung in den "Exquisit"-Geschäften der DDR kalkuliert wurde und der sich überall dort bildete, wo der Preis der Währungen ohne staatliche Eingriffe durch Angebot und Nachfrage vom Markt ermittelt wurde; insbesondere in den Wechselstuben West- und auf dem Schwarzmarkt Ost-Berlins und nach der Maueröffnung schließlich auch in den Wechselstuben Ost-Berlins. Einzig West-Touristen mussten vor der Wende pro Tag Aufenthalt in der DDR 25 DM zu einem östlicherseits administrativ festgelegten Kurs von 1:1 tauschen. Dies war auch insoweit gerechtfertigt, als Preise für Lebensmittel, öffentliche Verkehrsmittel, Bücher etc., also der typische "Warenkorb" eines Touristen, in der DDR staatlich subventioniert waren und ohne diesen "Zwangsumtausch" (West-Jargon) die ohnehin materiell besser gestellten West-Touristen unnötigerweise durch die DDR mitsubventioniert worden wären. Der "Mindestumtausch" (Ost-Jargon) zum Kurs von 1:1 hatte allerdings nichts mit den "terms of trade" zu tun, nichts damit, welche Preise Produkte der DDR auf dem Welt- bzw. Westmarkt erzielen konnten und umgekehrt. Betrachtete man den Zwangs- bzw. Mindestumtausch der Valuta-Touristen im Verhältnis zum Außenhandel der DDR insgesamt, so stellte dieser nur einen kleinen Bruchteil dar. Angesichts der Tatsache, dass also fast der gesamte West-Außenhandel der DDR zu Kursen zwischen 1:4 und 1:5 valutiert wurde, ist es nachgerade absurd, den seinerzei-

tigen Zwangsumtausch, der vom Westen auch immer als ungerechtfertigt angeprangert und nur unter Protest akzeptiert wurde, als Begründung für eine Währungsumstellung 1:1 anzuführen.

Nichtsdestoweniger wurden Stromgrößen wie Löhne und Einkommen im Verhältnis 1:1 und nominelle Geldvermögen wie Sparkonten bis zu einer Höhe von DM 4.000 im Verhältnis 1:1 und darüber hinaus im Verhältnis 1:2 umgestellt. Im Durchschnitt ergab sich so für die Sparkonten ein Umtauschkurs von 1:1,4. Am 1. Juli 1990 starteten die Noch-DDR-Bürger mit 115 Mrd. DM in eine neue Zeit.¹⁴

Viel bedeutender war aber die Umstellung der Stromgrößen. Die Umstellung im Verhältnis 1:1, also der Umstand, dass an die Stelle einer bisherigen Mark der DDR nunmehr eine D-Mark trat, bedeutete bei einem gegebenen Wertverhältnis der beiden Währungen von 1:4 bzw. 1:5 in Wirklichkeit eine Aufwertung aller Löhne, Kosten und Preise in der DDR um den Faktor 4 bzw. 5. Dazu ein authentisches Beispiel aus der Praxis: Ein ostdeutscher Klavierhersteller verkaufte seine Pianos vor der Wende stolz bis nach Kanada. Abgerechnet wurde bei einem durchschnittlichen Modell zu einem Stückpreis von 2.000 VM, also DM. Die auf das einzelne Klavier umgelegten Herstellungskosten beliefen sich auf ca. 4.000 Mark der DDR. Bei einem zugrundegelegten Valuta-Koeffizienten von 1:4 bzw. 1:5 war das ein Bombengeschäft: Die Herstellungskosten beliefen sich somit auf 800–1.000 DM. Man konnte die Sache auch andersherum betrachten und gewissermaßen in Kanada 8.000–10.000 Mark der DDR für das Piano erlösen. Wie auch immer: Es war eine gewinnträchtige Sache.

Nach der Währungsumstellung hatte sich in Kanada nichts geändert. Das Klavier wurde dort noch immer für 2.000 DM verkauft. Auch die auf das Stück bezogenen Herstellungskosten beliefen sich noch immer auf 4.000 Mark; aber nicht mehr der DDR, sondern es waren jetzt D-Mark: Macht pro Klavier einen Verlust von DM 2.000. Eigentlich hätte man jetzt den Verkaufspreis verdoppeln oder vervielfachen müssen, um wieder in die Gewinnzone zu kommen. Aber das wollten die Kanadier nicht mitmachen. Was also blieb zu tun?

So wie dem Klavierhersteller ging es nach dem 1. Juli 1990 der gesamten Volkswirtschaft der DDR. Auf den Westmärkten lief es wie beschrieben. Auf den Ostmärkten war man nicht nur wie im Westen nicht willens, kostendeckende Preise in DM zu bezahlen. Man war dazu in Ermangelung von Devisen auch gar nicht in der Lage. Und auf dem heimischen Markt? Dort kam – um im Bild zu bleiben – der bisherige kanadische Konkurrent zum Zuge, der zwar nicht Pianos für 800 DM herstellen konnte, aber doch für deutlich unter 4.000 DM. Und er konnte das trotz ebenso hoher Löhne deshalb, weil seine Arbeitsproduktivität¹⁵ höher war als die unseres ostdeutschen Herstellers; d.h. er hatte teure Arbeit teilweise durch modernere, bessere, leistungsfähigere Maschinen ersetzt und konnte deshalb hohe Löhne bezahlen und trotzdem konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt anbieten. Unser ostdeutscher Pianoproduzent konnte das nicht. Die Währungsunion bedeutete für ihn die Verfünfachung der Kosten und damit ohne fremde Hilfe das sichere Aus.

Das Beispiel mag veranschaulichen, wie wichtig das Verhältnis zwischen Arbeitsproduktivität und Lohnniveau ist. Dies gilt im sog. Mikro- bzw. im betriebswirtschaftlichen Bereich, also bezogen auf das Einzelunternehmen, genau so wie im sog. Makro- bzw. volkswirtschaftlichen Bereich. Zwar zieht eine Steigerung der Produktivität nicht automatisch eine entsprechende Steigerung der Reallohne nach sich, sondern muss normalerweise erst mühsam von den Gewerkschaften erkämpft werden. Aber das Produktivitätsniveau definiert die obere Grenze für mögliche Reallöhne. Insofern ist eine hohe Produktivität zwar keine hinreichende, aber doch eine notwendige Voraussetzung für hohe Reallöhne.¹⁶

Die ökonomische Situation in der Noch-DDR nach dem 1. Juli 1990 war gekennzeichnet von einem Missverhältnis zwischen einem mittlerweile – am Weltmaßstab gemessen – hohen Reallohniveau und einer Arbeitsproduktivität, die diesem nicht gewachsen war. Mit anderen Worten: Die hohen Löhne, die die Unternehmen über Nacht gezwungen wurden zu zahlen, konnten am Markt nicht verdient werden: Durch die Währungsunion stiegen die Ostlöhne von 7%¹⁷ des Westniveaus über Nacht auf ca. 35%. Die durchschnittliche

Arbeitsproduktivität blieb aber auf einem Niveau von 25% der westdeutschen unverändert. Doch damit nicht genug: Die Tarifpartner setzten eine schnelle Angleichung der Ostlöhne an das Westniveau durch, so dass 1995 75% der westlichen Löhne und Einkommen nominal¹⁸ und (aufgrund der teilweise geringeren Lebenshaltungskosten) 87% der westlichen Kaufkraft¹⁹ erreicht waren mit der Konsequenz, dass z.B. die Arbeitskosten pro Stunde in der Automobilindustrie mit 34 DM höher waren als in Japan mit 30 DM.²⁰

Es ist Allgemeingut, dass eine vergleichsweise minimale Veränderung der Wechselkurse um 10% über Exportchancen und Wohl und Wehe ganzer Industriebranchen entscheiden kann. Die DDR hatte es aber nicht mit einer Aufwertung ihrer Währung um 10%, sondern um 400% zu tun und war damit schlechterdings überfordert. Man stelle sich einmal vor, Deutschland (West) hätte über Nacht – aus welchen Gründen auch immer – eine ähnlich hohe Aufwertung der DM zu gewärtigen. Nächstentags würde hierzulande kein einziges Brötchen mehr gebacken, sondern dasselbige aus Paris eingeflogen. Es gäbe nicht die geringste Chance, sich aus eigener Kraft von einem ökonomischen Erdbeben dieser Größenordnung zu erholen. Man wäre von einem Tag auf den anderen zum Bittsteller degradiert und auf die Unterstützung von außen angewiesen.

Nicht anders ging es der Noch-DDR bzw. dem späteren Anschlussgebiet. Die Unterstützung von außen kam; und nicht zu knapp: Das wirtschaftliche Hilfsprogramm – betrachtet man es denn als solches – ist gigantisch und mit Abstand das größte der Weltgeschichte: Die Netto-Transferzahlungen – also abzüglich der Steuerrückflüsse – von West nach Ost, geleistet von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen belaufen sich mittlerweile auf etwa 1,5 Billionen DM²¹. Seit 1995 haben sich die Brutto-Zahlungen auf einem gleichbleibend hohen Niveau von jährlich 185-190 Mrd. DM stabilisiert. Abzüglich der Steuerrückflüsse i.H.v. jährlich 45-50 Mrd. DM ergeben sich so jährliche Netto-Transfers i.H.v. 140 Mrd. DM; und ein Ende ist nicht in Sicht.

Der größte Teil dieser Transfers fand und findet konsumtive Verwendung und fließt hauptsächlich in die Sozialversicherungen, weil die Ausgaben

der Renten-, Arbeitslosen- und Krankenkassen die entsprechenden Einnahmen teilweise um ein Vielfaches übersteigen.²² Ostdeutschland hatte 1995 ein Bruttosozialprodukt i.H.v. rund 220 Mrd. DM selbst erarbeitet. Verbraucht wurden im selben Zeitraum allerdings 420 Mrd. DM. Die Differenz von 200 Mrd. DM wurde i.H.v. 150 Mrd. DM durch die beschriebenen Transferleistungen ausgeglichen. In Höhe der restlichen 50 Mrd. wurden Kredite aufgenommen.²³ Auch heute noch gilt annähernd, dass nur wenig mehr als jede zweite im Osten verbrauchte Mark auch dort erwirtschaftet wird.

Zirka 60 Mrd. DM der jährlichen Transferleistungen haben investiven Charakter; d.h. fließen in Form von Subventionen in private Unternehmen, unterstützen oder ermöglichen Neu- oder Ersatzinvestitionen. Dank dieser Maßnahmen konnte der Kapitalstock in den neuen Ländern modernisiert und wertmäßig erhöht werden. Infolgedessen stieg die Produktivität auf 40% des Westniveaus in 1992 und schließlich auf 60% in 1996. Allerdings: Seitdem verharrt sie unverändert auf genau diesem Wert.²⁴ Seit Mitte der 90er Jahre stagniert also die relative Produktivität im Osten bei 60%, das relative Lohnniveau bei 75% und die alljährlichen Netto-Transfers, die die sog. Produktivitätslücke²⁵ ausgleichen, bei 140 Mrd. DM. Was nicht stagniert, ist die Arbeitslosigkeit. Sie stieg kontinuierlich: 1992 belief sich die offizielle Quote auf 14,4%, 1994 auf 15,2%, 1996 auf 15,7%, 1998 auf 18,2%.²⁶ Für August 2000 wird eine offizielle Quote von 17,0% angegeben. Dabei darf allerdings nicht unberücksichtigt bleiben, dass das Jobwunder am deutschen Arbeitsmarkt – auch im Westen – "leider nicht mehr als statistischer Zauber" ist, wie die Wirtschaftswoche schreibt. Denn seit April 1999 sind die 630-Mark-Jobs sozialversicherungs- und meldepflichtig und seit Juni diesen Jahres zählen die so geringfügig Beschäftigten voll zu den Erwerbstätigen, deren Zahl allein auf diese Weise um 1,8 Millionen gestiegen ist.²⁷

Mit anderen Worten: Der Aufbau Ost, die Angleichung der Lebensverhältnisse, ist zum Stillstand gekommen bzw. in mancherlei Hinsicht sogar rückläufig; und das bereits seit Jahren. Bevor unmissverständlich deutlich wurde, dass diese gefürchtete Entwicklung eingetreten ist, traute

sich Lothar Späth noch zu sagen: "Mißlingt der Versuch, Ostdeutschland auf eine eigene wirtschaftliche Grundlage zu stellen, ist der bundesdeutsche Wohlfahrtsstaat nicht zu halten."²⁸ Von einer selbsttragenden Entwicklung aber sind die fünf neuen Länder weit entfernt. Der Osten hängt am Finanztropf des Westens und das auf unabsehbare Zeit. Schon jetzt gilt es als ausgemacht, dass sich an den Solidarpakt I, der im Jahre 2005 auslaufen wird, nahtlos ein Solidarpakt II anschließen soll. Staatlich finanzierte Arbeitsbeschaffungs- und Weiterbildungsmaßnahmen verschleiern das wahre Ausmaß der Arbeitslosigkeit: Die offizielle Quote sagt nur die halbe Wahrheit. Das ist durchaus wörtlich zu verstehen, denn die Zahl der Umschüler und ABM-Kräfte ist in manchen Gegenden der neuen Länder so hoch wie die offizielle Zahl der arbeitslos Gemeldeten. Aus den strukturschwachen Gebieten wandert die Jugend in größere Städte oder gleich gen Westen. Nach wie vor gibt es eine signifikante Netto-Wanderungsbewegung von Ost nach West, die in letzter Zeit auch wieder stärker geworden ist.²⁹ Was zurückbleibt, sind sozialer Sprengstoff, entvölkerte Stadtteile³⁰ und "national befreite Zonen".

Aber gab es denn überhaupt eine Alternative? Ja, es hätte sie gegeben. Der konsequenteste Weg wäre die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR gewesen. Die Staatsführung der DDR hatte dies bereits seit Gründung der beiden deutschen Staaten gefordert. Die Bundesrepublik ist aus guten Gründen sehr lange nicht darauf eingegangen. Gegen Ende der 80er Jahre formierte sich aber auch an der SPD-Basis eine Strömung, die sich für die Anerkennung einsetzte. Spätestens seit der freien und geheimen Wahl der Volkskammer am 18.03.1990 und von Lothar de Maizière zum Ministerpräsidenten der DDR ist jedoch die moralische Rechtfertigung der Nicht-Anerkennung entfallen, die ja hauptsächlich darin bestand, ein System, das Deutsche in Unfreiheit hielt, nicht diplomatisch stärken zu wollen und den Betroffenen eine Alternative mindestens anzubieten. Angesichts der beschriebenen Konsequenzen der Vereinigung in der vorgenommenen Form muss heute sogar danach gefragt werden dürfen, ob es nicht umgekehrt nach dem Herbst 1989 eher eine moralische

Verpflichtung zur Anerkennung der Staatsbürgerschaft gegeben hätte.

Was hätte eine solche Anerkennung bedeutet? Das politische Verhältnis der beiden Staaten wäre dem zwischen der Bundesrepublik und Österreich vor dessen Beitritt zur EU im Jahre 1995 vergleichbar gewesen. Das heißt: Man betreibt Handel, die Menschen können frei reisen, es gibt die unterschiedlichsten Formen von Austausch zwischen beiden Ländern. Aber, und das ist entscheidend: Es gibt zwei Währungen und die Bürger des einen Landes können sich nicht so ohne weiteres im anderen Land niederlassen und dort eine Arbeit aufnehmen. Und das hätte wiederum für die DDR (oder wie immer sie sich dann genannt hätte) bedeutet, dass der Lohnkostenvorteil voll zum Tragen gekommen wäre. Der größte Teil der privaten Investitionen, die später von Westdeutschland nach Ungarn, Tschechien, Polen und anderswohin nach Osteuropa geflossen sind, wäre im zweiten deutschen Staat gelandet, weil die Kombination aus geographischer Nähe, gemeinsamer Sprache, vergleichsweise hohem Ausbildungsstand und nur wenig höheren Lohnkosten das östliche Deutschland in den meisten Fällen zur ersten Wahl gemacht hätte. Löhne, Kosten und Preise wären zunächst unverändert geblieben und hätten sich erst allmählich angepasst. Arbeitslosigkeit wäre auch weiterhin ein Fremdwort gewesen. Im Gegenteil hätte die enorme Nachfrage nach der günstigen Arbeitskraft sehr bald dafür gesorgt, dass die Reallöhne steigen; langsam, allmählich, behutsam, ganz ähnlich wie das in Ungarn, Tschechien, Polen zu beobachten war. Nur schneller wäre es gegangen. Und vor allem: Selbstverdiener wäre es gewesen.

Deutlicher als für viele Westdeutsche ist die tägliche Arbeit für ihre östlichen Nachbarn mehr als nur ein bloßes Mittel zum Broterwerb. Die Arbeitsgruppe ("das Kollektiv") war für viele eine Art zweite Familie und für manche die Familie schlechthin. Insofern war der Verlust eines Arbeitsplatzes nicht nur ein Verlust materieller Natur, sondern der Verlust der Mitmenschen, des Lebensinhaltes, der Sinnggebung. Mochte sein, dass man unterm Strich materiell besser dran war als die polnischen Nachbarn, die Arbeit hatten oder als man selbst noch vor der Wende. Aber

der allgemeinen Befindlichkeit ist das Gefühl, eigentlich überflüssig zu sein und vom großen Bruder nur noch alimentiert zu werden, sicher nicht zuträglich gewesen: "Alles verkommt zu einem Gnadenakt des überlegenen Teils, wenn eine Volkswirtschaft eine andere übernimmt, aus der sie gar nichts braucht."³¹ Die tiefe Frustration über die eigene unwürdige Situation hatte verheerende psychische Folgen, die zumindest bis heute andauern und deren Konsequenzen unabsehbar sind.

Wer etwas genauer hinschaute, der merkte, dass in Wirklichkeit auch diejenigen alimentiert wurden, die einen Arbeitsplatz hatten; sei es in einem Treuhandunternehmen, das rote Zahlen schrieb, in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme oder auch in einem durchsanierten bzw. nagelneuen Unternehmen. Die "privaten Investoren" ließen sich zwar gerne als solche feiern, meistens blieb aber unerwähnt, dass ihre "privaten Investitionen" häufig zum überwiegenden Teil und manchmal auch komplett vom Staat getragen wurden (über das Finanzamt, die Treuhand und sonstige Fördertöpfe) und deshalb den Namen "privat" eigentlich auch gar nicht mehr verdienten. Denn ohne den Staat – der dabei aber immer die Marktwirtschaft im Munde führte – hätte es in der vorliegenden Situation der Währungsunion 1:1 nebst auf dem Fuße folgenden dramatischen Lohnerhöhungen womöglich keine einzige private Investition in Ostdeutschland gegeben. Wozu auch? Die zum Zeitpunkt der Wende unterbeschäftigte westdeutsche Industrie konnte großenteils schon durch Auslastung brachliegender Kapazitäten den neuen Bundesbürgern ihre realsozialistische Warenwelt ersetzen; also ohne zu investieren und mit entsprechend traumhaften Gewinnen. Aber selbst in den Fällen, in denen eine Erweiterungsinvestition nötig geworden ist, hätte es ohne Steuererleichterungen und anderweitige Subventionen keine Veranlassung gegeben, bei mehr oder weniger westdeutschem Lohnniveau diese auf ostdeutschem Grund und Boden vorzunehmen.

Anders beim beschriebenen Szenario der Zweistaatlichkeit: "Echte" private Investitionen wären erfolgt und die so entstandenen neuen oder neu sanierten Unternehmen hätten auch in einer echten marktwirtschaftlichen Konkurrenzsituation

zueinander gestanden und längst entsprechende Strukturen ausgebildet. Dagegen stand und steht die real existierende Pseudo-Marktwirtschaft in den neuen Ländern, "die Fortsetzung der DDR mit anderen Mitteln", wo das angeblich ja angestrebte Entstehen privatwirtschaftlicher Unternehmensstrukturen durch die expandierte öffentliche Alimentation der Wirtschaft in Wahrheit ernsthaft behindert wird.³² Der tiefere Grund dafür, dass es so schwierig ist, die staatliche Förderung für die neuen Länder endlich spürbar zurückzufahren, ist nämlich der, dass es so schwierig ist, eine einmal entstandene Subventionsmentalität (nicht der Menschen, sondern der Unternehmen!) zurückzufahren. Das beste Beispiel hierfür ist wohl die westdeutsche und westeuropäische Stahlindustrie, die – einmal vom Tropf der Förderung genossen – davon einfach nicht mehr lassen will. Als flächendeckendes Phänomen kennt man die Problematik ansonsten auch in Italien und nennt das dort Mezzogiorno-Effekt. Der Osten ist dort im Süden, aber das Problem ist das gleiche.

Die Marktwirtschaft im Osten wäre also echter und entsprechend effizienter, die Menschen zufriedener und der Staat auf beiden Seiten könnte sich "seinen Teil sparen", sich auf seine ureigensten Aufgaben – u.a. auf die Verbesserung der Infrastruktur – konzentrieren und wäre längst nicht so hochverschuldet wie der real existierende. Schließlich hätte auch nichts dagegen gesprochen, dass sich die beiden Deutschlandländer unter dem Dach einer gemeinsamen Föderation zusammenschließen, u.a. auch finanzielle Unterstützung – auf zwischenstaatlicher Ebene – vereinbaren und dass irgendwann einmal dann auch zusammengehört, was so zusammengewachsen ist.

Der Münchner Ökonom und Präsident des dortigen ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), Hans-Werner Sinn, hält zwar die Währungsumstellung im Verhältnis 1:1 für sehr problematisch, glaubt aber, dass sie als solche noch zu verkräften gewesen wäre; und zwar für beide Seiten. Ausgehend von einem Ostlohniveau von 7% des Westlohniveaus lag das Ostlohniveau nach der Währungsunion (also nach einer entsprechenden Aufwertung um den Faktor 5) bei ca. 35% des Westlohniveaus. Dies korrespondierte in etwa mit der Kaufkraft des Ostlohniveaus vor der

Wende. Insofern wäre die Kaufkraft im Osten durch die Währungsunion zunächst fast unverändert, aber gleichzeitig die neuen Länder für (im o.g. Sinne echte) private Investoren noch attraktiv genug geblieben. Auch die Gefahr einer schnellen Abwanderung in den Westen wäre kaum gegeben gewesen, da Arbeitsmigration zwar durch Arbeitslosigkeit induziert werde, nicht aber durch starke Reallohndifferenzen. Sinn verweist in diesem Zusammenhang auf entsprechende empirische Belege. Auch noch in dieser Situation hätten die Investoren im Wettbewerb um knappe Arbeitskräfte selbst höhere Löhne angeboten und: "Die Angleichung der Lebensumstände wäre schneller gekommen, als wir sie so erwarten können."³³

Aber diese (vorläufig letzte) Chance wurde durch die von westlichen Politikern, Arbeitgebern und Gewerkschaften verantwortete – aber eben unverantwortliche – Lohnpolitik zunichte gemacht: Zwischen 1990 und 1996 wurden dem Osten Lohn erhöhungen von insgesamt 1.100% verordnet: "Diese Entscheidungen haben das industrielle Kapital vernichtet."³⁴ Westunternehmer fürchteten unternehmerische und Westgewerkschaften fürchteten Lohn-Konkurrenz aus dem Osten. In seltener Eintracht sorgten beide dafür, dass beides nicht passierte und gerieten sich dabei noch als im Interesse der betroffenen Menschen im Osten handelnd. Sinn dazu: "Das war eine bewusste Strategie, um die Weststandorte zu halten."³⁵

Ökonomen – beider Seiten – hielten es für eine Selbstverständlichkeit, von einer längeren Periode der allmählichen Annäherung der wirtschaftlichen Verhältnisse der beiden Staaten ausgehen zu können und waren fast ausnahmslos gegen die Sturzgeburt Beitritt und vor allem gegen die Konditionen der Währungsreform; durchaus um die Konsequenzen für die ostdeutsche Wirtschaft wissend. Es gab diverse Interventionen seitens der Wissenschaft:³⁶ Sachverständigengutachten waren voll kritischer Töne und Warnungen. Selbst der Regierung nahestehende Gremien wie wissenschaftliche Beiräte beim Finanz- und beim Wirtschaftsministerium machten Verbesserungsvorschläge. Aber die Bundesregierung hat sich über alles hinweggesetzt.³⁷ Die Politik hat die ökonomischen Zusammenhänge einfach ignoriert.

Der seinerzeitige Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl wollte gerade in Ost-Berlin und wähnte sich mit dem Kanzler einig darüber, dass es noch viel zu früh sei, die Währungsunion auch nur zu planen, als ihn die Meldung aus Bonn erreichte: "Kohl will sofortige Verhandlungen über die Wirtschaftsunion." Pöhl bestätigte es zwar öffentlich nie, trat aber mutmaßlich aus Protest gegen die Währungsunion vorzeitig von seinem Amt zurück. 1993 sagte er vor dem Treuhand-Untersuchungsausschuß im Bonner Bundestag aus, dass die DDR-Wirtschaft durch die Währungsunion "uno actu" nicht mehr wettbewerbsfähig gewesen ist. So ähnlich sei das gewesen, als wenn man "die D-Mark in Österreich einführen und den Schilling 1:1 umstellen würde"³⁸.

Statt die Menschen in Ost und West auf "blood, sweat and tears" einzuschwören, wofür in dieser historischen Situation die Bereitschaft seitens der Bevölkerung beider deutscher Staaten durchaus gegeben gewesen wäre, wurden vollmundig und in unverantwortlicher Weise "blühende Landschaften" – und diese auch noch kurzfristig – angekündigt, was nachfolgende Enttäuschung und Unzufriedenheit fast zwingend zur Konsequenz hatte. "Blühende Landschaften" ließen sich zwar nach Vollzug der Währungsunion nicht mehr schaffen, wohl aber Bundestagswahlen gewinnen. Kohls seinerzeitiger Kontrahent Oskar Lafontaine wies zurecht darauf hin, dass die Konsequenz der Währungsunion ein Millionenheer von Arbeitslosen im Osten Deutschlands sein würde, und resümierte: "Was wirtschaftlich falsch ist, kann politisch nicht richtig sein". Er hatte mit seiner Prognose zwar Recht behalten, die Wahl aber verloren.

Mittlerweile scheint sich aber die Wahrheit zumindest bei den Betroffenen herumgesprochen zu haben: 64% der Menschen im Westen und sogar 46% im Osten waren Mitte September 2000 der Meinung, dass die D-Mark nicht so schnell und nicht zum Kurs von 1:1 bzw. 1:2 hätte eingeführt werden dürfen.³⁹ Aber die Mischung aus hohen Löhnen, niedriger Produktivität und entsprechend Lohnstückkosten, die um ein gutes Drittel über dem westdeutschen Niveau liegen, bleibt das zentrale Problem der ostdeutschen Wirtschaft. Deshalb ist der Zeitpunkt günstig,

erneut über Sinns Vorschlag nachzudenken, die Beschäftigten im Gegenzug zu Lohnsenkungen an den Unternehmen zu beteiligen. Die Betriebe würden mehr Gewinne machen, wären kreditwürdig und könnten expandieren. Und die arbeitenden Menschen wären motiviert, den Wert ihrer Beteiligungen zu mehren, könnten allmählich Vermögen akkumulieren und wären nicht zuletzt auch mittel- bis langfristig in der Lage, selber Kredite aufzunehmen und sich so auch in einem eigentumswirtschaftlichen Sinne in das Wirtschaftsleben einzubringen.

3. Die Treuhandanstalt

Am 1. März 1990 wurde auf Vorschlag des Runden Tisches die Gründung einer "Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums" beschlossen und am 15. März – also noch vor den ersten freien Wahlen – vom Ministerrat der DDR bestätigt. Auf Beschluss der Volkskammer (Treuhandgesetz vom 17. Juni 1990) erhielt die dann bereits so genannte Treuhandanstalt (THA) von der Regierung de Maizière ihren eigentlichen Auftrag:

- Privatisierung und Verwertung des ihr übertragenen volkseigenen Vermögens
- Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit möglichst vieler Unternehmen
- Unterstützung der Sanierung und Struktur Anpassung der Unternehmen an die Erfordernisse des Marktes
- Förderung der Entwicklung effizienter Unternehmensstrukturen
- Bereitstellung von Grund und Boden für wirtschaftliche Zwecke.

Neben der Berliner Zentrale wurden 15 Niederlassungen in den Bezirkshauptstädten der DDR errichtet. Die Zahl der Beschäftigten in der Treuhandanstalt lag im November 1990 bei 900 und stieg bis März 1992 auf fast 5.000 an. Nach Treuhandgesetz und Einigungsvertrag war sie eine sog. rechtsfähige bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts und als selbständige Verwaltungseinheit vom Bund ausgegliedert. Das bedeutete u.a., dass sie dem Haushaltsrecht des Bundes entzogen war, ihren Haushalt selbst aufstellen konnte und Ressourcen- und Budgetgewalt

hatte. Sie konnte also eigenständig Schuldverschreibungen in den Kapitalmarkt geben und dort Geld aufnehmen und machte davon später auch regen Gebrauch.

8.500 ehemals volkseigene Betriebe und Kombinate mit etwa 70.000 Betriebsstätten und anfangs ca. 4,1 Mio. Beschäftigten, rund 25.000 Liegenschaften und ca. 2,4 Mio. Hektar land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche wurden treuhänderisch übernommen und sollten in die soziale Marktwirtschaft überführt werden.⁴⁰ Aber nach der Währungsunion war die Treuhandanstalt im Prinzip vor die Aufgabe gestellt, ein unlösbares Problem zu lösen und konnte insofern von Anfang an nur noch Schadensbegrenzung betreiben. Unabhängig von den jeweiligen Eigentumsverhältnissen gab es und gibt es in einer derartigen Situation – im Hinblick auf die Einzelunternehmen wie auch im Hinblick auf die gesamte Volkswirtschaft – nur drei Möglichkeiten:

1. Alimentation: Ausgleich der laufenden Verluste
2. Liquidation: Stilllegung und Abwicklung, Veräußerung der Liquidationswerte
3. Investition: Sanierung, Erhöhung des Kapitalstocks und Anhebung der Produktivität auf ein konkurrenzfähiges Niveau.

Am Anfang stand die Alimentation: Bereits in den ersten beiden Monaten brauchte die Treuhand 30 Mrd. DM, um das Schlimmste zu verhindern.⁴¹ Im September 1990 waren drei Viertel aller Treuhand-Unternehmen insolvent. Es war klar, dass es so nicht weitergehen konnte. Das erste und im Jahre 1990 auch einzige Unternehmen, das in die Liquidation geschickt wurde, war ausgerechnet der bis dahin als Juwel gehandelte Kamerahersteller Pentacon in Dresden. Die Reaktion in der Öffentlichkeit war entsprechend. Betriebswirtschaftlich ging die Entscheidung gleichwohl in Ordnung, denn die technische Ausstattung der Kameras Marke Praktika stand in keinem Verhältnis zu den Preisen, die mittlerweile hätten verlangt werden müssen, um auch nur Kostendeckung zu erreichen, und die Alimentationsrechnung hätte sich auf ca. 100 Mio. DM jährlich belaufen. Aber mit dem Namen des Unternehmens verband sich doch auch ein Stück Stolz auf die bisherige Volkswirtschaft der DDR. Also hielt man sich mit Schließungen fürderhin vornehm zurück;

jedenfalls bis zur Bundestagswahl im Dezember. Danach ging es allerdings Schlag auf Schlag.

Die dritte Möglichkeit, die der Sanierung, war in vielerlei Hinsicht problematisch: Zunächst waren die Unsummen, die nötig gewesen wären, um die gesamte ehemalige Volkswirtschaft der DDR auf ein dem Westen vergleichbares Produktivitätsniveau zu heben – und das möglichst noch von einem Tag auf den anderen – einfach nicht verfügbar und so ohne weiteres auch nicht beschaffbar. Ohnehin wurde von Ökonomen kritisiert, dass die Kapitalisierung Ostdeutschlands zu schnell voranschritt. Denn ob nun der Staat oder auch die private Hand Kredite aufnahmen, um Investitionen (oder die Kaufpreise der Treuhandanstalt) zu finanzieren: In beiden Fällen induzierte die Schuldenaufnahme eine Tendenz der Kapitalmarktzinsen nach oben. Hohe Zinsen stellen aber immer eine Gefahr für eine prosperierende Konjunktur dar. Für die Treuhandanstalt selbst hatten die höheren Zinsen auch noch den unangenehmen Nebeneffekt, dass dadurch der Ertragswert der Objekte und entsprechend die Kaufpreisangebote weiter sanken. Vergleichbares galt, als der Staat zum Zwecke der Finanzierung die Steuern erhöhte (bzw. die Steuererhöhung Solidaritätszuschlag nannte). Aber selbst für den theoretischen Fall, dass die Finanzierungsfrage als solche nicht existiert hätte, wären dann noch immer keine Märkte gefunden gewesen für die vielen neuen Waren, die plötzlich durch die hohe Produktivität im Osten Deutschlands entstanden wären.⁴² Mithin war klar, dass jedenfalls über Nacht nicht alles sanierbar war und es deshalb notwendig wurde, die Spreu vom Weizen zu trennen. Breuels Vorgänger Detlev Carsten Rohwedder gab das zum geflügelten Wort gewordene Motto aus: "Schnell privatisieren, entschlossen sanieren und behutsam stilllegen."

In der Realität des Alltags ging die Treuhandanstalt allerdings von dem Grundsatz aus, dass Privatisierung die beste Form der Sanierung darstellt. Unter keinen Umständen sollten potentielle Investoren etwa dadurch abgeschreckt werden, dass die Treuhand die Unternehmen vorher "in die falsche Richtung" saniert hatte. Deshalb wurden anfangs nur sog. "investoroneutrale Investitionen" vorgenommen, von denen man annahm, dass sie

unabhängig vom Sanierungskonzept der jeweiligen Investoren Gefallen finden würden. Für die Privatisierung nach erfolgter Sanierung durch den Staat gab es Beispiele aus England und auch aus Chile, die allerdings unter Effizienzkriterien nicht sonderlich überzeugen konnten. In der Tat gleicht es der Quadratur des Kreises, die Überführung einer Staatswirtschaft in eine Privatwirtschaft, die man ja will, weil sie effizienter ist, also die eingesetzten Ressourcen zu einer vergleichsweise höheren Wertschöpfung führt, mit einer nachgewiesenermaßen weniger effizienten, aber dennoch millionenschweren staatlichen Maßnahme einleitet. Dennoch ist die Treuhandanstalt in ihrer Endphase unter starkem politischem Druck wieder von diesem Prinzip abgerückt und hat in Extremfällen sogar gefährdete Unternehmen "zurückgekauft".

"Mindestens 600 Milliarden Mark ist der ganze Salat wert."⁴³ Dieser von Rohwedder wörtlich so genannte Betrag wurde später immer wieder den zum Ende der Treuhandanstalt tatsächlich aufgelassenen Schulden i.H.v. 270 Mrd. DM gegenübergestellt; immerhin eine Differenz von annähernd einer Billion DM. Rohwedder wurde bekanntlich von der RAF erschossen und konnte deshalb nicht mehr erklären, dass die Differenz im Wesentlichen im Unterschied zwischen Substanzwert und Ertragswert begründet liegt. Denn legt man den Substanzwert zugrunde, so lag Rohwedder mit seiner Schätzung gar nicht so falsch.⁴⁴ Und wo-möglich hätte die Treuhandanstalt auch tatsächlich Privatisierungserlöse in dieser Größenordnung getätigt. Das hätte aber auch bedeutet, dass die Käufer in den allermeisten Fällen die Betriebe geschlossen, die Beschäftigten entlassen und hauptsächlich die Immobilien verwertet hätten; und die Arbeitslosenquote hätte sich womöglich der 100%-Marke angenähert.

Das hätte aber weder dem Auftrag der Treuhandanstalt entsprochen noch der wirtschafts-politischen Zielsetzung. Denn die Arbeitsplätze sollten ja so weit wie möglich erhalten werden. Deshalb sollten sich die Investoren ja auch zum Erhalt der Arbeitsplätze verpflichten. Die Verpflichtungen wurden auch vertraglich festgeschrieben und pönalisiert, d.h. mit entsprechenden Vertragsstrafen besichert. Spätestens dann war aber für die potentiellen Investoren nicht

mehr der mögliche Substanzwert, sondern der Ertragswert der Unternehmen interessant. Und dieser war eben aufgrund der dargestellten Lücke zwischen Produktivitäts- und Lohnniveau entsprechend niedrig und teilweise sogar negativ. Durch die Währungsunion waren die Maschinen gewissermaßen über Nacht veraltet und der Auftragsbestand annähernd auf Null gesunken, aber die laufenden Kosten durch Lohnzahlungen stark angestiegen. Die seitens der Treuhand geforderten vertraglich vereinbarten Verpflichtungen minderten die gebotenen Kaufpreise noch weiter. Ökologische Altlasten und die sog. Altschulden der Unternehmen taten ein Übriges. So erklärt sich endlich auch die Praxis der Treuhandanstalt, Unternehmen zum Preis der berühmten einen Mark bzw. sogar zu einem sog. "negativen Kaufpreis" zu veräußern; will heißen, die Investoren bekamen die Unternehmen einschließlich finanzieller Mittel, um die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen selbst vornehmen zu können, aber selbstverständlich nur unter der vertraglich vereinbarten Bedingung, Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu erhalten, Gewinne zu reinvestieren, im Falle einer sehr guten Performance des Unternehmens geleistete Mittel zurückzuzahlen etc..

So schmolzen die ursprünglich geschätzten 600 Mrd. DM auf immerhin noch 74 Mrd. DM am Ende der Treuhandanstalt zusammen. Diesen Einnahmen standen jedoch Aufwendungen für die Sanierung ökologischer Altlasten i.H.v. 44 Mrd., für die unternehmerisch-finanzielle Sanierung einschließlich Abwicklung i.H.v. 154 Mrd. und für die Übernahme von Altkrediten i.H.v. 105 Mrd. gegenüber, so dass das Endergebnis ein negativer Saldo von 270 Mrd. DM war. Die sog. Altschulden bzw. Altlasten bzw. Altkredite bedürfen noch einer gesonderten Betrachtung: In Abgrenzung zu den Schulden, die seitens der Treuhand-eigenen Betriebe nach der Währungsunion in DM entstanden, handelte es sich dabei um diejenigen Schulden, die die staats- bzw. volkseigenen Unternehmen vor der Wende bei der Staatsbank der DDR hatten und die zum 1. Juli ebenfalls auf DM umgestellt worden waren. Ihnen standen die Guthaben der Privatkunden der Staatsbank der DDR gegenüber. So versteckte sich letztlich die Gegenbuchung zum "Zaubergeld" vom 1. Juli 1990 in der Bilanz der Treuhandanstalt und

damit in ihrem Schuldenberg, welcher ihr nicht zuletzt von denen zum Vorwurf gemacht wurde, die selber in den Genuss des DM-Wunders gekommen waren.

Dieses Beispiel illustriert aber nur das systematische Prinzip der Treuhandanstalt als Sündenbock, als Watschenmann der Politik; und zwar für Kritik aus Ost und West: Wurde sie von den Ostdeutschen der Zerstörung von Millionen von Arbeitsplätzen und des Plattmachens Tausender von Betrieben bezichtigt, so war sie für die Westdeutschen in erster Linie eine gigantische Kapitalvernichtungsmaschine. Wenn die Treuhand schnell privatisierte, verscherbelte sie Produktivvermögen; wenn sie liquidierte, vernichtete sie Arbeitsplätze und wenn sie Hilfgelder für marode Betriebe zur vorübergehenden Sicherung der Liquidität zur Verfügung stellte, war sie eine Geldverschwenderin spätestens dann, wenn das Unternehmen schließlich doch abgewickelt werden musste. Dass die Treuhandanstalt in erster Linie als Vollstrecker grundlegender wirtschaftspolitischer (Fehl-)Entscheidungen fungierte, die längst getroffen worden waren, wurde von beiden deutschen Seiten nicht verstanden und sollte wohl auch gar nicht verstanden werden: "Für Bonner Politiker ist die Treuhandanstalt von Anfang an der Blitzableiter, damit es bloß nicht bei ihnen, also in der Wahlurne einschlägt, sondern der Zorn der Ostdeutschen immer eine andere feste Adresse hat."⁴⁵ Wiederholt tauchte Bundesfinanzminister Waigel in der Berliner Zentrale der Treuhandanstalt auf, um vor den versammelten Mitarbeitern, die sehr häufig auch persönlichen Angriffen ausgesetzt waren, Durchhalteparolen auszugeben und zu versichern, wie unverbrüchlich Bonn hinter ihnen stehen würde. Das stand dann aber in keiner Zeitung. Statt dessen kursierte auf den Fluren der Bonner Ministerien das Motto: "Rettet Bonn, opfert die Treuhand!" Welche Rolle sie auch höchstpersönlich spielte, machte Birgit Breuel am Ende ihrer Amtszeit unmissverständlich deutlich: "Mit unseren Entscheidungen haben wir intensiv in das Leben vieler Menschen eingegriffen. Wo sollten sie denn hin mit ihrem Zorn und ihrem Hass? Sie konnten nur zu uns gehen, und das ist auch so in Ordnung gewesen."⁴⁶

Bei der "größten Holding der Welt" wurde von Anbeginn alles mit der heißen Nadel gestrickt. Im Herbst 1990 hatte die Treuhand überhaupt keinen Überblick darüber, was ihr eigentlich alles gehörte. Aber die Geschäftsführer der noch gar nicht erfassten Betriebe standen bereits in der Tür und baten dringend um Hilfe. Weil das operative Tagesgeschäft derart mit Brachialgewalt auf die Schreibtische drückte, hatte man schlicht gar keine Zeit zur Reflexion und zur Entwicklung von Strategien und Konzepten. Die Privatisierungsteams arbeiteten weitgehend unabhängig von vorgegebenen Richtlinien und sogar unabhängig voneinander. Sämtliche Entscheidungen basierten auf Einzelfallprüfungen ohne Regelbindung, es gab keine Vergabeverfahren nach festen Kriterien. Diese Praxis führte u.a. auch dazu, dass die jeweilige Entscheidung der Treuhand für Außenstehende nicht an konkreten Maßstäben messbar und deshalb auch häufig nicht nachvollziehbar war, und gab später – v.a. auch vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestages – Anlass zu massiver Kritik.

Das Fehlen allgemeinverbindlicher Regelungen und Richtlinien im Bereich der Privatisierung wurde im Bereich der Reprivatisierung wieder wettgemacht: Ein Vermögensgesetz, ein Vermögensrechtsänderungsgesetz, ein DM-Bilanz-Gesetz, ein Unternehmensgesetz noch aus der Modrow-Zeit und eine Unternehmensrückgabeverordnung bildeten zunächst die rechtliche Grundlage für die sog. Naturalrestitution, also die körperliche Rückgabe von enteigneten Vermögenswerten wie Grundstücken und Immobilien, aber auch Unternehmen und stillgelegten Betriebsteilen. Dazu gesellten sich später ein Sachenrechtsbereinigungs-, ein Ausgleichsleistungs-, ein Entschädigungs-, ein Bodensonderungs- und ein DDR-Schuldbuchbereinigungsgesetz, eine Grundstücksverkehrs-, eine Schuldverschreibungs- und eine Hypothekenablöseverordnung bis hin zu einer "Kraftloserklärung von Reichsmark-Wertpapieren". Hinzu kamen zahlreiche Durchführungsverordnungen und Durchführungbestimmungen, "Leitfäden" des Bundesjustizministeriums, Gerichtsurteile und umfangreiche Querverbindungen zu bereits bestehenden Gesetzen und Verordnungen. Allein der einschlägige dtv-Gesetzestext, die "Kurzfassung" also, umfasste ohne Kommentare nicht weniger als 50

maßgebliche und aus Platzgründen zum großen Teil nur auszugsweise abgedruckte Gesetze, Verträge, Verordnungen und Richtlinien auf über 500 engbedruckten Seiten.

Dabei war das Prinzip "Rückgabe vor Entschädigung" sowohl im Längs- wie im Querschnittsvergleich ohne Beispiel: In keinem anderen osteuropäischen Land – noch nicht einmal in der ehemaligen Sowjetunion – kam im Zuge der Transformation der Ökonomien dieses Prinzip in Frage; aus gutem Grund. Auch in der Vergangenheit lassen sich dafür jedenfalls keine erfolgreichen Beispiele finden. Beim Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik 1957 hat es – obzwar seinerzeit ebenfalls gefordert – ausdrücklich ein derartiges Prinzip nicht gegeben. Aber offenbar aufgrund einer starken diesbezüglichen Lobby und aus Angst vor voluminösen Entschädigungsansprüchen hat die Regierungskoalition das Prinzip sogar zur Bedingung für den Einigungsvertrag gemacht.⁴⁷

Das Rückübertragungsverfahren war alles andere als unkompliziert: Bei den eigens zu diesem Zweck geschaffenen Ämtern bzw. Landesämtern zur Regelung offener Vermögensfragen wurden die Anträge auf Rückübertragung gestellt. Diese Behörden prüften zunächst die Berechtigung der Anspruchsteller anhand von historischen Grundbuchauszügen, Gesellschafterverträgen, Bilanzen zum Zeitpunkt der Enteignung etc.. Formal betrieben die Ämter das Rückübertragungsverfahren, setzten es aber normalerweise "zur gütlichen Einigung" zwischen der Verfügungsberechtigten, also im typischen Fall der Treuhandanstalt, und den Anspruchstellern aus. Aufgrund der Unmenge von Anträgen, die die Ämter insbesondere in der Anfangszeit überflutete (s.u.), war es nicht ungewöhnlich, dass Anspruchsteller bei der Treuhand auftauchten, die zwar noch keine Berechtigung nachweisen konnten, sich aber gleichwohl – von auf das Vermögensrecht spezialisierten Anwälten unterstützt – auf Rechtsansprüche beriefen und Forderungen in Millionenhöhe im Munde führten. Meistens handelte es sich um Kinder, Enkel oder anderweitige Erben der ehemals Enteigneten, die zwar nicht unbedingt Branchenkenntnisse mitbrachten,⁴⁸ aber ihre Rechtsansprüche oder doch zumindest die Aussicht darauf. Teilweise waren sie aber auch gar nicht verwandt, sondern hatten

sich die Ansprüche notariell – gegen Geld oder auch nicht – abtreten lassen, was rechtlich möglich war.⁴⁹ Seltener traten die ehemals Enteigneten in persona auf, was aber die betriebswirtschaftlichen Erfolgchancen der Reprivatisierung nicht unbedingt erhöhte. Denn abgesehen davon, dass sie sich meistens schon im Rentenalter befanden, waren sie oft seit Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten nicht mehr in der Branche tätig. Kam es schließlich zur "gütlichen Einigung", die die eigentliche Rückübertragung, evtl. Ausgleichszahlungen und evtl. Verpflichtungen der Berechtigten umfasste, so wurde selbige vertraglich fixiert und anschließend von den Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen "festgestellt", ein entsprechender Bescheid erlassen, dieser – soweit niemand Widerspruch erhob – nach einem Monat "bestandskräftig", was schließlich die Grundbuchämter zur Umschreibung des Eigentums veranlasste, soweit diese nicht überlastet waren, was aber meistens der Fall war.

Vor dem Hintergrund einer Bewertung unter wirtschafts- und strukturpolitischen Gesichtspunkten ist der Paragraphenwirrwarr ein einziges Kompendium von Absurditäten. Dazu zwei Beispiele:

- Die berechtigten Anspruchsteller hatten einen Anspruch auf Rückübertragung der enteigneten Vermögensgegenstände. Soweit es sich um lebende Unternehmen handelte, hatten sie einen zusätzlichen Anspruch auf einen finanziellen Ausgleich im Falle einer mittlerweile eingetretenen Überschuldung; genannt "Ausgleichsleistung wegen wesentlicher Verschlechterung der Vermögenslage" (§ 6 Abs. 2 VermG). Darüber hinaus hatten sie Anspruch auf Leistungen zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit, also auf Erhöhung des Kapitalstocks, um auf ein weltmarktfähiges Produktivitätsniveau zu kommen und um konkurrenzfähig anbieten zu können; genannt "Ausgleichsleistung wegen wesentlicher Verschlechterung der Ertragslage" (§ 6 Abs. 4 VermG). Dieser "Ertragsausgleich" war häufig wertmäßig viel bedeutender als der Substanzwert des rückzuübertragenden Vermögens, überstieg diesen teilweise sogar um ein Vielfaches und avancierte so zum eigentlichen "Objekt der Begierde". Allerdings war die Auszahlung abhängig davon, dass die Sanierungsfähigkeit des Unter-

nehmens attestiert werden konnte. Die berechtigten Anspruchsteller hatten ein Sanierungskonzept einzureichen, welches von den wenigen Wirtschaftswissenschaftlern in den Reprivatisierungsabteilungen geprüft und beurteilt wurde.

Der Ertragsausgleich war der dickste Haushaltsposten im Bereich Reprivatisierung.⁵⁰ Er war seiner Höhe nach, vor allem aber im Hinblick darauf, ob er überhaupt geleistet werden musste (und im Gegensatz zu den rückzuübertragenden Vermögensgegenständen) von direkter Relevanz für die Bilanz der Treuhandanstalt, für den Bundeshaushalt, für den Steuerzahler. Ganz im Widerspruch zu seiner Bedeutung aber führte er im Rahmen der rechtlichen Ausgestaltung der Reprivatisierung ein absolutes Schattendasein. Die alles entscheidende Frage gar, nämlich ob nun Sanierungsfähigkeit gegeben ist oder nicht, war den Verfassern des Konvoluts von Gesetzen, Verordnungen, Durchführungsbestimmungen und Leitfäden keinen einzigen Paragraphen wert, auch keinen Absatz, noch nicht einmal einen ganzen Satz: "Müssen neue Produkte entwickelt werden, um einen vergleichbaren Umsatz zu erzielen, so besteht in Höhe der notwendigen Entwicklungskosten ein Erstattungsanspruch, es sei denn, das Unternehmen ist nicht sanierungsfähig." (§ 6 Abs. 4, Satz 2 VermG) Das war alles: Keine objektiven Maßstäbe, keine Vergleichsmomente, keine Verhältniszwecke zwischen zu schaffenden Arbeitsplätzen bzw. erwarteten Gewinnen und aufzuwendenden Investitionen, nichts dergleichen.⁵¹

- War das Unternehmen nun für sanierungsfähig befunden worden, so ging es um die Berechnung der Höhe des Ertragsausgleiches. Wiederum in krassem Gegensatz zu seiner Bedeutung gestaltete die "Unternehmensrückgabeverordnung" die Berechnung des Ertragsausgleiches recht übersichtlich: "Eine wesentliche Verschlechterung der Ertragslage wird bei sanierungsfähigen Unternehmen pauschal in der Weise ausgeglichen, dass dem Unternehmen eine Ausgleichsforderung in Höhe des Betrags der in der für die Übergabe maßgeblichen Bilanz ausgewiesenen Sonderposten nach § 17 Abs. 4 und § 24 Abs. 5 des D-Markbilanzgesetzes zuzüglich des Sechsfachen, im Falle des Absatzes 1 Satz 2 des Dreifachen, des in der Gewinn- und Verlustrechnung nach

Absatz 1 ausgewiesenen Fehlbetrages eingeräumt wird." (§ 6 Abs. 2 Satz 1 URüV)

Das bedeutete: Völlig unabhängig von der zur Debatte stehenden Branche, von der konkreten Situation des Unternehmens und seinem Finanzbedarf, von den geplanten Produkten und auch vom kurz zuvor eingereichten Unternehmenskonzept, kurz unabhängig von der betriebswirtschaftlichen Sinnhaftigkeit war die allein maßgebliche Größe für die Berechnung des Ertragsausgleiches der eingetretene Verlust während eines der zurückliegenden Geschäftsjahre. Die Treuhänder reimten fröhlich: "Nimm Papier und Blei, multipliziere mal drei." Diese Praxis führte nun regelmäßig dazu, dass manche Unternehmen weniger, manche aber auch mehr Ertragsausgleich erhielten, als betriebswirtschaftlich sinnvoll und einer Sanierung zuträglich gewesen wäre. Glücklicherweise setzte sich jedoch zumindest in der Berliner Zentrale der Treuhandanstalt allmählich die sog. "Einzelfallberechnung" durch; nicht so jedoch in den Niederlassungen, wo entweder in Ermangelung von Personal oder aber auch von betriebswirtschaftlicher Kompetenz die "Pauschalberechnung" weitergeführt wurde. Kam es zu keiner "gütlichen Einigung" zwischen Treuhandanstalt und berechtigten Anspruchstellern, so war spätestens vor Gericht der alleinige Maßstab wieder die "Pauschalberechnung".

Viele Menschen hatten Wohnungen und Einfamilienhäuser in der DDR in gutem Glauben und systemimmanent auch rechtmäßig erworben, waren dort bereits seit Jahren und Jahrzehnten ansässig und standen nun vor einer Tragödie oder hatten wenigstens mit der Angst zu tun, hinausgeworfen zu werden. Genauso schlimm war aber der vermögensrechtliche Grundsatz, dass die Anmeldung eines vermögensrechtlichen Anspruches eine sog. Verfügungssperre (§ 3 Abs. 3 bis Abs. 5 VermG) auslöste. Die meistens verfügungsrechtigte Treuhandanstalt konnte ab sofort nicht mehr verkaufen, der Investor nicht mehr erwerben und folglich auch nicht mehr investieren. Im Herbst 1992 lagen bereits über 2 Millionen Restitutionsansprüche vor,⁵² von denen sich drei Viertel auf Grundstücke und Gebäude richteten. Halbe Städte waren von Rückübertragungsansprüchen betroffen. Da gleichzeitig die gesetzlichen Grundlagen (s.o.)

dafür gelegt waren, dass sich weder die vermögensrechtlichen Ansprüche rasch klären ließen⁵³ noch die Reprivatisierung als solche zügig zu Ende gebracht werden konnte, passierte ausgerechnet in einer Situation, die privater Initiative dringender bedurfte denn je, erst einmal nichts.

Die Problematik der ungeklärten vermögensrechtlichen Verhältnisse avancierte mit zum größten Hindernis für einen strukturellen Aufschwung in den neuen Ländern und wurde bald auch in der öffentlichen Diskussion als solches erkannt. Bereits Rohwedder beurteilte die Regelung, dass auch bei Immobilien Rückgabe an die Alteigentümer vor der Entschädigung steht, als stärkste Bremse eines Aufschwungs.⁵⁴ Für den sächsischen Ministerpräsidenten, Prof. Kurt Biedenkopf, war das Rückgabeprinzip "ein formidables Investitionshemmnis" und das Vermögensgesetz ein "Dokument fortdauernder nationaler Entzweiung". Schätzungen des Deutschen Industrie- und Handelstages zufolge wurden Anfang der 90er Jahre Investitionen i.H.v. 200 Mrd. DM allein durch offene Vermögensfragen gehemmt.⁵⁵

Die Kritik führte aber nicht etwa zur Beseitigung des Hemmnisses, sondern zu Phänomenen wie dem Hemmnisbeseitigungsgesetz und dem Registerverfahrensbeschleunigungsgesetz. Eine Monatszeitschrift⁵⁶ etablierte sich, die sich exklusiv den anspruchsvollen und komplexen, aber interessanten vermögensrechtlichen Fragestellungen widmete, und allein das Berliner Kongreßzentrum ICC war groß genug, um die zahlreichen Teilnehmer der einschlägigen Fachkongresse zu beherbergen. Altbundeskanzler Helmut Schmidt setzte den ganzen Berufsstand auf die Anklagebank: "Heute würde ich am liebsten die Zunft der deutschen Juristen ins Fegefeuer wünschen. Oder besser nach Stralsund, zum Besuch beim Bürgermeister, zum Katasteramt in Potsdam, zum Vorstandsvorsitzenden von Jenoptik oder zur Präsidentin der Treuhandanstalt; dort würden sie begreifen, was sie mit ihrer Vermögensregelung angerichtet haben – und weiterhin anrichten..."⁵⁷

Schließlich wurde das Investitionsvorranggesetz aus der Taufe gehoben, das vom Anspruch her die vermögensrechtliche Verfügungssperre in den Fällen außer Kraft setzen sollte, in denen sich ernsthafte Investoren um ein Objekt bemühten,

auf dem ein Restitutionsanspruch lag. Das Investitionsvorranggesetz konnte aber die retardierenden Wirkungen des Vermögensgesetzes nicht mehr wettmachen: Der interessierte Investor musste bei der eigens geschaffenen Investitionsvorranstellung⁵⁸ ein Investitionskonzept einreichen, das dort begutachtet und mit einem eventuellen Gegenkonzept des Anspruchstellers verglichen wurde. Nur für den Fall, dass das Konzept des Investors für dem des Anspruchstellers überlegen befunden wurde (gleichwertig reichte nicht), konnte ein sog. Investitionsvorrangbescheid erlassen werden, der erst einen sog. "investiven Vertrag" zwischen Treuhandanstalt und Investor ermöglichte, welcher wiederum vertraglich vereinbarte und mit Vertragsstrafen besicherte Verpflichtungen zur Investition, zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen etc. enthalten sollte. Viele Investoren, die beispielsweise nur an einem Grundstück interessiert waren (welches im Gegensatz zu laufenden Unternehmen normalerweise ohne vertragliche Bindungen verkauft wurde), wollten sich aber auf ein solches Spiel nicht einlassen. Die Nachfrage nach Objekten wurde durch die vermögensrechtliche Belastung – trotz Investitionsvorranggesetz – geschwächt und dadurch die von der Treuhand erzielbaren Verkaufspreise weiter gesenkt. Diejenigen Kaufinteressenten aber, die ein Konzept einreichten, hatten zu gewärtigen, dass der Anspruchsteller sich aus Angst, hinterher nicht ausreichend entschädigt zu werden, an seinen Anspruch klammerte und entsprechend mit einem Gegenkonzept konterte. Oft schaukelten sich die beiden Kontrahenten mit völlig realitätsfernen Entwürfen gegenseitig auf und landeten schließlich – wie so viele und wie so vieles im Bereich der Reprivatisierung – bei einer gerichtlichen Auseinandersetzung.

Ende 1994 waren 14.576 Unternehmen und Unternehmensteile privatisiert, davon 6.464 als laufende Unternehmen. Die Privatisierungsverträge umfassten u.a. Investitionszusagen i.H.v. 206,5 Mrd. DM und Arbeitsplatzzusagen im Umfange von 1.487.280 Arbeitsplätzen. Reprivatisiert waren 4.291 Unternehmen und Unternehmensteile, davon 1.571 als laufende Unternehmen, kommunalisiert⁵⁹ waren 263 und stillgelegt 3.527 Unternehmen und Unternehmensteile.

4. Konklusion

Die Währungsunion vom 1. Juli 1990 hat die gesamte Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Volkswirtschaft über Nacht zerstört. Dennoch hätte auch in dieser Situation die Möglichkeit bestanden, in einer Kombination aus moderater Tarifpolitik und degressiver Subventionierung des Produktionsfaktors Arbeit die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten bzw. wiederherzustellen.⁶⁰ Für Investoren wären die Unternehmen auch unter Ertragswertgesichtspunkten interessant geblieben und die erzielbaren Privatisierungserlöse wären um ein Vielfaches höher gewesen als die später tatsächlich realisierten. Es hätte privatisiert werden können, aber nicht müssen und die Kapitalbildung für die langfristig notwendige Erneuerung und Erweiterung des Kapitalstocks hätte allmählich vor Ort stattfinden können.

Statt dessen wurde durch weitere exorbitante Lohnerhöhungen menschliche Arbeit immer unattraktiver gemacht, der Produktionsfaktor Kapital immer mehr subventioniert und das Allheilmittel in der Privatisierung gesucht. Dies führte u.a. dazu, dass heute 85% des von der Treuhand privatisierten Firmenvermögens westdeutsches, 10% ausländisches und nur 5% ostdeutsches Eigentum sind. Auch deshalb wird auf absehbare Zeit, so wie in den vergangenen 10 Jahren, die Kapital- und Vermögensbildung im Osten Deutschlands mit der westdeutschen nicht gleichziehen, geschweige denn sie einholen können. Statt dessen wird sich die Vermögensschere weiter vergrößern.

Die Strategie der Kapitalsubventionierung hätte aber zumindest von einer strategischen und intensiven Strukturpolitik begleitet werden müssen, denn die Produktions- und Beschäftigungsstruktur der DDR zum Zeitpunkt der Wende entsprach in etwa der der Bundesrepublik von 1965:⁶¹ Der Anteil des primären, des landwirtschaftlichen Sektors am Bruttosozialprodukt war deutlich höher und der des sog. tertiären, des Dienstleistungssektors deutlich geringer als in der Bundesrepublik der frühen 90er-Jahre. Der sekundäre Sektor der Industrieproduktion war dominiert von Low-Tech-Branchen, die mit vergleichsweise geringer Kapitalausstattung arbeitsintensiv produzierten. Typische Beispiele hierfür waren die

Schuh- und die Textilindustrie. Produkte dieser Branchen, insbesondere aus dem unteren Preissegment, wurden im Westen längst aus Billiglohn- und Schwellenländern importiert. Was also im Osten Deutschlands Not tat (und nach wie vor tut), war eine Umgestaltung, eine Erneuerung der gesamten industriellen Struktur in Richtung innovativer Produkte in Wachstumsbranchen, die ein hohes Lohnniveau ertragen.

Statt dessen wurde die Treuhandanstalt zu einer Hau-Ruck-Privatisierungspolitik veranlasst, bei der die ursprünglich geschätzten Substanzwerte allein deshalb nicht realisiert werden konnten, weil dabei eine ganze Volkswirtschaft gleichzeitig auf den Markt geworfen wurde. An eine Strukturpolitik war so nicht nur nicht zu denken, Ansätze dazu wurden sogar regelrecht verhindert: Im Rahmen des sog. Flachs-Leinen-Projektes des Landes Sachsen waren auch mehrere Treuhand-Betriebe für die vertikale Integration von Entwicklung und Produktion ökologischer Textilien vorgesehen. Die notwendige Privatisierung scheiterte jedoch u.a. daran, dass die einzelnen Unternehmenskonzepte – isoliert betrachtet – als nicht tragfähig erschienen, da für die neuen Produkte noch keine Marktposition begründet werden konnte. Eine Netzwerkbeachtung des gesamten Projektes hätte aber zu einem anderen Ergebnis geführt. So unterblieb sinnvolle Koordination öffentlicher und privater Investitionen, eben Strukturpolitik.

Grundsätzlich hat die Treuhandanstalt die zerteilten Kombinate isoliert einzelwirtschaftlich und konventionell betriebswirtschaftlich betrachtet und behandelt. Allein der Bestand an noch nicht verkauften Unternehmen war Richtschnur der Vorgehensweise. Eine von Treuhandgeldern mitgetragene Investition hatte immer die Übernahme eines operierenden Treuhandunternehmens mit allen Konsequenzen und allen Ineffizienzen zur Voraussetzung. Als selbstverständlich galt, dass ein Unternehmen privatisiert wird, "wie es steht und liegt", also beispielsweise Textilbetriebe in Innenstadtlagen. So wurden weder die Immobilien ihrer auch volkswirtschaftlich ertragsmaximalen Verwendung zugeführt, noch die bis heute brachliegenden Gewerbegebiete genutzt, noch die Arbeitsplätze langfristig

wirklich gesichert. Jedenfalls volkswirtschaftlich wäre es oft bedeutend sinnvoller gewesen, ein Altunternehmen zu schließen, aber gleichzeitig ein neues zu gründen und so wenigstens schrittweise eine Orientierung zu finden weg von den veralteten Branchen, für die im Zuge der internationalen Arbeitsteilung längst die Schwellenländer verantwortlich zeichnen, und hin zu einer industriellen Zukunft. So aber war die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt zusammen mit dem Reprivatisierungsprinzip "Rückgabe vor Entschädigung" und seinen gesetzlichen Grundlagen die Ursache dafür, dass Deutschland in seine industrielle Vergangenheit investiert hat.

10 Jahre nach der politischen Einheit ist die wirtschaftliche Situation im Osten Deutschlands gekennzeichnet durch ein seit Jahren gleichbleibend niedriges relatives Produktivitätsniveau bei einem gleichbleibend zu hohen relativen Lohnniveau und gleichbleibend zu hohen relativen Lohnstückkosten. Die Konsequenzen sind – seit Jahren und noch auf Jahre hinaus – gleichbleibend hohe Transferleistungen von West nach Ost, die zu einer hohen Staatsverschuldung geführt haben, eine seit 10 Jahren kontinuierlich steigende Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern und Unzufriedenheit auf beiden Seiten. Diese Konstellation ist weder vom Himmel gefallen noch war sie unausweichlich. Sie ist vielmehr das Ergebnis konkreter politischer Entscheidungen. Es gibt dafür konkrete Verantwortung und konkrete Verantwortliche.

Anmerkungen

- 1 Institut für Demoskopie, Allensbach gem. Wirtschaftswoche Nr. 40 vom 28.09.2000, S. 36
- 2 Spiegel 40/2000, S. 32
- 3 Institut für Demoskopie, Allensbach gem. Wirtschaftswoche Nr. 40 vom 28.09.2000, S. 38; bei der selben Altersgruppe beträgt die Quote im Osten 57%, bei der Gesamtbevölkerung West 57% und bei der Gesamtbevölkerung Ost 60%
- 4 vgl. Wirtschaftswoche Nr. 40 vom 28.09.2000, S. 37
- 5 Die Sowjetunion stellte gegenüber der Regierung der DDR unmissverständlich klar, dass sie keineswegs bei den Unruhen ein zugreifen gedachte; und schon gar nicht zugunsten der Staatsmacht der DDR.
- 6 vgl. Marschall, S. 3
- 7 Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
- 8 ValutaMark; im Verrechnungsverhältnis 1:1 zu DM
- 9 Schürer, S. 1114
- 10 ebda, S. 1116
- 11 ebda, S. 1116 f.
- 12 ebda, S. 1119
- 13 ebda, S. 1120
- 14 vgl. Gürtler, S. 22
- 15 das Verhältnis zwischen geschöpftem Wert und der dafür aufgebrauchten Arbeitsmenge bzw. -zeit
- 16 Nicht ganz von ungefähr sind die Länder mit den höchsten Arbeitsproduktivitäten auch diejenigen mit den höchsten Löhnen: USA, Deutschland, Japan.
- 17 Allerdings waren viele Dinge des täglichen Bedarfs vom Staat subventioniert und deshalb deutlich billiger als entsprechende westdeutsche Vergleichsprodukte; deshalb lag die Kaufkraft bei ca. 30% des entsprechend Westniveaus.
- 18 vgl. Klodt, S. 2
- 19 vgl. Kessler u.a. 1996, S. 16
- 20 vgl. Späth, S. 6
- 21 ohne die Leistungen durch die Treuhandanstalt bzw. deren Nachfolgeinstitutionen
- 22 Rentner und Arbeitslose müssen Leistungen erhalten, ohne überhaupt bzw. ohne in vergleichbarem Maße Beiträge geleistet zu haben.
- 23 vgl. Späth, S. 6
- 24 vgl. Bild 1
- 25 die Lücke zwischen dem erreichten Niveau der Produktivität und dem der Löhne
- 26 Bundesanstalt für Arbeit gem. Wirtschaftswoche Nr. 40 vom 28.09.2000, S. 41
- 27 Die Wirtschaftswoche dazu weiter: "Der Rentner, der sich durch Zeitungsaustragen etwas dazuverdient, die Hausfrau, die ihr Haushaltsgeld durch Putzen aufbessert, die Studentin, die in der Kneipe jobbt, sie alle gelten auf einmal genauso als Erwerbstätige wie der Malocher im Stahlwerk, der Uniprofessor oder der Angestellte." Siehe: Fischer, M. / Richter, M.: "Nürnberg Zauberei" in Wirtschaftswoche Nr. 39 v. 21.09.2000, S. 29
- 28 Späth, L. im Spiegel 25/1996, S. 113
- 29 So stiegen die Wanderungsüberschüsse aus den neuen Ländern in das frühere Bundesgebiet von 10.000 in 1997 auf 44.000 in 1999; siehe Spiegel 40/2000, S. 78
- 30 Die am schlimmsten betroffenen Städte haben 50% ihrer Einwohner verloren.
- 31 Gregor Gysi in: Marschall, S. 3
- 32 Eine der Blüten, die diese Praxis treibt: Dank großzügiger staatlicher Zuschüsse hat sich das Bettenangebot in Mecklenburg-Vorpommern allein im Jahre 1996 vervierfacht. Da aber die Touristen bei diesen Wachstumsraten nicht mithalten konnten und sich statt dessen gleichmäßig auf die entstandenen Überkapazitäten verteilten, sanken die Auslastungsquoten ins Bodenlose und kaum eines der jungen Unternehmen war mehr überlebensfähig. Schließlich beschwor die entsprechende Lobbyvereinigung 'Mecklenburgischer Hotel- und Gaststättenverband', deren Existenzberechtigung – normale Verhältnisse vorausgesetzt – ja u.a. gerade darin besteht, staatliche Fördermittel loszueisen, die Schweriner Landesregierung, "endlich mit dem Förderwahnsinn aufzuhören". (Kessler, S. 16)
- 33 Sinn 1996, S. 114
- 34 Sinn gem. Sirlschctov 1994, S. 18
- 35 Sinn 1996, S. 115
- 36 der allerdings vom Ex-Bundeskanzler nicht der volle Respekt gezollt wird; so äußerte sich Kohl wiederholt zu Ökonomen als "Gurus, die auch noch hoch bezahlt werden".
- 37 vgl. Hankel 1994, S. 9
- 38 Pöhl zit. nach Köhler, S. 64
- 39 Emnid-Umfrage vom 15. und 16. September 2000; siehe Spiegel 40/2000, S. 31

- 40 Durch Entflechtung der Kombinate wuchs das Portfolio zunächst auf ca. 12.300 Unternehmen an.
- 41 vgl. Jürgs, M. 06/1997, S. 111
- 42 zur Veranschaulichung: Vor der Wende produzierten in Eisenach 10.000 Arbeiter jährlich 80.000 Wartburg; 1995 dagegen 1.800 Arbeiter 150.000 Opel; vgl. Fischer, G. / Schwarzer, U. 1995, S. 168
- 43 zit. nach Köhler, S. 63
- 44 vgl. Treuhandanstalt: Treuhand-Informationen, Ausgabe 21; 30.12.1994, S. 25
- 45 Jürgs, M. 07/1997, S. 120
- 46 zit. nach Jürgs, M. 07/1997, S. 120
- 47 Schmidt, H. 1993, S. 115
- 48 von Relevanz im Falle der Restitution lebender Unternehmen
- 49 sog. "derivative Ansprüche" (§ 3 Abs. 1 Satz 2 VermG)
- 50 Im Durchschnitt wurden 2,05 Mio. DM für jedes reprivatisierte Unternehmen aufgewandt, im Einzelnen variierten die Beträge aber zwischen Null und 30 Mio. DM; siehe "Fast die Hälfte der Ansprüche auf Reprivatisierung ist erledigt" in FAZ v. 06.09.1994, S. 17
- 51 Einmal ganz abgesehen davon, dass der verwendete Begriff "sanierungsfähig" eigentlich völlig ungeeignet ist, denn mit entsprechendem Geld ist alles sanierungsfähig. Eigentlich geht es vielmehr um die Einschätzung darüber, ob das Unternehmen "sanierungswürdig" ist; d.h. ob der geplante Aufwand in einem angemessenen Verhältnis zum zu erwartenden Ergebnis steht.
- 52 die natürlich nicht alle berechtigt waren, gleichwohl aber eine Verfügungssperre auslösten.
- 53 Die Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen prüfen bis heute.
- 54 siehe Jürgs, M.: 07/1997, S. 114
- 55 vgl. Spiegel 40/2000, S. 82
- 56 VIZ – Zeitschrift für Vermögens-Immobilienrecht
- 57 Schmidt, H. 1993, S. 115
- 58 innerhalb der Treuhandanstalt
- 59 an Kommunen übertragen
- 60 was auch von führenden Wirtschaftsforschungsinstitutionen immer wieder vorgeschlagen wurde.
- 61 vgl. Hübner 1997
- Hickel, R. / Priewe, J.: Der Preis der Einheit, Frankfurt a.M. 1991
- Hoffmann, L.: Warten auf den Aufschwung, Regensburg 1993
- Hübner, R.: "Die DDR-Betriebe kamen immer zu spät" in: Der Tagesspiegel v. 10.03.1997
- Jensen, A.: "Marktgläubige Treuhand zerstörte den Markt" in: taz v. 26.07.1994, S. 7
- Jürgs, M.: Die Treuhändler, München 1997
- Jürgs, M.: "Ein Land im Sonderangebot" in: Der Spiegel 06/1997 und 07/1997
- Kessler, M. / Marschall, B. / Schütte, C. / Sirleschtov, A. / Student, D.: "Sächsischer Break-even" in: Wirtschaftswoche v. 25.07.1996, S. 14-17
- Kessler, M. / Sirleschtov, A.: "Kopfüber in's Minus" in: Wirtschaftswoche v. 06.03.1997, S. 16-18
- Klodt, H.: "Industrial Policy and the East German Productivity Puzzle", Paper submitted for the CES-ifo conference 'Ten Years after: German Unification Revisited' held in Munich in November 1999; erhältlich beim ifo-Institut, München
- Köhler, O.: "Frühstücksei mit Salat" in: tip 2/1995
- Lichtblau, K.: "Privatisierungs- und Sanierungsarbeit der Treuhandanstalt" in: Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), Köln 1993
- Liedtke, R. (Hrsg.): Die Treuhand und die zweite Enteignung der Ostdeutschen, München 1993
- Marschall, B.: "Von Hilflosigkeit und Gedankenlosigkeit" in: Berliner Zeitung v. 04.03.1997, S. 3
- Sachverständigenrat: Jahresgutachten 1990/1991
- Schiller, K.: Der schwierige Weg in die offene Gesellschaft, Berlin 1994
- Schmidt, H.: Handeln für Deutschland, Berlin 1993
- Schürer, G.: "Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, geheime Verschlusssache b5 1158/89"; veröffentlicht in Deutschland-Archiv 10/1992, S. 1112-1120
- Sinn, G. / Sinn, H.-W.: Kaltstart, Tübingen 1991
- Sinn, H.-W.: "Dann bricht das Chaos aus" in: Der Spiegel 25/1996
- Sirleschtov, A. / Weidenfeld, U.: "Seltene Privileg" in: Wirtschaftswoche No. 34 v. 19.08.1994
- Späth, L.: "Die Deutschen müssen innovativer und risikofreudiger werden" in: Handelsblatt v. 08.11.1994, S. 6
- Treuhandanstalt: Daten und Fakten zur Aufgabenerfüllung der Treuhandanstalt, Ausgaben 07.06.1994, 06.07.1994, 05.08.1994, 04.09.1994
- Treuhandanstalt: Pressekonferenz der Treuhandanstalt am 25.07.1994, Protokoll und Handout für die Presse
- Treuhandanstalt: Treuhand-Informationen, Ausgabe 21; 30.12.1994
- Vilmar, Fritz (Hrsg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik: Kritische Bilanz und humane Alternativen. Berlin 2000
- Voorst, Bruce van: "Treuhand's End" in: Time Magazin 16.01.1995

Gesetzestexte:

- Akerlof, G. / Rose, A. / Yellen, J. / Hesseinius, H.: "East Germany in from the Cold: The Economic Aftermath of Currency Union" in: Brookings Papers on Economic Activity 1/1991, S. 1-105
- Blome, N.: "Die Treuhand nutzte die Freiheiten, die ihr die Politik ließ" in: Die Welt v. 31.08.1994, S. 4
- Breuel, B.: Leserinterview in der Wochenpost v. 25.08.1994, S. 26/27
- Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben: Bericht über das 1. Halbjahr 1995 v. 28.07.1995
- Dohnanyi, Klaus v.: "Das hohe Wachstum geht auf den Transfer zurück" in: Handelsblatt v. 04.10.1995, S. B3 f.
- DIW-Wochenbericht 12/1991
- Fischer, G. / Schwarzer, U.: "Halden der Arbeit" in: Manager-Magazin Mai 1995, S. 167 ff.
- Fischer, M. / Richter, M.: "Nürnberger Zauberei" in Wirtschaftswoche Nr. 39 v. 21.09.2000, S. 29
- Gürtler, D.: "Teure Sekunde" in: Wochenpost v. 29.06.1995, S. 22
- Hankel, W.: Die sieben Todsünden der Vereinigung, Berlin 1993
- Hankel, W.: "Und wenn die Treuhand nur lehrt, wie man es besser nicht machen soll" (Interview) in: Neues Deutschland v. 02.11.1994
- Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (Vermögensgesetz – VermG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. August 1997 (BGBl. I S. 1974), BGBl. III FNA Anh. III-19
- Verordnung zum Vermögensgesetz über die Rückgabe von Unternehmen (Unternehmensrückgabeverordnung – URüV) vom 13. Juli 1991 (BGBl. I S. 1542), BGBl. III/FNA Anh. III-19-1

Thomas Lang:

Monetäre Globalisierung

1. Einleitung

Die Welt ist im Wandel, seit jeher. In den letzten zwei Jahrzehnten gewann dieser Wandel jedoch eine neue Qualität. Wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Beziehungen umspannen zunehmend den gesamten Globus, entsprechend wird dieser Prozess der zunehmenden weltweiten Verflechtung als 'Globalisierung' bezeichnet. Nach Dunning ist die sich globalisierende Ökonomie der neunziger Jahre ein neues Stadium in der räumlichen Ausdehnung ökonomischer Aktivität, die auf vorindustrielle Zeiten zurückgeht.¹

Untersucht man die ökonomische Dynamik der verschiedenen Wirtschaftssektoren, so wird deutlich, dass der Dienstleistungssektor heute das stärkste Wachstum verzeichnet.² Entsprechend kann man von einer 'Tertiarisierung' der Ökonomie sprechen. Innerhalb des tertiären Sektors wiederum gibt es eine besonders dynamische Branche: das Finanzwesen. Menzel spricht angesichts der außerordentlichen Dynamik der Finanzmärkte von einer "Entstofflichung" bzw. "Virtualisierung" der Ökonomie, Hübner von einer "Verselbständigung des monetären Weltmarktes".³ Der folgende Aufsatz macht es sich zur Aufgabe, Ursachen und Wirkungen der monetären Globalisierung zu untersuchen.

2. Die Globalisierung der Ökonomie

2.2. Definition

Ohne ein allgemeines Verständnis von den Ursachen und Wirkungsweisen der ökonomischen Globalisierung kann auch die finanzwirtschaftliche Globalisierung nicht voll erfasst werden. Aus diesem Grunde soll hier zuerst die ökonomische Globalisierung thematisiert werden. Eine allgemeingültige Definition des Begriffs der ökonomischen Globalisierung existiert nicht. Es kann hier also nur darum gehen, eine möglichst aussagekräftige Definition zugrundezulegen.

In der Literatur werden üblicherweise zwei Komponenten der Globalisierung hervorgehoben. Dies

ist zum einen eine quantitative räumliche Komponente ("räumlicher Expansionsprozeß"⁴), zum anderen eine qualitative Komponente (Vertiefung und Vernetzung von Marktbeziehungen bzw. räumliche Neuordnung⁵). Diese beiden Komponenten bilden einen gewissen Konsens in der Globalisierungsdebatte, da sie immer wieder – wenn auch in leicht veränderter Form – in der Literatur auftauchen, so auch in der folgenden Definition von McGrew, die sehr gelungen ist, da sie insbesondere den qualitativen Aspekt der Globalisierung in Form weltweiter Interdependenzen betont:

"Globalisierung bezieht sich auf die Vielfältigkeit von Verbindungen zwischen Staaten und Gesellschaften, die das gegenwärtige Weltsystem ausmachen. Sie beschreibt einen Prozess, durch den Ereignisse, Entscheidungen und Aktivitäten in einem Teil der Erde merkliche Auswirkungen auf Individuen und Gemeinschaften in weit entfernten Teilen der Erde haben wird. Globalisierung hat zwei unterschiedliche Erscheinungen: Reichweite (oder Ausdehnung) und Intensität (oder Vertiefung). Auf der einen Seite beschreibt sie ein Bündel von Prozessen, die fast den gesamten Globus umspannen oder weltweit stattfinden; in diesem Sinne hat Globalisierung eine räumliche Bedeutung. [...] Auf der anderen Seite impliziert sie eine Intensivierung des Ausmaßes von Interaktionen, Verbindungen oder Abhängigkeiten zwischen den Staaten und Gesellschaften, die die Weltwirtschaft konstituieren."⁶

Eine stärker raumbetonte, jedoch abstraktere Definition liefert Hübner. Globalisierung ist seiner Meinung nach "ein höchst komplexer Vorgang der In- und Außerwertsetzung geographischer Räume und der diese bestimmenden Handlungszusammenhänge sozialer Akteure und stofflich-materieller Gegebenheiten, der räumlich-geographischen wie der räumlich-funktionalen Expansion und Neustrukturierung sowie der Überlagerung und Durchdringung funktionaler Räume mit verschiedenen governance-Strukturen."⁷

2.2. Theorie der Expansion

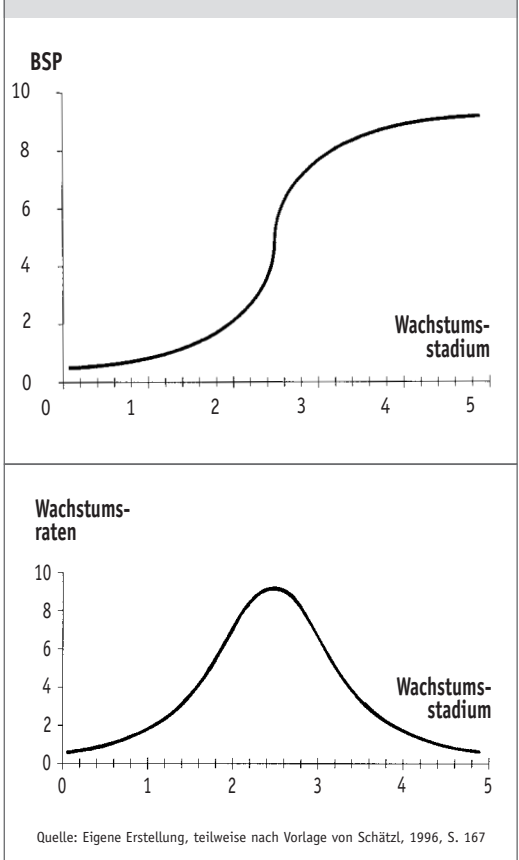
Dauerhaftes wirtschaftliches Wachstum führt zu ökonomischer Globalisierung⁸: Sobald die Expansion einer Volkswirtschaft an deren Grenzen stößt, wird sie bestrebt sein, diese zu übertreten und einen zunehmenden wirtschaftlichen Austausch mit anderen Volkswirtschaften zu realisieren.⁹

Eine ausgesprochene Theorie der Globalisierung der Ökonomie existiert bislang nicht. Eine umfassende Theoretisierung der ökonomischen Globalisierung kann an dieser Stelle auch nicht geleistet werden, stattdessen soll der treibende Faktor für die Globalisierung der Wirtschaft näher betrachtet werden, nämlich das wirtschaftliche Wachstum. Dazu bedarf es einer langfristigen Sichtweise, einer Untersuchung der langen Frist, die in der Wirtschaftstheorie allzu oft vernachlässigt wird.

Eine gute Basis zur Erklärung der (monetären) Globalisierung bildet die langfristig ausgerichtete Wirtschaftsstufentheorie nach Rostow. Was Rostows Theorie hier so wertvoll macht, ist weniger die (zurecht kritisierte) deterministische Abfolge von Entwicklungsstufen¹⁰, sondern seine Feststellung, dass jede Ökonomie in ihrem langfristigen Entwicklungsprozess eine S-förmige Pro-Kopf-Einkommenskurve aufweist¹¹, was nichts anderes heißt, als dass jede Wirtschaftsstufe ein anderes Wachstumsstadium (mit einer anderen Wachstumsdynamik) durchläuft. Während in der ersten Stufe (traditionelle Gesellschaft) ein nennenswertes Wachstum nicht stattfindet, steigert es sich in der Gesellschaft im Übergang (zweite Stufe), bis es sein Maximum im take-off-Stadium (dritte Stufe) erreicht und danach in der vierten und fünften Stufe (Reifestadium; Massenkonsum) wieder abflacht (siehe Darstellung 1).

Diese langfristige wachstumsspezifische Perspektive der ökonomischen Entwicklung erleichtert das Verständnis der wirtschaftlichen Dynamik sowohl des Globalisierungsprozesses im allgemeinen als auch einzelner Länder im speziellen, so z.B. die starke Dynamik einiger Schwellenländer, die sich im wirtschaftlichen Aufstieg befinden, oder das abnehmende Wachstum in vielen Industrieländern. Der von Rostow be-

Darstellung 1: Die Entwicklung des Weltsozialprodukts seit 1500



schriebene langfristige Entwicklungsprozess mit einem erst langsamen, dann starken und schließlich wieder abflachenden – bei tendenziell immer positivem – Wirtschaftswachstum ist für die nachfolgenden Überlegungen von zentraler Bedeutung.

Die Wirtschaftsstufentheorie ist jedoch keine Theorie im strengen Sinne, sie kann den Entwicklungsprozess nicht erklären, sondern nur beschreiben. Ihr deskriptiver Charakter tut ihrer Bedeutung aber keinen Abbruch, die darin liegt, das Verständnis von längerfristigen Entwicklungsprozessen zu erleichtern. Eine theoretische Erklärung des Wachstumsprozesses – und damit der ökonomischen Globalisierung – liefert die "monetäre Entwicklungstheorie".^{12,13}

Der entscheidende Motor für den Wachstums- bzw. Globalisierungsprozess ist demgemäß der Finanzsektor einer Ökonomie. Mit der Herausbildung eines Finanzsektors bzw. einer Kreditwirtschaft ist eine neue wirtschaftliche Dynamik entstanden. Nicht nur hat das Geld die Tauschbeziehungen der Marktteilnehmer ganz erheblich erleichtert, sondern es hat in Form der Kredit- bzw. Gläubiger-Schuldner-Beziehung ganz neue Akkumulationsmöglichkeiten und -notwendigkeiten geschaffen. Hankel sieht im Kreditcharakter das eigentliche Spezifikum des Geldes und meint, dass "die Kreditwirtschaft, einmal etabliert, die Gesellschaft [...] nachhaltiger verändert [hat] als jede Revolution – nicht nur im technokratischen Sinn reichlicherer Güterversorgung [...]".¹⁴ In der Kreditwirtschaft steht das Ausleihen von Geldkapital am Anfang des Wirtschaftskreislaufs. Durch die Möglichkeit der Kreditvergabe mittels Kreditschöpfung werden Gelder in den Wirtschaftskreislauf geführt, die nicht erst gespart werden müssen. Mit diesen Geldern können die Schuldner (Investoren) Wert schöpfen, also mehr Geld erwirtschaften und damit einen Gewinn erzielen. Gesamtwirtschaftlich kann aber nur dann mehr Geld erwirtschaftet werden, wenn mehr Geld in den Wirtschaftskreislauf strömt. Diese (Mehr) Gelder können wiederum durch Schaffung neuer Kredite bereitgestellt werden. Die Kreditschöpfung ermöglicht somit eine wirtschaftliche Expansion.¹⁵ Notwendig wird die Erwirtschaftung einer größeren Menge Geld durch den Preis, den der Schuldner dem Gläubiger in Form des Zinses für das geliehene Geldkapital zahlen muss.¹⁶ Der Zins macht somit wirtschaftliches Wachstum zur Voraussetzung für eine funktionierende Kreditwirtschaft, er erzeugt die Akkumulationsdynamik in der Ökonomie. Auch Beltrani sieht diesen doppelten Expansionscharakter der Kreditwirtschaft, wenn er schreibt, dass die "Bedeutung der Geld- und Kreditschöpfung [...] sich darin [zeigt], dass sie einerseits Wachstum ermöglicht, andererseits zusammen mit den Fremdkapitalkosten und den Time-lags der Produktion einen Wachstumszwang für die kreditnehmenden Produzenten und schließlich für die gesamte Wirtschaft verursacht."¹⁷

Die Zins- und Zinseszinsinnahmen wiederum erhöhen die Geldkapitalvermögen der Gläubiger,

und zwar mit steigender Dynamik, d.h. exponentiell. Diese steigenden Geldvermögen stehen dann wieder als Kreditangebote dem Wirtschaftskreislauf zur Verfügung und potenzieren die Finanzierungsmöglichkeiten.¹⁸ Entsprechend meint Keynes, dass die "Macht des Zinseszinses über zweihundert Jahre hinweg [etwas] ist [...], was die Vorstellungskraft ins Wanken bringt".¹⁹ Als wichtiges initiales Ereignis für einen wirtschaftlichen take-off nennt er dabei die Goldimporte Spaniens aus Lateinamerika im 16. Jahrhundert.²⁰

Die Schlussfolgerung aus diesen Ausführungen ist klar: Die wachstumsbasierte Entwicklung einer Volkswirtschaft ist nur dann nachhaltig möglich, wenn ein Land über einen leistungsfähigen Finanzsektor verfügt, über ein flächendeckendes Bankenetz sowie über leistungsfähige Kapitalmärkte, so dass sich die oben erläuterte kredit- und zinsbedingte Akkumulationsdynamik frei entfalten und den Entwicklungsprozess in Gang setzen kann. Voraussetzung dafür ist jedoch eine stabile Währung, die eine Kapitalflucht ins Ausland bzw. eine Devisen- oder Güterhortung verhindert. Diese Voraussetzungen aber sind in Entwicklungsländern nicht gegeben, sieht man von den Schwellenländern ab.²¹ Kapitalimporte werden damit eher zu einer Konkurrenz für eine inländische Kapitalbildung, als dass sie eine Sparlücke füllen. Sie verlagern die monetäre Akkumulation ins Ausland, Zins und Tilgung mehren das Vermögen außerhalb und nicht innerhalb der Grenzen der entwicklungswilligen Volkswirtschaft.

Darüberhinaus lässt sich eine weitere Schlussfolgerung ziehen: Das Geld als Motor des Wirtschaftswachstums ist zugleich Motor der Globalisierung, es ist gemäß Giddens ein "Entbettungsmechanismus"²², der soziale bzw. ökonomische Beziehungen aus ortsgebundenen Interaktionszusammenhängen heraushebt und deren Raum-Zeit-Möglichkeiten wesentlich ausdehnt. Und die "durch moderne Geldwirtschaften ermöglichte Entbettung" ist nach Giddens heute noch viel stärker.²³

Andere, nicht-monetäre Wachstumsursachen wie z.B. technischer Fortschritt durch Innovationen, Gewinnstreben oder steigende Konsumorientierung seien hier nicht weiter ausgeführt.

2.3. Historische Dynamik

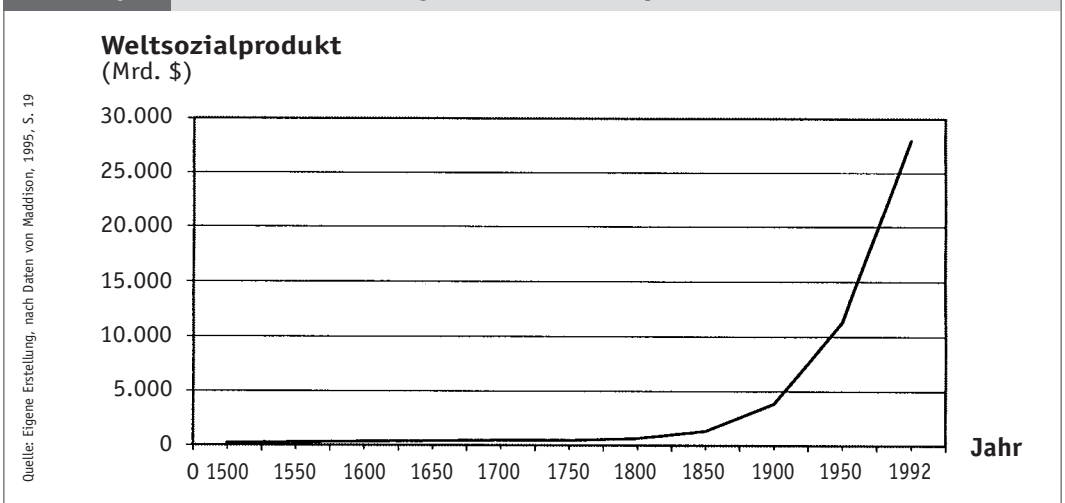
Der Prozess der Globalisierung ist viel älter als die Globalisierungsdebatte vermuten lässt. Darauf wird in der einschlägigen Literatur hingewiesen, meist mit dem Hinweis auf die Industrielle Revolution oder die ökonomische Entwicklung im Hochmittelalter.²⁴ Man könnte auch weiter zurückgreifen und eine Tendenz zur wirtschaftlichen Globalisierung bereits mit dem Beginn des Handels ausmachen, denn seitdem es Handel gibt, hat sich dieser räumlich ausgedehnt. Eine genaue zeitliche Festlegung ist jedoch ebenso unmöglich wie sinnlos. Entscheidend ist vielmehr die Tatsache, dass sich ökonomische Aktivitäten quantitativ und damit auch räumlich bis heute ausgedehnt haben. Diesen Vorgang kann man auch als Resultat wirtschaftlichen Wachstums bezeichnen. Ähnlich meint Harvey, dass wirtschaftliches Wachstum "immer schon eine grundlegend geographische und räumliche Angelegenheit" war und dass der Kapitalismus ohne die Möglichkeit "geographischer Expansion" und "räumlicher Reorganisation" nicht funktionsfähig wäre.²⁵

Die quantitative und räumliche Ausdehnung ökonomischer Aktivitäten hat jedoch nicht linear stattgefunden, sondern ihre Dynamik hat mit der Zeit zugenommen, insbesondere seit der Industriellen Revolution vor etwa 200 Jahren. Das,

was man heute als Globalisierung der Ökonomie bezeichnet, ist somit die logische Fortsetzung eines historischen, weltwirtschaftlichen Wachstumsprozesses – Harvey spricht von einem "Zugeständnis an die Wirklichkeit"²⁶ – und nicht, wie so oft behauptet wird, die Folge neoliberaler Deregulierungspolitik. Globalisierungsgegner müssen sich also eher die Frage nach der Wünschbarkeit weiteren Wirtschaftswachstums stellen, als sich einen (scheinbaren) ideologischen Grabenkampf zwischen Neoliberalismus und Keynesianismus zu liefern. Die auf wirtschaftliches Wachstum angelegte Ökonomie hat gar keine andere Wahl, als sich sowohl geographisch immer weiter und über den gesamten Globus sowie "nach innen, in die Refugien des gesellschaftlichen Lebens"²⁷ auszudehnen. Die scheinbaren Ursachen der neuerlichen Dynamik wie Deregulierung oder Abbau von Handelschranken sind dabei eher notwendige Folge als Ursache der Wachstumsökonomie.

Damit wird verständlich, was Globalisierung eigentlich ist, nämlich kein genuin neuer Vorgang, sondern eine neuerliche Dynamik eines bereits lange stattfindenden ökonomischen Prozesses in Raum und Zeit, der durch das Bild der exponentiell wachsenden Weltökonomie verständlich wird (siehe Darstellung 2).

Darstellung 2: Die Entwicklung des Weltsozialprodukts seit 1500



Während das durchschnittliche Wachstum der Weltwirtschaft zwischen 1500 und 1820 lediglich 0,33% betrug, steigerte es sich zwischen 1820 und 1992 auf 2,17%.²⁸ Von einem nennenswerten wirtschaftlichen Wachstum vor der Industriellen Revolution kann nach Adelman deswegen nicht die Rede sein.²⁹ Entsprechend hat sich das Weltsozialprodukt zwischen 1500 und 1820 knapp verdreifacht, in der darauffolgenden (halb so langen) Zeit zwischen 1820 und 1992 aber vierzigfach.

Eine zunehmende internationale wirtschaftliche Verflechtung ist statistisch zumindest für die letzten 200 Jahre belegt. In diesem Zeitraum hat der grenzüberschreitende Handel gegenüber der Produktion überproportional zugenommen. Im Vergleich zu den realen Größen Produktion und Außenhandel verzeichnete die monetäre Sphäre der Weltwirtschaft ein geradezu explosionsartiges Wachstum.

3. Die Globalisierung der Finanzmärkte

Der Globalisierungsprozess an den internationalen Finanzmärkten ist gekennzeichnet durch verschiedene Entwicklungstendenzen. Sie werden im folgenden näher erläutert.

3.1. Verselbständigung des monetären Weltmarktes

Seit Anfang der siebziger Jahre ist eine besondere Dynamik monetärer Größen zu konstatieren.³⁰ In diesem Zeitraum wuchsen monetäre Größen weit schneller als reale Größen wie Produktion oder Handel. Direktinvestitionen bspw. haben nicht selten mit zweistelligen Zuwachsraten zugenommen, das gilt insbesondere für die achtziger Jahre. Damit übertreffen sie das Wachstum von Produktion, Handel und Sozialprodukt bei weitem.

Auch Aktien- und Anleihetransaktionen haben enorm zugenommen. So betrug ihr Anteil am BIP in den USA 1975 noch 4%, im Jahre 1998 aber bereits 230%.³¹ Die täglichen Devisentransaktionen verdreifachten sich fast innerhalb von neun Jahren von 590 Mrd. US-\$ im Jahre 1989 auf

1741 Mrd. US-\$ im Jahre 1998.³² Mitte der neunziger Jahre betrug der tägliche Umsatz an den Devisenmärkten 30 mal so viel wie alle Wertpapiermärkte zusammen.³³ Damit ist der Devisenmarkt mit Abstand der größte unter den Finanzmärkten.

Eine geradezu atemberaubende Entwicklung verzeichnete der weltweite Derivat Handel, der sich zwischen 1986 und 1998 mehr als verhundertfachte.³⁴

Bisweilen wird in der Literatur bestritten, dass eine Globalisierung der Weltwirtschaft bzw. der Finanzmärkte überhaupt stattfindet.³⁵ Als Gegenargument werden v.a. Verhältniszahlen wie z.B. die Außenhandelsquote oder theoretische Indikatoren wie die Feldstein-Horioka-Bedingung³⁶ bemüht. Dazu ist folgendes zu sagen: Verhältniszahlen wie die Außenhandelsquote verschleiern dynamische Prozesse, da sie zwei Entwicklungsindikatoren ins Verhältnis setzen – in diesem Falle Außenhandel und Wertschöpfung. Damit aber wird die Wachstumsdynamik der einzelnen Indikatoren eliminiert, die Verhältniszahl erlaubt lediglich Entwicklungserkenntnisse über die relative Dynamik zweier Indikatoren. Gemäß der in dieser Arbeit verwendeten Definition ist Globalisierung wesentlich auch ein absoluter quantitativer Expansionsprozess, so dass die Aufstellung von Zeitreihen absoluter ökonomischer Größen ein legitimes Vorgehen zur Veranschaulichung des ökonomischen Globalisierungsprozesses ist.³⁷

Die Verwendung theoretischer Indikatoren wie der 'Feldstein-Horioka-Bedingung' oder der Zinsparität ist bereits deswegen fragwürdig, da sie einerseits von der unrealistischen Annahme vollkommener Märkte ausgehen³⁸, andererseits Zustände vollkommener weltwirtschaftlicher Integration indizieren sollen. Davon aber kann bei der Analyse von Globalisierungsprozessen nicht die Rede sein, denn Globalisierung ist ein Prozess und kein Zustand. Prozess- und Zustandsbegriff werden damit von den genannten Autoren verwechselt bzw. nicht genügend unterschieden.³⁹

Angesichts der im Vergleich zum realen Sektor der Ökonomie (Produktion und Handel) überproportionalen Expansion des monetären Sektors stellt sich die Frage nach Ursache und Wirkung dieser Entwicklung, die in der Literatur vielfach

als "Entkopplung von realer und monetärer Akkumulation"⁴⁰ bzw. als "Verselbständigung des monetären Weltmarkts"⁴¹ bezeichnet wird. Die (oben dargestellte) monetäre Akkumulationsdynamik liefert die Erklärung für die überaus starke Entwicklung der Finanzmärkte seit den siebziger Jahren. In dieser Zeit verzeichneten die Industrieländer ein allgemeines Nachlassen der (real) wirtschaftlichen Dynamik und schließlich ein Absinken der Wachstumsraten unter den Zinssatz.^{42,43} Das langfristige Absinken der Wachstumsrate ist die natürliche Folge von Sättigungstendenzen im Konsum, es entspricht dem letzten Wachstumsstadium in Rostows Wirtschaftsstufentheorie und seinem S-förmigen Einkommenspfad der langfristigen Entwicklung (siehe Darstellung 1).⁴⁴

Keynes vertrat eine ähnliche Auffassung wie Rostow und sagte für die Nachkriegswirtschaft ein (nach anfänglich zunehmender) Nachlassen der Investitionsdynamik und das Absinken der Investitionsnachfrage unter das Sparniveau voraus.⁴⁵ Das Nachlassen der realwirtschaftlichen Dynamik bei gleichzeitig unverminderter monetärer Akkumulation führte zu einer Verschiebung in der Attraktivität zwischen beiden Sektoren (dem realen und dem monetären) für die Anlage von Geldvermögen. In Reuters Worten: "In dem Maße [aber], wie die Rentabilitätsaussichten in der realen Wirtschaft sinken, nimmt die Attraktivität von Finanzanlagen zu."⁴⁶ Folge davon war eine Umlenkung von Geldströmen vom realen zum monetären Sektor. Die steigende Nachfrage nach Finanzanlagen führte zu einem starken Kursanstieg, wodurch diese Anlagen wiederum attraktiver wurden. Sind die Kurssteigerungen auf den Finanzmärkten hoch genug, dass es sich lohnt, mit geliehenen Geldern (Krediten) diese Kursgewinne abzuschöpfen, so kann der monetäre Verwertungsprozess eine Eigendynamik entwickeln, die durch die Kreditschöpfung der Banken alimentiert wird. So erhöhte sich das Kreditvolumen in den Industrieländern zwischen 1980 und 1991 um das 25fache. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich das Verhältnis der Bankkredite zum Sozialprodukt von 4 auf 44%.⁴⁷ Durch eine zunehmende Verschuldung vermehren sich wiederum die Geldvermögen, da im Gläubiger-Schuldner-Verhältnis den Schulden immer Guthaben entsprechen, und

wenn die Schulden zunehmen, steigen auch die Geldvermögen. Letzteres geschieht einerseits durch die zusätzliche Aufnahme von Schulden, andererseits durch die Zinszahlungen der Schuldner an die Gläubiger.

Durch das Absinken der Wachstumsrate unter den Zinssatz Ende der siebziger Jahre in den Industrieländern verringerte sich die Investitionsdynamik des realen Sektors zusätzlich; die im Vergleich zum Wirtschaftswachstum höheren Zinsen führen dazu, dass die Geldvermögen schneller akkumulieren als die Sachvermögen. Diese Gelder wiederum suchen nach neuen Anlagemöglichkeiten und finden diese zumeist auf den Finanzmärkten.

Die zentrale Ursache für die enorme Dynamik des Finanzsektors liegt also in der überproportionalen Zunahme der Geldvermögen, die im realen Sektor nicht genügend bzw. im Finanzsektor lukrativere Anlagemöglichkeiten finden. Die Rede ist von einer "Überschußliquidität der Industrieländer"⁴⁸, die in zunehmender Weise auf die Finanzmärkte drängt, da es dort ausreichende und attraktive Anlagemöglichkeiten und permanente (Finanz)Innovationen gibt. Geht man gemäß Rostow davon aus, dass es in einem bestimmten Entwicklungsstadium einer Volkswirtschaft zu Sättigungstendenzen kommt und folglich die Wachstumsraten langfristig abnehmen müssen, dann muss bei zunehmender Geldkapitalakkumulation ein zunehmender Anteil dieser steigenden Geldmenge auf die Finanzmärkte ausweichen, da der reale Sektor nicht genügend Investitionsmöglichkeiten bietet. Es werden also nicht Gelder vom realen Sektor abgezogen zugunsten von Finanzanlagen und damit die reale Akkumulation geschwächt, wie verschiedene Autoren behaupten⁴⁹, sondern umgekehrt bewirkt die nachlassende reale Akkumulation, dass sich Geldvermögen zunehmend alternative Anlagen suchen.⁵⁰ Dabei sind die Gelder, die im Finanzsektor angelegt werden, nicht für den realen Sektor 'verloren', d.h. nicht alle im Finanzsektor angelegten Geldvermögen dienen spekulativen Zwecken.⁵¹ Der Erwerb von Aktien auf dem Primärmarkt dient bspw. der Unternehmensfinanzierung und damit realen Zwecken. Prinzipiell besteht zwar die Möglichkeit eines 'Entzugseffekts' aufgrund der oft

höheren Attraktivität von Finanzanlagen. Wegen der ausreichenden Kreditschöpfungsmöglichkeiten durch das Bankensystem stellt dieser Effekt jedoch kein grundlegendes Problem für den realen Sektor dar⁵², und er führt auch nicht zu ernsthaften Wohlfahrtsverlusten infolge verminderter Investitionstätigkeit, denn nur ein expandierender realer Sektor gewährleistet, dass auch der Finanzsektor expandieren kann.⁵³

Nun ist aber zu fragen, welche Wirkung die überproportionale Zunahme der Geldvermögen auf die wirtschaftliche Entwicklung einer Volkswirtschaft hat. Die quantitative Dimension der Finanzakkumulation führt dazu, dass ökonomische Größen wie Wechselkurse oder Zinssätze zunehmend finanzwirtschaftlich und weniger realwirtschaftlich bestimmt werden. Allein die schiere Quantität des Finanzkapitals vermag Wechselkurse und Zinssätze zu manipulieren. Mit ausreichenden Geldmengen können an den Finanzmärkten ökonomische Größen in die gewünschte Richtung verändert und damit Spekulationsgewinne realisiert werden im Sinne einer 'self-fulfilling-prophecy'. Bestes Beispiel ist der Spekulationserfolg von George Soros gegen das britische Pfund im Jahre 1992, der dazu führte, dass Großbritannien aus dem Europäischen Währungssystem (EWS) ausgetreten ist. Das Beispiel zeigt, dass selbst gut ausgestattete Zentralbanken in Industrieländern Währungsspekulationen nicht unbedingt aufhalten können.⁵⁴ Besonders gefährdet sind jedoch Schwellenländer, deren Zentralbanken nur unzureichende Reserven besitzen, um größeren Spekulationsmassen standzuhalten. Entscheidend ist dabei die spekulative Geldmenge in Relation zur abwehrenden Geldmenge der betroffenen Zentralbank. Diese Relation nimmt tendenziell zu⁵⁵, so dass nicht nur die Zentralbanken der Schwellenländer, sondern auch die der Industrieländer gegenüber spekulativen Attacken machtloser werden. Die Relevanz dieses 'Mengenrisikos' verliert auch nicht an Bedeutung durch die Argumentation, dass die starke Zunahme von Finanztransaktionen u.a. auf die zunehmende Frequentierung von Euromärkten bzw. auf eine Zunahme von Absicherungsgeschäften (Hedging) zurückzuführen sei.⁵⁶ Von entscheidender Bedeutung für die zunehmende Dominanz der

Finanzmärkte ist nämlich nicht die Anzahl der Finanztransaktionen, sondern die Menge der Finanzvermögen, die auf den Finanzmärkten eingesetzt wird.

Ein weiteres Phänomen, das mit den überproportional steigenden Geldvermögen an Bedeutung gewinnt, sind sog. 'spekulative Blasen'. Spekulative Blasen sind Überbewertungen von realen Ertragsaussichten. Beispielsweise kann die Erwartung von steigenden Aktienkursen zu vermehrter Nachfrage nach Aktien und damit zu einem Kursanstieg führen. Mit den Kursen steigen wiederum die Erwartungen und schließlich die Nachfrage. Die Kurse können nun so hoch steigen, dass sie sich von ihren Fundamentaldaten lösen und in einen spekulativen Bereich steigen, der nur noch von Kurserwartungen geprägt ist, nicht aber von den zugrundeliegenden ökonomischen Daten der Aktiengesellschaft: Es entsteht eine spekulative Blase. Solange die Marktteilnehmer einen weiteren Kursanstieg erwarten, wird sich dieser realisieren. Irgendwann mag schließlich Skepsis aufkommen bezüglich einer weiteren Kurssteigerung. Die Nachfrage geht zurück, bis "irgendein Moment"⁵⁷ dazu führt, dass die Blase platzt und panikartige Reaktionen zu einem schnellen Kursverfall führen. Soros hat in diesem Zusammenhang ein sich häufig wiederholendes Phänomen beobachtet, nach dem das Finanzkapital zunächst in den Industrieländern gesammelt und in die Entwicklungs- bzw. Schwellenländer transferiert wird, bis es sich nach dem Platzen der Blase wieder in die Industrieländer zurückzieht.⁵⁸ Solch ein plötzlicher Kapitalentzug kann für die betroffenen Volkswirtschaften erhebliche Folgen haben. Allerdings können sich nach dem Platzen einer spekulativen Blase die Erwartungen wieder verbessern, wodurch neue Kapitalströme induziert werden. Eine solche Entwicklung ist sogar wahrscheinlich. Laut Binswanger findet der "Höhenflug auf dem Aktienmarkt"⁵⁹ nämlich so lange statt, wie die Marktteilnehmer erwarten, dass dieser anhält. Ein Wachstum auf den Finanzmärkten ist möglich, solange die Realwirtschaft wächst, betriebswirtschaftlich gesehen also so lange, wie die jeweilige Aktiengesellschaft einen Gewinn realisiert.

3.2. Deregulierung

Reale und monetäre Expansionsprozesse sind verantwortlich für die tiefgreifende Veränderung nationaler und internationaler Regulationsysteme. Das nach dem Zweiten Weltkrieg errichtete Festkurssystem von Bretton-Woods, das sich auf den Dollar als Leitwährung und seine Deckung durch Gold stützte, war der expandierenden Weltwirtschaft nicht mehr gewachsen. Eine konstante Menge Goldes konnte die bestehende Einlösegarantie gegenüber den beständig steigenden Geldmengen der Mitgliedstaaten nicht mehr gewährleisten⁶⁰ und führte zu einer Vertrauenskrise gegenüber dem Dollar. Diese äußerte sich in einer zunehmenden Devisenspekulation gegen den überhöhten und festen Dollarkurs und gegen die relativ unterbewerteten anderen Währungen. Die Zentralbanken konnten dieser massiven Devisenspekulation nicht standhalten und gaben die Wechselkurse frei, womit das monetäre Regulationssystem der Nachkriegszeit sein Ende nahm.⁶¹ Mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems begann eine Phase umfassender Deregulierung von Kapitalströmen, die bis heute anhält. Die eigentlichen Gründe für die verstärkten Deregulierungsmaßnahmen seit Mitte der achtziger Jahre liegen in der Abkopplung der Finanzmärkte von der Entwicklung des realen Wirtschaftssektors. Der Liquiditätsüberhang verlangt nach mehr und besseren Anlagemöglichkeiten, die nur durch eine Erleichterung von (internationalen) Kapitaltransaktionen zu erreichen sind.

Vorreiter der Deregulierungsbestrebungen waren die USA und Großbritannien, nicht zuletzt aufgrund der Trendwende von einer nachfrageorientierten keynesianischen zu einer angebotsorientierten monetaristischen Wirtschaftspolitik. Diese Trendwende äußerte sich bspw. in einer erheblichen Steuersenkung, in der Abschaffung von Zinsobergrenzen, der Zugangserleichterung für ausländische Unternehmen zu heimischen Finanzmärkten oder der verstärkten Privatisierung von staatlichen Unternehmen. Andere Länder wollten dieser Entwicklung nicht nachstehen und liberalisierten ebenfalls ihre Finanzmärkte, um von den zunehmenden internationalen Kapitalströmen zu profitieren.

Vorläufiger Höhepunkt der Deregulierungsbestrebungen im Finanzsektor bildeten die nicht-öffentlichen Verhandlungen über das sog. 'Multilateral Agreement on Investment' (MAI) im Jahre 1995 in Paris, an welchen hauptsächlich Mitgliedstaaten der OECD sowie einige Beobachter wie Brasilien oder China teilnahmen. Der Grundgedanke des MAI ist der Eigentumschutz für Auslandsinvestitionen, doch greift seine vorläufige Fassung weit über dieses Ziel hinaus, indem es internationalen Investoren äußerst weitgehende Rechte zuungunsten staatlicher Institutionen einräumt, so dass z.B. in einem Streitfall Unternehmen sogar Staaten verklagen können, nicht aber Staaten Unternehmen. Zudem wird vermutet, dass, wenn das MAI erst einmal in Kraft tritt, die Mitgliedschaft zu einer Voraussetzung für den Zufluss von Auslandsinvestitionen wird. Dadurch wären Entwicklungsländer mehr oder weniger gezwungen, dem Abkommen beizutreten. Nachdem der Text des MAI jedoch auf ungewollte Art und Weise veröffentlicht wurde, erhob sich eine internationale Welle des Protests, woraufhin die Verhandlungen abgebrochen wurden.⁶²

3.3. Verbriefung und Disintermediation

Mit der Liberalisierung der Finanzmärkte und der Privatisierung staatlicher Unternehmen geht eine Verbriefung einher, d.h., Unternehmen und Staaten finanzieren sich in zunehmendem Maße durch die Ausgabe verbrieft Vermögenswerte (Wertpapiere) an Finanzmärkten, während die Finanzierung durch Bankkredite an Bedeutung verliert. Damit aber verringert sich die Intermediationstätigkeit der Banken, man spricht in diesem Falle auch von Disintermediation. Für die Unternehmen entfällt dadurch die strenge Kontrolle durch ihre Hausbank, wodurch eine risikofreudigere Unternehmenspolitik ermöglicht wird und die 'Auffangfunktion' der Hausbank bei Liquiditätsproblemen des Unternehmens verlorengeht.⁶³

Eine wichtige Ursache für die Tendenz zur Verbriefung von Vermögenswerten ist die Schuldenkrise der achtziger Jahre. Viele Entwicklungsländer hatten in dieser Zeit hohe Kreditschulden

bei Banken in den Industrieländern und konnten ihren Schuldendienst nach der starken Zinserhöhung Anfang der achtziger Jahre nicht mehr leisten. Daraufhin reagierten die Banken mit einem Kreditvergabestop gegenüber den Entwicklungsländern und lenkten ihre Gelder wieder in die Finanzmärkte der Industrieländer. Dort aber wurde die Kreditvergabe aus Gründen der Risikovermeidung strengen Restriktionen unterworfen, z.B. durch die Erhöhung der Mindestreserven der kreditvergebenden Banken. Dadurch verlor die Kreditfinanzierung für die Unternehmen an Attraktivität. Zudem waren viele Bankinstitute durch die Schuldenkrise so geschwächt, dass sie schlechtere Ratings erhielten als die Unternehmen und Staaten, die sich Geld leihen wollten. Damit wurde die Wertpapierfinanzierung ein der Kreditleihe überlegenes Instrument.⁶⁴ Die Banken erfuhren eine zunehmende Konkurrenz durch wertpapierhandelnde Unternehmen wie Investmentgesellschaften oder Pensionsfonds, und ihr Schwerpunkt verlagerte sich vom klassischen Einlagegeschäft ('Relationship-Banking') zur Vermittlung von Finanztransaktionen ('Transaction-Banking').

Zwei Entwicklungen resultieren aus der Verbriefung: Erstens wird durch die Verbriefung von Vermögenswerten die Liquidität (das Volumen) an den Finanzmärkten erhöht, d.h. Wertpapiere können, da sie standardisiert sind, schneller gehandelt werden als Kredite, die über persönlichen Kontakt vergeben werden. Damit verkürzt sich der "Zeithorizont der Wirtschaftssubjekte"⁶⁵ und die Finanzmärkte reagieren sensibler auf Veränderungen ökonomischer Variablen: die Volatilität erhöht sich.

Zweitens gewinnen die Besitzer von Wertpapieren im Gegensatz zu den kreditvergebenden Banken an Bedeutung für die Unternehmenspolitik. Diese Machtverschiebung zeigt sich in der aufkommenden Erscheinung des Shareholder-value. Dieser wurde in den letzten Jahren zum bestimmenden Faktor für die Unternehmenspolitik von Aktiengesellschaften. Der Teilhaber ('shareholder') einer Aktiengesellschaft ist an einer möglichst hohen Steigerung des Unternehmenswertes interessiert. Dabei vergleicht er die Anlagerenditen verschiedener Wertpapiere,

und wenn seine Erwartungen nicht erfüllt werden, stößt er seine Aktien ab und kauft andere, lukrativere Wertpapiere. Da einer Aktiengesellschaft bei 'schlechtem' Ergebnis der Kapitalentzug bzw. eine Übernahme durch andere Unternehmen und damit die Ersetzung des Managements droht, ist dieses gezwungen, seine Unternehmenspolitik auf die Erwartungen der Teilhaber auszurichten, d.h. es muss möglichst kurzfristig seinen Unternehmenswert steigern. Damit verkürzt sich der Zeithorizont des Managements und erhöht sich der betriebswirtschaftliche Wachstumsdruck, der wiederum den Prozess der Globalisierung forciert.

Bei den Investoren führt der Shareholder-value ebenfalls zu einer Verkürzung des Zeithorizonts, da jederzeit alternative Anlagemöglichkeiten eine bessere Rendite ermöglichen können und eine Umschichtung des Portfolios damit sinnvoll wäre. Diese zunehmende Performance-Orientierung (laufende Umschichtung der Vermögensbestände) führt jedoch "zu uniformen Denkweisen, die den Finanzmärkten [...] schlecht bekommen. Wenn alle nach den gleichen Formeln auf gleiche Informationen [Ratings, Analysen] reagieren, braucht man sich über hektische Märkte nicht zu wundern".⁶⁶

3.4. Finanzinnovationen

Finanzinnovationen sind Teil des Verbriefungsprozesses. Ihre rasante Entwicklung, insbesondere der derivativen Finanzinstrumente, ist eng verbunden mit dem Zusammenbruch des Festkurssystems von Bretton-Woods. Mit der Freigabe der Wechselkurse nahm deren Volatilität stark zu.⁶⁷ Mit den Wechselkursschwankungen stieg auch die Volatilität der Zinsen, da die Zentralbanken über den Zinssatz die Wechselkursschwankungen eindämmen. Da zudem die Wertpapierkurse negativ mit dem Zinssatz korrelieren, also bei steigenden Zinsen sinken und umgekehrt, nehmen mit den Zinsschwankungen auch die Schwankungen der Börsenkurse zu.⁶⁸ Damit aber stieg das Risiko internationaler Handels- und Finanzdienstleistungsgeschäfte. Um diesem Risiko zu begegnen, wurden verschiedene Innovationen geschaffen, mit denen sich die betroffenen Marktteilnehmer gegen die jeweiligen Risiken in Form von Wechselkurs- oder Zinsschwankungen absichern konnten. Heri spricht

sinngemäß von einem "Handelbarmachen von Risiken."⁶⁹ Demgemäß war das Hedging – also die Absicherung von Vermögenspositionen – das ursprüngliche Handelsmotiv für derivative Finanzinstrumente.

Das Risikopotential von Derivaten ist dabei abhängig vom Handelsmotiv der Vertragspartner. Steht das Hedging in Form der Absicherung einer Position durch eine Gegenposition im Vordergrund, so ist das Risikopotential sicherlich geringer, als wenn spekulative Handelsmotive dominieren, ohne dass entgegengerichtete Basisgeschäfte zugrundeliegen. Ein grundlegendes Problem stellt allerdings die "besondere Dynamik der derivativen Finanzinstrumente"⁷⁰ dar. Kelly folgert aus dieser besonderen Dynamik und den äußerst niedrigen Transaktionskosten, dass das Wachstum des Derivatenmarktes dafür verantwortlich ist, dass die Währungsspekulation billiger und schneller wurde.⁷¹

Die Attraktivität von Derivaten liegt mitunter in diesen niedrigen Transaktionskosten. Die Vertragspartner müssen nämlich nur einen Bruchteil des Basiswertes des zugrundeliegenden Wertpapiers in Form eines 'Einschusses' (margin) zahlen. Der geringe Mitteleinsatz sowie die hohe Umschlagshäufigkeit führten dazu, dass Derivate häufig nicht mehr als Wertpapiere, sondern als auf Konten gutgeschriebene unverbriefte Wertrechte gehandelt werden, "da sich die Kosten für den Druck und die Ausfertigung als Wertpapier oftmals nicht lohnen würden".⁷² Gerade die geringen Kosten für den Erwerb von Derivaten bergen aber ein gewisses Risiko für den Investor. Dies gilt v.a. für Future-Geschäfte, die bei unvorhergesehenen Kursentwicklungen ein Vielfaches des Einsatzes kosten können.

Diese Hebelwirkung machte bereits dem Hedgefonds LTCM zu schaffen. Da dieser nicht nur Eigen-, sondern in großem Stil auch Fremdkapital in Form von Krediten für seine Anlagen in Anspruch nahm, waren auch die Gläubigerbanken von der Fehlspekulation betroffen. Die Aufnahme von kreditfinanzierten Positionen ist bei Hedgefonds keine Besonderheit: Bis zu 50 mal so viel Fremdkapital nehmen diese institutionellen Anleger auf wie sie über Eigenkapital verfügen. Die Bank of England sieht denn auch in der schieren

Größe der von Hedge-Fonds gehaltenen Positionen ein systemisches Risiko für die Finanzmärkte.⁷³

Aufgrund der steigenden anlagesuchenden Geldvermögen werden durch das sog. 'Financial Engineering' immer neue Produkte auf den Markt gebracht. Damit ist der Finanzsektor eine der wenigen Branchen, in denen permanent Innovationen stattfinden, hängen diese doch nur vom Erfindungsreichtum der 'Finanzingenieure' ab, die sich im wahrsten Sinne des Wortes und gemäß Schumpeter 'neue Kombinationen' handelbarer Risiken ausdenken. Dabei hat die Komplexität derivativer Finanzinstrumente inzwischen einen Grad erreicht, der teilweise nur noch von wenigen Spezialisten verstanden wird.⁷⁴

Zusammenfassend kann bezüglich der jüngeren Entwicklungstendenzen an den internationalen Finanzmärkten gesagt werden, dass der "Wandel der Finanzmärkte [...] auch und insbesondere aus dem kontinuierlichen, starken Wachstum der Geldvermögensbestände in den entwickelten Volkswirtschaften [resultiert]. Die Sparer suchen – bei steigendem Rentabilitätsstreben – alternative Anlagemöglichkeiten zu den traditionellen Einlagen bei den Geschäftsbanken"⁷⁵ und finden diese bspw. auf den Aktien- oder Derivatenmärkten. Die quantitativen wie qualitativen Veränderungen an den internationalen Finanzmärkten waren dabei – insbesondere seit Anfang der siebziger Jahre – so umfassend, dass "man in Analogie zur 'Industriellen Revolution' von einer 'Finanzwirtschaftlichen Revolution'"⁷⁶ sprechen kann.

4. Risiken grenzüberschreitender Kapitalströme

Die internationalen Finanzmärkte bieten den Marktteilnehmern nicht nur Chancen, sie bergen auch vielfältige Risiken, wie die Empirie zeigt. Für die Entwicklung eines Landes stellt insbesondere das Systemrisiko eine große Gefahr dar, das Risiko, dass der Zusammenbruch eines Marktteilnehmers zu einer Kettenreaktion und zum Zusammenbruch eines ganzen Systems führen kann.⁷⁷ Dieses Systemrisiko ist seit dem überdurchschnittlichen Wachstum monetärer Größen und der Liberalisierung der Finanzmärkte angestiegen und be-

schränkt sich nicht auf einzelne Nationalökonomien, sondern umfasst auch den supranationalen Wirtschaftsraum. Die internationale Übertragung ökonomischer Prozesse im Falle einer Finanzkrise – auch Ansteckung genannt – kann durch vielerlei Arten geschehen, bspw. durch Informationsprozesse, die zu Erwartungsänderungen und damit zu Umschichtungen im Finanzvermögen von Anlegern führen. Ansteckungen werden durch gleichgerichtetes Verhalten vieler Marktteilnehmer verursacht, dieses wiederum wird mit der zunehmenden Bedeutung institutioneller Anleger aufgrund ähnlicher Methoden und Verhaltensweisen wahrscheinlicher. Dabei kann gleichgerichtetes Verhalten bzw. 'Herdenverhalten' Finanzkrisen nicht nur verstärken, sondern auch auflösen.⁷⁸

Solomon spricht von zwei Arten von Risiken mit potentiell internationalen Rückkopplungen, als da sind Bankenrisiken und Währungsrisiken.⁷⁹ Bankenrisiken betreffen v.a. Entwicklungsländer, da dort ein weit größerer Teil der Finanzintermediation von Banken bestritten wird als in Industrieländern. So beträgt ihr Anteil z.B. in Thailand 75%, in Brasilien gar 97%. Solche Strukturen machen den Finanzsektor besonders verwundbar gegenüber Zinsschocks, insbesondere dann, wenn das Bankensystem wenig robust ist, wie das in vielen Ländern Asiens der Fall ist.⁸⁰ Steigen bspw. die Zinsen, dann verschlechtern sich die Refinanzierungsmöglichkeiten für die Banken, womit sich deren Insolvenzgefahr erhöht.⁸¹ Die hohe Fremdfinanzierungsquote von Banken, die 90% und mehr beträgt⁸², führt zu einer starken Verflechtung innerhalb des Finanzsektors, wodurch ein gewisses Systemrisiko gegeben ist. Zu Zeiten des Bretton Woods-Systems gab es wegen der stabilen Wechselkurse nur vereinzelte Bankzusammenbrüche, aber keine Bankenrisiken.⁸³ Diese kamen erst mit der Freigabe der Wechselkurse und den zunehmenden Volatilitäten an den Finanzmärkten auf.

Währungsrisiken können eng korreliert sein mit Bankenrisiken. Dies war z.B. in der Asienkrise der Fall, als sich asiatische Banken in fremder Währung, vornehmlich in Dollar, finanziert hatten. Nach der Abwertung der heimischen Währungen wurde die Tilgung der in Dollar fakturierten Kre-

dite teurer, wodurch die Schuldner in Zahlungsschwierigkeiten kamen. Damit aber wurde das Kreditrisiko verlagert von den asiatischen Märkten auf die ausländischen Gläubiger.⁸⁴ Es fand eine transnationale Verlagerung von Risiken statt.

Laut Empirie kam es in Entwicklungsländern immer dann zu Währungskrisen, wenn die Devisenreserven der jeweiligen Zentralbank gering und die Kreditexpansion stark war, wenn die Zinssraten in den Industrieländern stiegen und die Währungen überbewertet waren⁸⁵, so dass eine Abwertung drohte. Insbesondere die starke Kreditexpansion ist ein Problem der Schwellenländer, da sie aufgrund ihrer wirtschaftlichen Dynamik für Kapitalanlagen sehr attraktiv sind. Die zufließenden Kapitalströme können zu einer regelrechten Geldschwemme führen und die Banken zu einer unbedachten Kreditvergabepolitik verleiten, so dass es bei anschließenden Kapitalabflüssen zu einer Krise kommen kann.⁸⁶

Eine zum wirtschaftlichen Wachstum überproportionale Kreditexpansion erhöht das Risiko von Liquiditätsengpässen bei den Schuldner im Falle von Wechselkurs- oder Zinsschwankungen.⁸⁷ Auch die Ausgabe von Anleihen kann als Kreditexpansion angesehen werden, denn Anleihen sind im Grunde nichts anderes als festverzinsliche Kredite. Gemäß Empirie erhöht sich mit der zunehmend internationalen Emission von Anleihen die Volatilität ihrer Renditen mit dem Anteil ausländischer Investoren.⁸⁸ Dies ist ein weiterer Hinweis auf einen möglichen Zusammenhang zwischen Globalisierung und zunehmender Instabilität der Finanzmärkte.

Der Handel von Derivaten dient, wie bereits angesprochen, nicht allein dem Hedging (Absichern), sondern zunehmend der Spekulation. Gerade Hedge-Fonds haben sich diesbezüglich hervorgetan. Der starke Hebeleffekt (hohe Nachschusskosten bei geringen Erstehungskosten) und der enorme Fremdfinanzierungsanteil solcher Positionen führen zu einer starken Risikoexposition gegenüber Preis- und Kursschwankungen der zugrundeliegenden Werte. In diesem Falle spricht man von einem Marktrisiko. Ein Systemrisiko ist dadurch gegeben, dass im Falle einer Fehlspekulation die Gläubigerbanken ebenfalls in Liquiditätsengpässe kommen können und damit

eine flächendeckende Zahlungsunfähigkeit entstehen kann.

Zahlreiche andere Risiken sind mit dem Handel von Derivaten verbunden⁸⁹, die hier jedoch nicht vollständig aufgeführt werden sollen. Um nur einige zu nennen, sei bspw. das Kreditrisiko bei OTC-Geschäften angesprochen, welche aufgrund ihrer Bilanzunwirksamkeit die Bonitätsbeurteilung des Geschäftspartners erschweren sowie bei Zahlungsausfall eines Vertragspartners keine Ersatzgarantie durch eine Clearing-Stelle gewährleisten.

Ein Rechtsrisiko kann entstehen durch geographisch voneinander getrennte Rechtssysteme innerhalb einzelner Länder oder Handelszusammenschlüsse und damit durch die Unsicherheit bezüglich der Legalität einzelner Derivate-Geschäfte.

Zuletzt sei das Innovationsrisiko genannt, welches aus der Komplexität eines neu auf den Markt kommenden Wertpapiers und der mangelnden Erfahrung mit diesem erwächst.

Zwar sind nicht alle Derivate mit den gleichen Risiken behaftet – eine einheitliche Betrachtung von Derivaten verbietet sich daher –, doch ist laut Empirie die Zahl der für spekulative Zwecke nutzbaren Geschäfte angestiegen.⁹⁰ Aufgrund des gestiegenen Rentabilitätsdrucks innerhalb des Finanzsektors ist eine Zunahme des Anteils spekulativ gehandelter Derivate auch wahrscheinlich.

Anders als bei Derivaten liegt das Risiko beim Handel mit Devisen⁹¹ nicht in seiner Komplexität oder seiner schwierigen Kalkulierbarkeit des Geschäftspartners, sondern in der schieren Größe des Marktes. Reszat weist diesbezüglich auf das enorme Wachstum des Devisenmarktes hin, worin sie eine Ursache für die zunehmende Volatilität sieht.⁹² Diese These vertreten auch Narr und Schubert, die von einer "strukturellen Währungsinstabilität"⁹³ infolge der "Transnationalisierung der (Geld)Vermögen" sprechen. Die grenzüberschreitende Verschiebung großer Geldbeträge allein könne bereits zu erheblichen Wechselkurschwankungen führen.⁹⁴ Der geringe Anteil der durch die Realwirtschaft bedingten Devisengeschäfte, der heute etwa 5 bis 10% betragen dürfte, lässt vermuten, dass ein Großteil der Devisentransaktionen aus Spekulationsmotiven getätigt werden. Dabei ist der Devisenhandel

stark konzentriert. Allein zehn Banken vereinigen einen Marktanteil von über 40% auf sich. Im Handel mit Währungen von Schwellenländern ist die Konzentration sogar noch stärker.⁹⁵ Bedenklich ist zudem, dass sich Währungskrisen nicht negativ auf deren Erfolg auswirkten, sondern im Gegenteil zu hohen Gewinnen führen können, wie im Falle der Asienkrise geschehen.⁹⁶ Damit fehlt diesen Banken aber ein Marktanreiz, eine solche Krise zu verhindern.

In Entwicklungsländern wirken sich spekulative Devisentransaktionen aufgrund des hohen Anteils ausländischer Marktteilnehmer⁹⁷ und der relativ geringen Marktgröße stärker aus als in Industrieländern. Hinzu kommt die begrenzte Möglichkeit der Entwicklungsländer zur Abwehr von Währungsspekulationen, was sie gegenüber Währungskrisen verwundbarer macht.

5. Schluss

Die Globalisierung der Finanzmärkte führt in der Gesamtheit und in der Tendenz zu einer höheren Kurzfristigkeit von einzelwirtschaftlichen Erwartungen, Planungen und Transaktionen. Die langfristige Anlagestrategie wurde durch die Shareholder-value-Strategie ersetzt, welche die Unternehmen unter steigenden Rentabilitätsdruck setzt. Dies kann bei ungenügender Kapitalrendite zu einem Kapitalentzug führen, auch wenn die Aktiengesellschaft schwarze Zahlen schreibt. Institutionelle Anleger konkurrieren untereinander um Kunden, indem sie eine möglichst hohe Rendite versprechen bzw. erzielen und geben diesen Konkurrenzdruck weiter an die Aktiengesellschaften, an denen sie Anteile halten. Ähnliches gilt für den Kreditmarkt. Die Deregulierung führt hier zu einem verschärften Wettbewerb, z.B. in Form von höheren Zinsen für Einlagen. Die höheren Kosten versuchen die Banken dadurch zu kompensieren, dass sie ertragreichere, zugleich aber riskantere Anlagen halten.⁹⁸ Damit steigt tendenziell das gesamtwirtschaftliche Risiko.

Das von Herr vorgebrachte Argument, dass die Vermögenssicherung das dominante Kalkül der Marktteilnehmer sei⁹⁹ ist zwar richtig. Allerdings schließt dies nicht die empirisch belegte Abnahme der Fristigkeit von Anlagestrategien aus.¹⁰⁰

Unter dem steigenden Wettbewerbsdruck der sich globalisierenden und zunehmend dominant gerierenden Finanzmärkte wird die Vermögenssicherung nur mehr mit einer steigenden Rendite-Risiko-Kombination und damit mit einer zunehmenden Kurzfristigkeit in der Anlagestrategie realisiert. Spekulation mag zwar nicht das Motiv, immer häufiger aber die Realität von Finanztransaktionen sein.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Dunning, 1997, S. 12.
- 2 Menzel, 1995, S. 30f.
- 3 Hübner, 1998, S. 74ff.
- 4 Ebenda, S. 25.
- 5 Vgl. Ebenda, S. 27f.
- 6 Vgl. McGrew, 1992, S. 23; Übersetzung durch den Autor.
- 7 Hübner, 1998, S. 145.
- 8 Siehe hierzu auch Lang, 2000, S. 3f.
- 9 Neben der räumlich-quantitativen Expansion gibt es die qualitative Expansion in Form von Vertiefungen von Marktbeziehungen bzw. eines Vordringens des Marktes in bisher nicht marktlich organisierte Wirtschaftsbereiche. Dieser zweite Aspekt ist für den Themenkomplex der Globalisierung jedoch von untergeordneter Bedeutung.
- 10 "Rostow unterteilt den historischen Ablauf des wirtschaftlichen Wachstums einer Nation in fünf Wachstumsstadien" (Schätzl, 1996, S. 115f.): 1. Die traditionelle Gesellschaft, 2. Die Gesellschaft im Übergang, 3. Der wirtschaftliche Aufstieg (take-off), 4. Die Entwicklung zur Reife, 5. Das Zeitalter des Massenkonsums.
- 11 Vgl. Rostow, W.W., 1990, S. 431, siehe Abbildung 1, oberer Teil.
- 12 Hankel, 1989, S. 178.
- 13 Zurecht beklagt Hankel (1993, S. 446) die weitgehende Vernachlässigung langfristiger Trends und Triebkräfte "von Wandel und Entwicklung sowie der Rolle, die Geld und Kredit dabei spielen" zugunsten der Beschäftigung mit kurzfristigeren Konjunkturproblemen. Ausdruck dieser Schwerpunktsetzung in der ökonomischen Theorie ist die sog. Gleichgewichtsanalyse, welcher jedoch bei der Analyse von Ursachen von Wachstums- und Entwicklungsprozessen keine Relevanz zukommt.
- 14 Hankel, 1989, S. 185.
- 15 Vgl. Binswanger, 1996a, S. 287ff.
- 16 Vgl. Löhr, 1997, S. 18, Altvater, 1996, S. 243.
- 17 Beltrani, 1999, S. 294.
- 18 Für eine genauere Untersuchung monetärer Wachstumsursachen siehe Lang, 1998 oder Beltrani, 1999.
- 19 Reuter, 1998, S. 117f.
- 20 Vgl. Ebenda.
- 21 Vgl. Hankel, 1993, S. 439, 1994, S. 50.
- 22 Giddens, 1995, S. 35.
- 23 Vgl. Ebenda, S. 37.
- 24 Vgl. Fischer, 1998, S. 7, Harvey, 1997, S. 29.
- 25 Harvey, 1997, S. 29.
- 26 Ebenda, S. 37.
- 27 Altvater/Mahnkopf, 1996, S. 114.
- 28 Vgl. Maddison, 1995, S. 20.
- 29 Vgl. Adelman, 1998, S. 25, FN 2.
- 30 Vgl. Petschow et al., S. 90.
- 31 Vgl. BIZ, 1999, S. 132.
- 32 Vgl. BIZ, 1996, S. 106, BIZ, 1999, S. 130.
- 33 Vgl. Treasury Management International, 1999.
- 34 Vgl. BIZ, 1992, S. 210, 1998, S. 173, 1999, S. 148.
- 35 Vgl. Schelkle, 1997, S. 24, Plümper, 1999.
- 36 Die Feldstein-Horioka-Bedingung ist erfüllt, wenn "eine exogene Änderung der nationalen Sparquote keinen Einfluß auf die nationale Investitionsquote hat" (Schelkle, 1997, S. 20). Allerdings ist sie ein Indikator für vollkommen globale Finanzmärkte, um die es bei der Globalisierungsdiskussion gar nicht geht, da die Globalisierung in Form eines Prozesses und nicht eines Zustands (vollkommen globale Finanzmärkte) zu Tage tritt.
- 37 Plümper meint diesbezüglich, daß die Verwendung absoluter Größen zu einer Überschätzung von Expansionsprozessen führe und der Eindruck "eines sich beschleunigenden Prozesses" (Plümper, 1999, S. 32) entstehe. Sein Einwurf, daß der fälschlich entstehende Eindruck die Realität sinkender Wachstumsraten verdecke (Vgl. ebenda), geht ins Leere, da selbst bei abnehmenden Wachstumsraten eine Expansion und damit Globalisierung stattfindet.
- 38 Eine Vollkommenheit der Märkte scheitert an der Informationsasymmetrie, im Falle der Finanzmärkte wären bspw. räumlich bedingte marktspezifische Informationen zu nennen (Vgl. Clark/O'Connor, 1997, S. 95), die zu einem geographisch gebundenen Anlageverhalten führen.
- 39 Vgl. Plümper, 1999, S. 38, Schelkle, 1997, S. 20.
- 40 Petschow et al., 1998, S. 20.
- 41 Hübner, 1998.
- 42 Dies gilt für alle Industrieländer außer für Japan.
- 43 Vgl. Schulmeister, 1996, S. 24.
- 44 Vgl. Schätzl, 1996, S. 167.
- 45 Vgl. Reuter, 1998, S. 26, 140.
- 46 Ebenda, S. 28.
- 47 Vgl. Binswanger, 1994, S. 180.
- 48 Binswanger, 1996b, S. 76.
- 49 Vgl. z.B. Altvater, 1992, S. 157, Emunds, 1996, S. 82f.
- 50 Vgl. Zinn, 1997, S. 91, Binswanger, 1996b, S. 75.
- 51 Vgl. Stöttner, 1996, S. 13.
- 52 Vgl. Riese, 1996, S. 38.
- 53 Vgl. Ebenda, S. 17f.
- 54 Vgl. Altvater, 1998, S. 30.
- 55 Vgl. Germain, 1997, S. 120f.
- 56 Vgl. Herr, 1996, S. 255f.
- 57 Besser, 1996, S. 205.
- 58 Vgl. Senf, 1999, S. 20.
- 59 Binswanger, 1996b, S. 77.
- 60 Vgl. Hudson, 1999, S. 142.
- 61 Vgl. Senf, 1996, S. 175ff.
- 62 Vgl. Welzk, 1999.
- 63 Vgl. Heine/Herr, 1996, S. 216f.
- 64 Vgl. Leyshon/Thrift, 1997, S. 201f.
- 65 Heine/Herr, 1996, S. 217.
- 66 Bockelmann, 1997, S. 156.
- 67 Vgl. Gentle/Marshall, 1992, S. 93.
- 68 Vgl. Heine/Herr, 1996, S. 215.
- 69 Heri, 1989, S. 20.
- 70 Rudolph, 1994, S. 84.
- 71 Vgl. Kelly, 1995, S. 214.
- 72 Häuser/Rosenstock, 1997, S. 31f.
- 73 Vgl. Kelly, 1995, S. 220ff.
- 74 Vgl. Rudolph, 1994, S. 84.
- 75 Hartwig/Thieme, 1999, S. V.
- 76 Andersen, 1997, S. 59.
- 77 Vgl. Rudolph, 1997, S. 132.
- 78 Vgl. Andersen, 1997, S. 61.

- 79 Vgl. Solomon, 1999, S. 158.
 80 Vgl. FAZ, 19.01.99, S. 10.
 81 Vgl. Hellwig, 1998, S. 124.
 82 Vgl. Ebenda, S. 127.
 83 Vgl. Ebenda, S. 140.
 84 Vgl. Ebenda, S. 145f.
 85 Vgl. Solomon, 1999, S. 158.
 86 Vgl. Lipp, 1996, S. 214f.
 87 Vgl. Herr, 1996, S. 261.
 88 Vgl. Lipp, 1996, S. 209.
 89 Vgl. Leyschon/Thrift, 1997, S. 206ff.
 90 Vgl. Petschow et Al., 1998, S. 98f.
 91 Derivaten- und Devisenmarkt sind nicht immer exakt zu trennen. So werden bspw. Devisengeschäfte auch mittels Forwards oder Swaps getätigt.
 92 Vgl. Reszat, 1999, S. 65.
 93 Narr/Schubert, 1994, S. 112.
 94 Vgl. Ebenda, S. 109.
 95 Vgl. Reszat, 1999, S. 69.
 96 Vgl. Ebenda, S. 68.
 97 Vgl. Akyüs, 1995, S. 73.
 98 Vgl. Guttman, 1996, S. 174.
 99 Vgl. Herr, 1996, S. 263.
 100 Vgl. Reszat, 1999, S. 68, Tabelle 3.

Literaturverzeichnis

- Adelman, I. (1998): The Genesis of the Current Global Economic System, in: Levy-Livemore, A. (Hg.) (1998): Handbook on the Globalization of the World Economy, Cheltenham, Northampton, S. 3–28.
- Akyüs, Y. (1995): Taming International Finance, in: Michie, J., Grieve-Smith, J. (Hg.) (1995): Managing the Global Economy, Oxford, New York, S. 55 – 90.
- Altvater, E. (1992): Die Zukunft des Marktes, 2. Auflage, Münster.
- Altvater, E. (1996): Globale Finanzinnovationen, privates Computergeld und sozialisierte Schulden, in: PROKLA 103, Nr. 2, 1996, S. 241–258.
- Altvater, E., Mahnkopf, B. (1996): Grenzen der Globalisierung, Münster.
- Andersen, U. (1997): Regiert das Geld die Welt?, in: Der Bürger im Staat, Nr. 1, 1997, S. 58–62.
- Beltrani, G. (1999): Monetäre Aspekte des Wirtschaftswachstums, Bamberg.
- Besser, A. (1996): Funktion und Dynamik von Finanzinnovationen: Internationale Finanzmärkte im Wandel, Wiesbaden.
- Binswanger, M. (1994): Wirtschaftswachstum durch "Profits without Production"?, in: Binswanger, H.C., von Flotow, P. (Hg.) (1994): Geld und Wachstum, Stuttgart, Wien, S. 161–185.
- Binswanger, M. (1996a): Monetäre Wachstumsdynamik in modernen Wirtschaftssystemen, in: Riedel, R., Delpo, M. (Hg.) (1996): Die Ursachen des Wachstums, Wien, S. 282–296.
- Binswanger, M. (1996b): Die Entwicklung der Aktienmärkte und die reale Wirtschaft: Kommt es zu einer Entkopplung?, in: Hengsbach, F., Emunds, B. (Hg.) (1996): Haben sich die Finanzmärkte von der Realwirtschaft abgekoppelt?, Frankfurt a.M., S. 70–78.
- BIZ (1992): 62. Jahresbericht, Basel.
- BIZ (1996): 66. Jahresbericht, Basel.
- BIZ (1998): 68. Jahresbericht, Basel.
- BIZ (1999): 69. Jahresbericht, Basel.
- Bockelmann, H. (1997): Bankenaufsicht und Finanzmärkte: Die Koordinationsrolle der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, in: Büttner, H., Hampe, P. (Hg.) (1997): Die Globalisierung der Finanzmärkte, Mainz, München, S. 149–158.
- Clark, G.L., O'Connor, K. (1997): The Informational Content of Financial Products and the Spatial Structure of the Global Finance Industry, in: Cox, K.R. (Hg.) (1997): Spaces of Globalization, New York, S. 90–114.
- Dunning, J.H. (1997): The Advent of Alliance Capitalism, in: Dunning, J.H., Hamdani, K.A. (Hg.) (1997): The New Globalism and Developing Countries, Tokyo, New York, Paris.
- Emunds, B. (1996): Kann eine starke Finanzakkumulation die realwirtschaftliche Entwicklung bremsen und destabilisieren?, in: Hengsbach, F., Emunds, B. (Hg.) (1996): Haben sich die Finanzmärkte von der Realwirtschaft abgekoppelt?, Frankfurt am Main, S. 79–88.
- Fischer, B. (1998): Institutional Investors, Savings and Capital Markets in Emerging Economies, Baden-Baden.
- Gentle, C.J.S., Marshall, J.N. (1992): Corporate Restructuring in the Financial Services Industry: Converging Markets and Divergent Organisational Structures, in: Geografiska Annaler, Nr. 74 B/2, 1992, S. 87–104.
- Germain, R.D. (1997): The International Organization of Credit – States and Global Finance in the World-Economy, Cambridge.
- Giddens, A. (1995): Konsequenzen der Moderne, Frankfurt am Main.
- Guttman, R. (1996): Die Transformation des Finanzkapitals, in: PROKLA 103, Nr. 2, 1996, S. 165–195.
- Häuser, K., Rosenstock, A. (1997): Börse und Kapitalmarkt, Frankfurt am Main.
- Hankel, W. (1989): Kapitalmärkte und Finanzinstitutionen im Entwicklungsprozeß, in: Körner, H. (Hg.) (1989): Zur Analyse von Institutionen im Entwicklungsprozeß und in der internationalen Zusammenarbeit, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Nr. 186, 1989, S. 169–202.
- Hankel, W. (1993): Geld – Der Entwicklungsmotor, in: Stadermann, H.-J., Steiger, O. (Hg.) (1993): Der Stand und die nächste Zukunft der Geldforschung, Berlin, S. 439–448.
- Hankel, W. (1994): The Role of Finance in the Market Economy: Lessons for Economic Growth and Development, in: SAIS-Review, Nr. XIV/2, 1994, S. 47–60.
- Hartwig, K.-H., Thieme, H.J. (Hg.) (1999): Finanzmärkte, Stuttgart.
- Harvey, D. (1997): Betreff Globalisierung, in: Becker, S., Sablowski, T., Schumm, W. (Hg.) (1997): Jenseits der Nationalökonomie, Berlin, Hamburg, S. 28–49.
- Heine, M., Herr, H. (1996): Money Makes the World Go Round, in: PROKLA 103, Nr. 2, 1996, S. 197–225.
- Hellwig, M. (1998): Systemische Risiken im Finanzsektor, in: Duwendag, D. (Hg.) (1998): Finanzmärkte im Spannungsfeld von Globalisierung, Regulierung und Geldpolitik, Berlin, S. 123–151.
- Heri, E.W. (1999): Expansion der Finanzmärkte: Ursachen, Konsequenzen, Perspektiven, in: Kyklos, Nr. 42, 1989, S. 17–37.
- Herr, H. (1996): Globalisierung der Ökonomie: Entkopplung der Geldsphäre und Ende nationaler Autonomie?, in: Eicher-Wolf, K. (Hg.) (1996): Wirtschaftspolitik im theoretischen Vakuum, Marburg, S. 251–272.
- Hudson, A.C. (1999): Off-Shores On-Shore: New Regulatory Spaces and Real Historical Places in the Landscape of Global Money, in: Martin, R. (Hg.) (1999d): Money and the Space Economy, Chichester, S. 139–154.
- Hübner, K. (1998): Der Globalisierungskomplex, Berlin.
- Kelly, R. (1995): Derivatives – A Growing Threat to the International Financial System?, in: Michie, J., Grieve-Smith, J. (Hg.) (1995): Managing the Global Economy, Oxford, New York, S. 213–231.
- Lang, T. (1998): Geld und Zins als monetäre Ursachen des Wirtschaftswachstums, Lütjensburg.

- Lang, T. (2000): Globalisierung, Wachstum und nachhaltige Entwicklung, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, Nr. 125, 2000, S. 3–13.
- Leyshon, A., Thrift, N. (1997): Money/Space, London.
- Lipp, E.-M. (1996): Die Globalisierung der Finanzmärkte, in: - Biskup, R. (Hg.) (1996): Globalisierung und Wettbewerb, Bern, Stuttgart, Wien, S. 201–215.
- Löhr, D. (1997): Urmonopole, intertemporale soziale Kosten und nachhaltiges Wirtschaften, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, Nr. 113, 1997, S. 13–27.
- Maddison, A. (1995): Monitoring the World Economy 1820–1992, Paris.
- McGrew, A.G. (1992): Conceptualizing Global Politics, in: McGrew, A. G. et al. (Hg.) (1992): Global Politics, Cambridge, Oxford, S. 1–28.
- Menzel, U. (1995): Die neue Weltwirtschaft. Entstofflichung und Entgrenzung im Zeichen der Postmoderne (1), in: Peripherie, Nr. 59/60, 1995, S. 30–44.
- Narr, W.-D., Schubert, A. (1994): Weltökonomie, Frankfurt a. M.
- Petschow, U. et.al. (Hg.) (1998): Nachhaltigkeit und Globalisierung, Berlin, Heidelberg.
- Plümper, T. (1999): Internationalisierung und weltwirtschaftliche Integration, in: Brose, H.-G., Voelzkow, H. (Hg.) (1999): Institutioneller Kontext wirtschaftlichen Handelns und Globalisierung, Marburg, S. 27–53.
- Reszat, B. (1999): Currency Trading and International Financial Instability, in: Intereconomics, Nr. 3/4, 1999, S. 64–71.
- Reuter, N. (1998): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität, Marburg.
- Riese, H. (1996): Kann sich die Realwirtschaft von den Finanzmärkten abkoppeln? Das monetäre Fundament des Keynesianismus, in: Hengsbach, F., Emunds, B. (Hg.) (1996): Haben sich die Finanzmärkte von der Realwirtschaft abgekoppelt?, Frankfurt am Main, S. 35–49.
- Rostow, W.W. (1990): Theorists of Economic Growth from David Hume to the Present, Oxford.
- Rudolph, B. (1994): Derivative Finanzinstrumente und derivative Finanzmärkte – Entwicklung, Marktfunktionen und neue Risiken, in: Biervert, B., Held, M. (Hg.) (1994): Die Dynamik des Geldes, Frankfurt am Main, New York, S. 73–88.
- Rudolph, B. (1997): Finanzderivate: Spielwiese für Spekulanten oder sinnvolle Risikominderung?, in: Büttner, H., Hampe, P. (Hg.) (1997): Die Globalisierung der Finanzmärkte, Mainz, München, S. 111–147.
- Schätzl, L. (1996): Wirtschaftsgeographie 1, Theorie, 6. Auflage, Paderborn, München, Wien, Zürich.
- Schelkle, W. (1997): Indikatoren für die Globalisierung – und ihre Kritik, in: Hengsbach, F., Emunds, B. (Hg.) (1997): Wie global sind "die globalen Finanzmärkte?", Frankfurt am Main, S. 20–28.
- Schulmeister, S. (1996): Staatsverschuldung und Finanzakkumulation bei einem positiven Zins-Wachstum-Differential, in: Hengsbach, F., Emunds, B. (Hg.) (1996): Haben sich die Finanzmärkte von der Realwirtschaft abgekoppelt?, Frankfurt am Main, S. 24–34.
- Senf, B. (1996): Der Nebel um das Geld, Lütjeburg.
- Senf, B. (1999): Der reichste Dissident des Kapitalismus? Zum neuen Buch von George Soros über "Die Krise des globalen Kapitalismus", in: Zeitschrift für Sozialökonomie, Nr. 121, 1999, S. 16–26.
- Solomon, R. (1999): Money on the Move, Princeton.
- Stöttner, R. (1996): Zur angeblichen Abkopplung zwischen Finanzmärkten und Realwirtschaft, in: Hengsbach, F., Emunds, B. (Hg.) (1996): Haben sich die Finanzmärkte von der Realwirtschaft abgekoppelt?, Frankfurt am Main, S. 8–23.
- Treasury Management International (1999): <http://www.treasurymanagement.com/topics/98curr/cr1body.htm>.
- Welzk, S. (1999): Visionen des MAI, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 1, 1999, S. 40–50.
- Zinn, K.G. (1997): Jenseits der Markt-Mythen, Aachen.

"Turbokapitalismus spaltet die Gesellschaft"

"Der Turbokapitalismus schafft viele Verlierer und wenige Gewinner. ... In England hat sich die Zahl der Sexualverbrechen seit 1945 um das 2,5fache erhöht. Diebstahlsdelikte sind um das 177fache gestiegen. ... Das gleiche Phänomen beobachten wir in den USA. Seit Beginn der Deregulierung hat sich die Zahl der Gefängnisinsassen verdreifacht. Dies ist nur das Symptom für die gewachsene Zahl von Menschen, die sozial entwertet sind. ... In Amerika und England gilt als selbstverständlich, dass sich die Gesellschaft an die Ökonomie anpassen muss – wie Knetmasse."

Prof. Dr. Edward Luttwak, Wenige Gewinner – viele Verlierer, in: Die Zeit Nr. 50/1999, S. 25.

Ein bis zwei US-Dollar pro Tag

"Die Hälfte der Menschheit muss mit weniger als zwei Dollar täglich überleben, ein Viertel hat sogar weniger als einen US-Dollar täglich zur Verfügung. ... Das globale Armutsproblem ist ein Schlüsselproblem für die Nord-Süd-Beziehungen und die Wurzel vieler globaler Risiken und Friedensgefährdungen. Es verstärkt das Bevölkerungswachstum und verschärft den Migrationsdruck, es erschwert die Verwirklichung der sozialen und politischen Menschenrechte und erzeugt Verteilungskonflikte um Wasser oder landwirtschaftlich nutzbares Land oder um andere Ressourcen."

Heidemarie Wiczorek-Zeul, Das Armutsproblem hat sich verschärft, in: das Parlament Nr. 22-23/2000, S. 7

Hermann Scheer:

Umriss einer solaren Weltgesellschaft*

Gesellschaftliche Entwicklungen gelten nicht als voraussehbar. Gleichwohl wird ihr Hauptverlauf keineswegs von Zufallsgeschehnissen bestimmt. Dieser folgt – wenn nicht große Katastrophen, von großen Kriegen bis zu Naturkatastrophen, alles ins Chaos stürzen – durchaus einer von einem schlüsselhaften Ausgangspunkt her erkennbaren Linie. So hat das fossile Energiesystem die Weltwirtschaft von Grund auf gezeichnet und die Weltgesellschaft an Abgründe geführt. Ein globaler Wechsel zu solaren Ressourcen wird die Struktur der fossilen Weltwirtschaft verwerfen, die Menschheit von diesen Abgründen wegführen und ihr eine dauerhafte Perspektive geben. Dass er kommen muss, wird früher oder später allgemein erkannt werden.

Die Möglichkeit einer dauerhaften Versorgung durch saubere Energien werden sich die Menschen nicht entgehen lassen, sobald sie den Weg dorthin konkreter sehen können. Es kann lange dauern, bis der optimale Weg erkannt ist. Die Wahl des Weges entscheidet dann über die Geschwindigkeit des Veränderungsprozesses. Gegenläufige Normen und Strukturen können allerdings die für Ökologie und menschliches Überleben notwendige Entwicklung so lange aufhalten, dass es für die Weltgesellschaft zu spät ist.

Viele Gesellschaften in der Geschichte haben ihre existenzielle Herausforderung nicht erkannt und sind deshalb untergegangen und vergessen worden. Mit der fossilen Krise steht heute die gesamte Weltgesellschaft in einer solchen Grenzsituation. Ihre politischen und wirtschaftlichen Leitmächte haben bisher gezeigt, dass sie zur Bewältigung dieser Herausforderung nicht fähig sind. Achselzuckend verweisen sie auf die 'Marktkräfte' und laden damit eigene Verantwortung auf anonyme Kräfte ab.

Dafür erhält man obendrein noch den Beifall all derjenigen, die die politischen Institutionen ohnehin nicht mehr für entscheidungsfähig halten – mit einer gewissen Berechtigung, da diese sich selbst kaum noch politische Entscheidungen gegen eingefahrene Wirtschaftsinteressen zutrauen. Noch nie war Politikversagen so komfortabel. Auch dies gewährleistet der 'Markt'. Vorläufig noch.

Politische Initiativen müssen und können die Ablösung fossiler Ressourcen vorantreiben und beschleunigen. Auf ihre Erschöpfung warten dürfen sie auf keinen Fall. Ihre Hauptaufgabe liegt darin, jede privilegierte Nutzung fossiler Ressourcen – d.h. konkret die zahlreichen direkten und indirekten Subventionen und die absurden Steuerfreiheiten – zu beenden und den solaren Ressourcen den Weg zu bahnen. Wenn diese sich rasch durchsetzen und die Energienutzung revolutionieren, ist – in der Dämmerphase der fossilen industriellen Revolution – eine hoffnungsvolle Weltentwicklung möglich.

Die industrielle Revolution setzte bekanntlich nicht überall gleichzeitig ein und wirkte auch nicht überall gleich, und sie war alles andere als konfliktfrei. Sie entsprang zunächst keinem politischen Plan. Sie setzte sich durch, weil sie die zu ihrer Zeit überlegene wirtschaftliche Möglichkeit der Ressourcennutzung und damit zur wirtschaftlichen Entfaltung darstellte. Entsprechend wurde sie zum Entwicklungsvorbild. Doch wegen der sich zuspitzenden ökologischen und sozialen Katastrophen wächst die Zahl der Verlierer inzwischen exponentiell, und auch immer mehr einstige Gewinner verlieren.

Ob die Weltgesellschaft die Ablösung atomar/fossiler Energien durch erneuerbare Energien noch rechtzeitig schafft, entscheidet darüber, ob die industrielle Revolution eine Chance für die Menschheit oder der Beginn ihres Verhängnisses war. Allein ideelle Motive reichen für die solartechnologische Revolutionierung der Energiebereitstellung nicht aus. Die großen wirtschaftlichen Möglichkeiten solarer Ressourcen müssen

*) Bei diesem Beitrag handelt es sich um das abschließende 11. Kapitel aus dem Buch "Solare Weltwirtschaft – Strategie für die ökologische Moderne" (München: Verlag Antje Kunstmann, 1999, S. 316–329). Der Abdruck erfolgt mit der freundlichen Genehmigung des Autors und in der Hoffnung der Redaktion, mit dieser Leseprobe zur Lektüre des gesamten Buches anregen zu können.

erkannt und genutzt werden – ohne Rücksicht auf die Rücksichtslosigkeit atomarer und fossiler Energieversorgung. Der Weg zu einer solaren Weltwirtschaft wird einem Fluss gleichen, der sich seinen Weg bahnt, direkt oder auf Umwegen, je nach den zu überwindenden topographischen Widerständen; schneller oder langsamer, je nach einmündenden Nebenflüssen und der dadurch ermöglichten größeren Breite und Strömungsgeschwindigkeit – um schließlich zum Strom anzuschwellen und die Landschaft um sich herum zu prägen.

Jede Gesellschaft muss vor allen anderen Dingen den unverzichtbaren Grundbedarf an Wasser, Energie, Rohstoffen und Nahrungsmitteln sichern. Dies wird nur in den Gesellschaften (selbst von Wissenschaftlern) übersehen, denen die leichte Sicherung ihres Ressourcenbedarfs über lange Zeiträume hin selbstverständlich wurde. Diese Ära nähert sich ihrem Ende. Versiegt eine dieser Quellen oder ist verseucht, müssen die Menschen zu neuen Quellen umsiedeln oder massive Anstrengungen unternehmen, um für Ersatz zu sorgen. Schon deshalb ist es entwicklungsstrategisch immer nur eine vorläufige Lösung, von einer gerade versiegenden Grundbedarfsquelle zu einer anderen, demnächst versiegenden zu wechseln: Noch wird, vermittelt durch den Schein des grenzenlosen Weltmarkts, auf die Möglichkeit des beliebigen Wechsels zwischen fossilen Energien und Rohstoffen gesetzt, obwohl deren globale Verfügbarkeitsgrenzen klar vor Augen stehen. Bei Wasser wird mittlerweile von Konzernen ein großes Geschäft gewittert – gerade weil Verfügbarkeitsgrenzen in vielen Regionen schon unmittelbar spürbar oder zumindest sichtbar sind. Bei Nahrungsmitteln auf unbegrenzte globale Verfügbarkeit zu setzen, zeugt angesichts des desaströsen Umgangs der sich immer mehr ausbreitenden agrochemisch industrialisierten Landwirtschaft von bodenloser Realitätsverweigerung. Dass die Abhängigkeit von beliebigen anonymen Lieferanten für die Grundbedürfnisse jeder Gesellschaft wegen der globusweiten Transportkapazitäten kein Problem mehr sei, offenbart den Blindgang, auf den sich die Weltgesellschaft führen ließ. Die Gesellschaften müssen sich, ob sie es jetzt schon wahrhaben wollen oder nicht, auf die Nutzung der umwelt-

schonenden und unerschöpflichen Ressourcen konzentrieren – und dabei auf diejenigen, die mit dem geringsten Aufwand und dem größten wirtschaftlichen Nutzen verfügbar sind. Die Gesetzmäßigkeit wirtschaftlichen Handelns drängt dabei nach Kostenvermeidung und damit wieder zur Grundversorgung der Menschen aus weitgehend ortsnahen Quellen.

In der Energieversorgung hat sich die Menschheit am weitesten von ihren Existenzgrundlagen entfernt; größte Schwierigkeiten macht es daher, Fehlentwicklungen zu korrigieren. Die Umorientierung auf erneuerbare Energien muss damit allererste Priorität haben. Bei den Nahrungsmitteln entfernen sich erst seit einigen Jahrzehnten – und mit wachsender Geschwindigkeit – immer größere Teile der Menschheit von ortsnahen Quellen. Dies ist zum zweiten Schlüsselproblem geworden, weil damit eine auf Dauer gesicherte und erschwingliche Grundversorgung immer stärker gefährdet ist. Mit der Nutzung erneuerbarer statt fossiler und atomarer Energien und mit der unausweichlich notwendigen Revitalisierung regionaler landwirtschaftlicher Strukturen wird es auch zu einer breiten Orientierung auf solare Rohstoffe kommen.

In einer solaren Weltwirtschaft sind die Wasserressourcen dauerhaft gesichert; werden die Böden und Wälder nachhaltig genutzt; wird der unverzichtbare Energie- und Rohstoffbedarf der Menschheit aus unerschöpflichen Quellen befriedigt und erfolgt die Energieversorgung fast ausschließlich und die Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung in weit größerem Ausmaß als bisher aus regionalen Quellen. Die solare Weltwirtschaft ist die der fossilen Weltwirtschaft ökonomisch überlegene ökologische Perspektive. In ihr liegt die soziale und kulturelle Chance der Weltgesellschaft.

Die Aufgabe der ökologischen Moderne ist es, die Entwicklung zur solaren Weltwirtschaft zu forcieren und damit die Perspektivlosigkeit der fossilen industriellen Moderne zu überwinden, die nicht nur vor den entscheidenden Zukunftsaufgaben die Augen verschließt, sondern deren Existenz schlichtweg leugnet. Der amerikanische Philosoph Arran Gare schreibt in "Postmodernism and the Environmental Crisis", dass Desorientierung inzwischen "zur Tugend gemacht und der

Verzicht auf irgendwelche festen Referenzpunkte zelebriert wird". (London 1995, S. 34) Er schildert einen Zeitgeist, der Zusammenhängen und großen Antworten misstraut. Solche Sinnkrisen und Vertrauensverluste in gesellschaftlichen Perspektiven sind auch in früheren Zeiten stets dann aufgetreten, wenn die bisherigen großen Gesellschaftsentwürfe ihre Überzeugungskraft verloren hatten. Dies rechtfertigt aber nicht, keine überzeugenden Entwürfe mehr zu verfolgen.

Wie kann es ausgerechnet angesichts der ökologischen Weltkrise, die Superkatastrophen ungeheuren Ausmaßes hervorbringt und noch größere erwarten lässt, zu der Meinung kommen, es gebe keine großen Entwürfe, keine Überzeugungen und keine Kraft mehr? Solche Auffassungen sind ein intellektuelles und moralisches Armutszeugnis. Warum gibt es sogar in sozialdemokratischen Parteien, die ihren Aufstieg dem modernen Fortschrittsdenken verdanken, und selbst in grünen Parteien die unverkennbare Neigung, sich lieber anderen Themen als ökologischen Zukunftsentwürfen zuzuwenden? Warum produziert der Zeitgeist solchen Kleingeist und Kleinmut? Warum wird diese Kapitulation sogar als Hinwendung zur 'wirklichen Wirklichkeit' gefeiert? Und warum kann sich dieser traumtänzerische Irrealismus als Neorealismus ausgeben, ohne sich lächerlich zu machen? Desorientiertheit und Desorientierung sind ein Zeitsyndrom, weil den vielen allzu sehr in den bestehenden Systemzusammenhang Integrierten die Phantasie für andere Entwicklungen verloren gegangen ist. Dies gilt im besonderen Maße für viele Zeitgenossen, die durch das Scheitern tatsächlich irrealer Utopien ernüchtert sind, denen sie unter Ausklammerung ungeliebter Teile der Realität selbst anhängen. Übriggeblieben ist eine diffuse Attitüde, die von Erneuerung redet – und damit eigentlich den Komfort, den die Gegenwart noch bietet, wenigstens für sich bewahren will. Im Wissen und unter Inkaufnahme dessen, dass das für immer weniger Menschen möglich ist.

Vorwärts zur primären Wirtschaft

Die wirtschaftsgeschichtliche Perspektive, die sich aus der unweigerlich notwendigen Ablösung

fossiler durch solare Energie- und Rohstoffreserven ergibt, ist die eines sich neu entfaltenden primären Wirtschaftssektors: die Land- und Forstwirtschaft nicht mehr als wirtschaftliche Restgröße, sondern als neuer und dauerhafter Hauptträger für die Volkswirtschaft insgesamt; nicht mehr als allenfalls noch nostalgisches Gebilde, sondern als modernes Zukunftsprojekt; nicht mehr als Sektor, in dem immer weniger Menschen arbeiten, sondern als großes Beschäftigungsfeld.

Der klassische primäre Sektor der Volkswirtschaften – allen voran die Agrarwirtschaft – wurde in der industriellen und noch mehr in der postindustriellen Moderne gegenüber dem sekundären der Industriearbeit und dem tertiären der Dienstleistungen marginalisiert. Der Blick in die Beschäftigungsstatistiken, in denen die in der Land- und Forstwirtschaft Arbeitenden einen immer mehr verschwindenden Anteil haben, verleitet jedoch zu irrigen Analysen und entsprechend irrigen Schlußfolgerungen. Tatsächlich beschäftigt auch der gegenwärtige primäre Sektor wesentlich mehr Menschen als aus den Statistiken ablesbar ist. Dazu gehören alle, die in den der heutigen Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Arbeitsbereichen tätig sind, die in früheren Zeiten großenteils bei landwirtschaftlichen Betrieben angesiedelt waren: in der Produktion von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln, von Saatgut und von Futtermitteln, in der Energiebereitstellung und der Vermarktung. Hinzu kommen der Transportapparat für landwirtschaftliche Hilfsmittel und Erzeugnisse, die Lebensmittelverarbeitung und die Produktion landwirtschaftlicher Maschinen. Nichts davon erscheint in den landwirtschaftlichen Beschäftigungsstatistiken, obwohl nichts davon ohne die Landwirtschaft existieren würde.

Im Wirtschaftsverständnis der industriellen und postindustriellen Moderne gilt diese Entwicklung als irreversibel. Dies ist ein – von vielen gepflegtes – Vorurteil und zugleich eine phantasielose Betrachtung. Wenn technische Produkte oder Dienstleistungen von einem Land in großem Umfang importiert werden müssen, wird daraus keineswegs die Schlußfolgerung gezogen, diese Wirtschaftsfelder endgültig abzuschreiben. Im Gegenteil wird versucht, sie wieder im eigenen Wirtschaftsraum anzusiedeln. Ausgerechnet pri-

märwirtschaftliche Verlagerungen gelten dagegen als aufgegeben. Selbst alarmierende Nachrichten über die globale Umweltentwicklung erschüttern diese Antihaltung gegenüber der Landwirtschaft nicht, obwohl deren naheliegende und schnell eintretende Konsequenz sein kann, dass die Ernährung über den Weltagrarhandel keinesfalls stabil gesichert ist.

Würden all diejenigen, die alle Wirtschaftsaktivitäten blauäugig dem globalen Markt überlassen, die über allen Ideologien und Dogmen stehenden Naturgesetze verstehen, kämen sie an einer Grunderkenntnis nicht vorbei: Technik ist globalisierungsfähig – aber die Ressourcenversorgung auf Dauer nicht. Technische Produktionsstätten und nicht unmittelbar von Personen zu erbringende Dienstleistungen sind fast beliebig ausweitbar und verlagerbar – Anbauflächen und andere Erdressourcen nicht. Im Pflanzenanbau hängt die Produktivität nicht allein von der Ausbildung, der Arbeitsorganisation der Beschäftigten und einem optimalen Geräte- und Maschineneinsatz ab, sondern ganz wesentlich von unveränderbaren geographischen und klimatischen Bedingungen. Dies ist der entscheidende Unterschied zu allen anderen Wirtschaftsaktivitäten, der von der gleichmacherischen Weltmarktdogmatik ignoriert wird. Bleibt es dabei, wird das in zahllosen Ländern und Regionen zum Verlust ihrer landwirtschaftlichen Basis führen, weil sich die Weltproduktion auf die geographisch und klimatisch günstigen Anbaugelände konzentriert – die dann durch Überlastung umso schneller der Bodenerschöpfung anheimfallen.

Aus der Einstellung, die Landwirtschaft müsse – bisherigen Entwicklungstendenzen immer weiter folgend – Betriebsstrukturen entwickeln, die für Weltmarktbedingungen geeignet seien, erwächst auch eine sträfliche Hinnahme heillosen sozialer Folgen für die Gesellschaften vor allem in den Ländern der dritten Welt. Wenn sich auch noch der Großteil der 600 Millionen Farmer mit ihren Familien – insgesamt drei Milliarden Menschen – auf den Weg in die Städte macht und die landwirtschaftliche Arbeit den auf immer weniger Agrarerzeugnisse konzentrierten großflächigen Produktionsfabriken überlässt, werden die wirtschaftlichen und kulturellen Folgen unabsehbar

sein. Diese Denkhaltung verspielt die Zukunft. Allenthalben wird die 'Wissensgesellschaft' beschworen, um den vielfältigen zukünftigen Herausforderungen – individuell wie gesellschaftlich – entsprechen zu können. Weniger klar ist aber den meisten, dass diese Herausforderungen keinesfalls bestanden werden können, wenn das vorhandene praktische Wissen Hunderter Millionen Landwirte über den Umgang mit Böden und Pflanzen zusammen mit deren wirtschaftlicher Existenz verlorengeht.

Die Zukunft einer Gesellschaft kann ohne das Leitbild einer primären Wirtschaft und die volkswirtschaftliche Orientierung auf diese nicht mehr gesichert werden. Die primäre Wirtschaft in die volks- und regionalwirtschaftlichen Kreisläufe zurückzuholen, ist von erstrangiger Bedeutung. Schon die Ablösung der fossilen durch erneuerbare Energien macht diese Entwicklung zwingend notwendig. Sie wird verstärkt durch die Orientierung auf solare Rohstoffe und die deren Nutzung vorantreibende Biotechnologie. Indem die Landwirtschaft zur integrierten Nahrungsmittel-, Energie- und Rohstoffwirtschaft wird, beginnt sie wieder zu wachsen statt weiter zu schrumpfen.

Weil in dieser Synergie ihre wirtschaftliche Chance liegt und daraus auch die Möglichkeiten entstehen, biologische Dünge- und Pflanzenschutzmittel selbst zu erzeugen, wird sie wieder unabhängig von ihren bisherigen Vorlieferanten, der Chemieindustrie und der Energiewirtschaft. Damit kehren auch Arbeitsplätze in die Landwirtschaft zurück, teils unter neuen Vorzeichen und mit völlig neuen Möglichkeiten. Das Berufsbild der Landwirte, die mit der gesamten Bandbreite der Pflanzen umgehen können, ist denkbar anspruchsvoll: sie müssen sich die für unterschiedliche Pflanzen jeweils spezifische Boden-, Klima- und Nährstoffkunde schnell aneignen können. Sie sind biologisch und biochemisch ausgebildet und in den besten Erntetechniken bewandert. In einer solaren Wirtschaftsgesellschaft muss es mehr selbständig arbeitende Landwirte und wieder mehr Betriebe geben; die Landwirtschaft wird wieder sehr viel mehr Menschen sichere Arbeitsplätze bieten. Auch der Bedarf an einfacheren Tätigkeiten, nach denen die 'Dienstleistungsgesellschaft' so laut ruft, wird in der

Landwirtschaft enorm wachsen. Solange aber das Baggerfahren im Braunkohleabbau, die Fließbandarbeit in der Fabrik oder die neuentdeckten Dienstbotenarbeiten als wertvoller gelten als die vergleichsweise anspruchsvolle und vielseitige Arbeit, Saatgut auszusetzen, Erntemaschinen zu bedienen, Waldarbeit zu verrichten, Trocknungs- und Biogasanlagen zu betreiben, verstellt sich die 'moderne' Gesellschaft mit ihren gewachsenen Vorurteilen den Blick auf diese Zukunft.

Aus dem Leitbild einer neu zu entdeckenden primären Wirtschaft ergeben sich mehrere zentrale Schlussfolgerungen, die die landwirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte, samt der Landwirtschaftspolitik und der aktuell eingeschlagenen Richtung der Biotechnologie, als extrem kurzsichtig und einseitig ausweisen:

- Das weitere Sterben landwirtschaftlicher Betriebe muss verhindert werden, damit nicht in naher Zukunft etwas mühsam wieder aufgebaut werden muss, was jetzt leichtfertig dem 'Markt' geopfert wird. Dies bedeutet keineswegs die uferlose Fortsetzung der gegenwärtigen Subventionen. Die wirksamste Unterstützung wäre, den landwirtschaftlichen Betrieben zu helfen, ihre Energie- und Nährstoffversorgung aus eigener oder in gemeinschaftlicher Produktion zu organisieren und daneben die Strukturen regionaler Direktvermarktung aufzubauen – damit sie sich in überschaubarer Zeit durch die vermiedenen Kosten und mit den Zusatzgewinnen wieder selbst tragen können. Gegenwärtige Subventionen sollten zeitlich befristet und dabei umgewidmet werden in Finanzierungshilfen für die Einführung von eigenen Energieverwertungsanlagen und die Umstellung der landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen auf den Einsatz von Biotreibstoffen. Die Gründung von regionalen Vermarktungsköoperativen für Nahrungsmittel, Energie und solare Rohstoffe muss gefördert werden.

- Das Saatgutpotential muss gesichert und frei zugänglich bleiben. Für jedes Land wird es unverzichtbar, öffentliche Saatgutbanken einzurichten und zu unterhalten, damit die Vielfalt der künftig nachgefragten Pflanzen rasch mobilisierbar und für jeden verfügbar ist. Saatgut ist ein öffentlicher Kulturschatz. Saatgutdomänen, von denen Saatgut zu kostendeckenden Preisen

gekauft werden kann, gehören zur öffentlichen Infrastruktur der künftigen Landwirtschaft, damit landwirtschaftliche Betriebe unter möglichst freien Marktbedingungen existieren können.

Damit diese Zukunftschancen nicht schon vertan werden, bevor sie richtig ergriffen worden sind, muss die in den letzten Jahren anwachsende Welle der Patentierung von Genen und Genketten politisch gestoppt werden. Was die natürliche Evolution hervorgebracht hat, muss Allgemeingut bleiben und damit jedem Landwirt zum Anbau zur Verfügung stehen; höchstens Verwertungsverfahren dürfen patentierungsfähig sein. Es liegt im zentralen human- und bioethischen, aber auch im gesamtwirtschaftlichen Zukunftsinteresse jedes Landes, die Genpatentierung auszuschließen und damit den frivolsten Enteignungsvorgang der Geschichte zu unterbinden: die Enteignung der Gesellschaft durch private Konzerne. Nur ein Patentierungsverbot für Gene kann verhindern, dass einige Weltkonzerne die solaren Ressourcenpotenziale besetzen, bevor deren wirtschaftliche Verwertung in breitem Maßstab begonnen hat. Genkonzernen die photosynthetischen Ressourcen zu überlassen, bringt diese in eine Weltmachtstellung, der gegenüber alle Welt- und Kolonialmächte der Geschichte relativ machtlos waren. Diese Macht mit allen Mitteln zu brechen ist eine zentrale gesellschaftliche Bedingung für die wirtschaftliche Vitalisierung des primären Sektors.

Die solare Arbeitsgesellschaft

Wilhelm Ostwald – Chemie-Nobelpreisträger und Energiesoziologe – hat zu Beginn des 20. Jahrhunderts in seiner Schrift "Die energetischen Grundlagen der Kulturwissenschaften" als Energie "alles" bezeichnet, "was aus Arbeit entstehen und in Arbeit zurückverwandelt werden kann". (Leipzig 1909, S. 2ff) Dieses Verständnis von Energie umfasst drei Arbeitsbegriffe: die Arbeit der Menschen, die der Energie und die der mechanischen Hilfsmittel, Geräte und Maschinen. Auch die Frage nach dem "Ende der Arbeit" (Jeremy Rifkin, Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt 1995) muss deshalb im Zusammenhang mit den Energie- und Rohstoffstrukturen gesehen werden. Der

Wandel zu solaren Ressourcen hat auch über die dadurch neu geschaffenen Arbeitsplätze hinaus Auswirkungen auf die Entwicklung der Arbeitsgesellschaft insgesamt.

In industriellen Gesellschaften haben Maschinen den Menschen Arbeit abgenommen. Lange kam dies den Arbeitenden nicht zugute, weil die Techniken in erster Linie zur Produktionssteigerung eingesetzt wurden, aber nicht zur Erleichterung der für die Menschen verbliebenen Arbeit. Arbeiterleichterungen mussten stets politisch und gewerkschaftlich erstritten werden. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern, weil Techniken eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse ermöglichen, sich aber nicht automatisch gegen diejenigen durchsetzen, die damit etwas anderes vorhaben. Mit den neuen Rechner- und Informationstechniken ist es möglich, dass Menschen in bisher einmaligem Ausmaß Motoren, Maschinen und Geräte für sich arbeiten lassen. Geistige und technische Arbeit ersetzen schneller und umfangreicher denn je die physische.

Damit verschärft sich die Auseinandersetzung darüber, wie wirtschaftliche Arbeitserträge verteilt werden, so dass alle Menschen ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Wenn alle eine auskömmliche Erwerbsarbeit haben, verteilen sich die Arbeitserträge über die Einkommen – mit den unvermeidlichen Konflikten über eine gerechte und angemessene Entlohnung. Wenn nicht mehr genug von Menschen zu leistende Arbeit angeboten werden kann bzw es immer mehr Menschen gibt, die in die direkte Umverteilung der Arbeitserträge nicht mehr einbezogen sind, muss die Verteilung der Gesamterträge auf alle über Arbeitszeitverkürzungen und/oder über staatlich garantierte Lebensunterhaltszahlungen erfolgen. Dies ist das wachsende sozialpolitische Problem. Gleichzeitig wird die Frage immer spannender, wie Menschen ihre Zeit außerhalb der Erwerbsarbeit gestalten. Mathias Greffrath spricht von der "Dreizeit-Gesellschaft", in der die Menschen zu einem Drittel ihrer Zeit einer Erwerbsarbeit nachgehen, zu einem weiteren Drittel einer unentgeltlichen gemeinnützigen Tätigkeit und in der sie das letzte Drittel ihren individuellen Bedürfnissen widmen. (Mathias Greffrath, Freizeit, die sie meinen, in: Süddeutsche Zeitung vom 24.6.1998) Auf die

unabweisbare Notwendigkeit einer Umverteilung der Arbeit hat Johano Strasser in seiner Schrift "Geht der Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus?" eindringlich hingewiesen. (Zürich 1999)

Solange diese Umverteilung nur unzulänglich realisiert werden kann, wird es zur Schlüsselfrage eines Gemeinwesens, den Menschen, die kein Einkommen aus Erwerbsarbeit beziehen können, einen Lebensunterhalt zu ermöglichen. Theoretisch kann durch energetische und technische Arbeitsleistungen so viel erwirtschaftet werden, dass die gesamte Gesellschaft mit immer weniger Beschäftigten auskommt. Aber die laufend brisanter werdende Frage ist, wie die politischen Institutionen die dafür notwendigen Erträge von hochproduktiven Unternehmen abschöpfen können, die sich immer transnationaler organisieren und sich damit gegenüber nationalen Regierungen quasi in einem exterritorialen Raum bewegen. Dass internationale politische Institutionen die Mehrerträge über Steuern abschöpfen und weltweit individuell verteilen könnten, ist eine Illusion. Deshalb ist es umso notwendiger, auf den energetischen Teil der Gesamtarbeit zu achten.

Dass die Sonne die größte und vielseitigste Arbeitskraft ist, die der Erde zur Verfügung steht und die sich Menschen zur Entlastung ihres Arbeitsbeitrags nutzbar machen können, wurde im Industriezeitalter vergessen. Dies gilt selbst für die Land- und Forstwirtschaft. Zwar hat auch sie die menschliche Arbeit durch die der Technik und die Nutzung fossiler Energien substituiert. Wenn die Landwirtschaft die fossile Arbeit wieder durch die der Sonne ersetzt, kommt sie zur Quintessenz ihrer tatsächlichen wirtschaftlichen Möglichkeiten. Übertragen wir dies auf die nichtlandwirtschaftliche Arbeit, kommen wir zu einem ähnlichen Ergebnis. Die industrielle Revolution wurde auf die technische Substitution von menschlicher Arbeit reduziert, gleichzeitig wurde die fossile Arbeitsleistung gesteigert. Die Abschaffung der fossilen Arbeit durch Solartechnik verändert das gesamte Gefüge der Arbeitsgesellschaft. Die Sonnenarbeit als Ersatz für fossile Arbeit bedeutet, dass sich die Arbeitskosten der Gesellschaft auf die für die Menschen und die Technik reduzieren.

Die Mobilisierung der Sonnenarbeit wird – wie gezeigt wurde – die den Menschen verbleibende

Arbeit regional gerechter verteilen. Die damit einhergehende Regionalisierung wirtschaftlicher Kreisläufe wird es den Regierungen erleichtern, das Steueraufkommen zur Finanzierung des Bedarfs an öffentlichen Leistungen verwenden zu können. Die Lebenshaltungskosten der Menschen werden dauerhaft gesenkt. Damit wird die große Frage leichter beantwortbar, wie allen ein würdiges Leben ohne soziale Not ermöglicht werden kann, weil der Bedarf an direkten finanziellen Transferleistungen zur Sicherung des Mindestlebensstandards geringer wird. Indem wir durch erneuerbare Energien den ökologischen Katastrophen des fossilen Industriezeitalters entrinne und damit auch die Gefahr von Gesundheitsschäden senken, die stets von der Allgemeinheit statt von den Verursachern bezahlt werden müssen, sinken neben den Energiekosten auch die Kosten für das Gesundheitssystem. Andernfalls werden Katastrophenschutz und -folgenbeseitigung immer mehr öffentliche und private Mittel absorbieren – bis keine Kraft mehr für das Abarbeiten der sich häufenden Katastrophen übrig ist und die soziale und zivile Ordnung von niemandem mehr aufrecht erhalten werden kann, auch nicht mit noch so hochgerüsteten Sicherheitsdiensten. Die derzeit überall zu beobachtende Aufrüstung zur Sicherung der fossilen Restressourcen zahlt ebenfalls die Allgemeinheit – und ihr wird eingeredet, das läge in ihrem Interesse.

Auch wenn in der weiteren Entwicklung der Arbeitsanteil der Menschen gegenüber dem der technischen und der Sonnenarbeit geringer wird, werden sie dieser Frage in einer völlig anderen Situation gegenüberstehen als heute. Es wird weniger Aggressionspotenzial geben, auch weil die existenziellen Zukunftsgefahren abgewendet sind. Was dann bleibt, ist die Frage, wie die Menschen mit ihrer freien Zeit umgehen. Die Antwort darauf kann durch kein Gesetz, keine Wirtschaftsordnung, keine Energiequelle und keine Technik gegeben werden. Sie ergibt sich aus den Traditionen, Normen und der menschlichen Bildungs- und Sozialfähigkeit, also aus den Kulturleistungen einer Gesellschaft.

Mit dem Reichtum der Sonne zum Reichtum der Weltgesellschaft

Die Erde ist reich. Sie verdankt ihren Reichtum der Sonne. Dass dieser Reichtum heute von den Menschen mehr verbrannt statt genutzt und dabei erhalten wird, ist der größte denkbare wirtschaftliche Unfug. Diese Ressourcenvernichtung auch noch als Wirtschaftswachstum zu bezeichnen, ist eine Verkehrung dieses Begriffs in sein Gegenteil. Sie ist in Wahrheit Wirtschaftsvernichtung statt Wirtschaftswachstum und führt statt zum "Reichtum der Nationen" (Adam Smith) in die "Armut der Nationen". (Elmar Altvater, Die Armut der Nationen, Dortmund 1994)

Das fundamentale Problem der gegenwärtigen Weltwirtschaft ist nicht, dass sie sich 'globalisiert', sondern dass sie diese Entwicklung nicht mit der Sonne als der einzigen existierenden globalen Kraft vollzieht, die allen zur Verfügung steht – in einem Überangebot, das nie vollständig genutzt zu werden braucht. Erst mit der Sonnenkraft statt der fossilen Kraft gelangt die Weltgesellschaft auf die Höhe ihrer tatsächlichen Möglichkeiten. Solange nur in einigen Regionen vorhandene Ressourcen die Wirtschaftsentwicklung bestimmen, sind zunehmende Konflikte vorprogrammiert, in denen nationale vor globalen, einzelwirtschaftliche vor gesamtwirtschaftlichen, kurzfristige vor langfristigen, partikulare vor gesellschaftlichen Interessen stehen. Die daraus unvermeidlich entstandenen und weiter entstehenden globalen Hierarchien verhindern eine globale Entwicklung, in der die Menschen ihre Existenz möglichst unabhängig sichern können und zum Weltprodukt ihren arbeitsteiligen Beitrag leisten können – nach ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten. Die bestehenden Hierarchien dagegen schalten die Wirtschafts- und Lebenskulturen gleich, so dass die Vielfalt der Weltgesellschaft verloren geht. Der geistigen Verarmung folgt unweigerlich die wirtschaftliche.

Weil die Organisation globaler fossiler Ressourcenströme die Handlungsmöglichkeiten und Lebenschancen der Industriegesellschaften lange Zeit für immer mehr Menschen erweiterten, wird bis heute übersehen, dass die gleichen Ressourcen und deren Nutzung mittlerweile ganz im

Gegenteil die wirtschaftlichen Möglichkeiten für weit mehr Menschen – und letztlich für alle – fortlaufend verengen. Die sich global aufladenden Ressourcenkonflikte, die ökologischen Katastrophen, die Unbezahlbarkeit fossiler Energien für die Mehrheit der Weltbevölkerung, die zu erwartenden wirtschaftlichen Krisen bei fossiler Marktverknappung zeigen: Die Welt steht vor einer umfassenden Regression. Bedeutende zivilisatorische Errungenschaften könnten dem zum Opfer fallen: das UN-System und das Völkerrecht, internationale Vertragssysteme, die Weltwirtschaft selbst. Die fossilen Ressourcenkonflikte werden mit höchster Wahrscheinlichkeit zu einem tieferen Rückfall der Weltwirtschaft führen – bis zum freien Fall der Weltgesellschaft insgesamt.

Die solare Weltwirtschaft ermöglicht eine neue globale Arbeitsteilung. In dieser nutzen alle Volkswirtschaften die ihnen von der Sonne unmittelbar angebotenen Ressourcen, die ihnen niemand nehmen kann; und alle bieten an oder fragen frei nach, was darüber hinaus andere oder sie selbst brauchen. Nur dadurch ist es auch möglich, den vielfältigen kulturellen Reichtum in der Weltgesellschaft zu erhalten und wiederzubeleben bzw. diesen durch wechselseitige Anreicherung weiterzuentwickeln.

Je schneller sich die Karusselle der gegenwärtigen fossil angetriebenen Globalisierung drehen, desto schwindelerregender und rücksichtsloser wird dies für Mensch und Natur, desto weniger können noch einsteigen und desto mehr werden herauskatapultiert. In der neuen Arbeitsteilung der solaren Weltwirtschaft dagegen drehen sich zahllose kleinere und einige größere Karusselle. Sie drehen sich langsamer und dadurch menschengemäßer und kontrollierbarer. Sie können um immer weitere ergänzt werden und bieten potenziell Platz für alle. In der solaren Weltgesellschaft gibt es wesentlich mehr Freiheiten und Spielräume zur produktiven Nutzung von Technik, weil diese – mit direkt verfügbarer Sonnenkraft – zahllose individuelle praktische Anwendungen ermöglicht. Technik wird nicht mehr zur Domäne weniger, die daraus technokratische Handlungszwänge für alle machen. Sie wird zur Domäne aller, woraus wesentlich mehr Ideen und Möglichkeiten zu ihrer Nutzung er-

wachsen. Durch die wachsende Zahl unabhängiger Produzenten und die vielfältigere Nutzung der Ressourcenpotenziale entstehen wesentlich mehr Produkte. Eine solare Weltwirtschaft ist eine Ökonomie ohne Ressourcenvernichtung und damit ohne Entfaltungsbrüche.

Die Weltgesellschaft bleibt, indem sie die sichtbare Hand der Sonne ergreift und mit erneuerbaren Ressourcen wirtschaftet, in Bodennähe, und ihre Mitglieder begegnen sich in einer freieren und gerechteren Umwelt. Aus dem Reichtum weniger – einzelner Menschen, Unternehmen oder Gesellschaften – wird zunehmend ein Reichtum aller, gerechter und breiter verteilt; geschaffen durch eine von Menschen statt von Bürokratien initiierte wirtschaftliche Entwicklung, die sich mit den solaren Ressourcen neu begründet.

B Ü C H E R

Karl Walker **Das Geld in der Geschichte**

Zürich: Oesch Verlag / Conzett Verlag, 1999. 196 Seiten.

Bernard A. Lietzer **Mysterium Geld: Emotionale Bedeutung und Wirkungsweise eines Tabus**

München: Riemann Verlag, 2000. 365 Seiten.

Dem Zürcher Verleger Jürg Conzett gebührt das Verdienst, ein lesenswertes Buch in einer Neuauflage dem Vergessen entrissen zu haben. 1959 erstmals erschienen, unternimmt Karl Walkers Studie "Das Geld in der Geschichte" eine chronologische Übersicht über die wichtigen Tendenzen der westlichen Geldgeschichte von den alten Griechen bis in unsere Gegenwart; darüber hinaus verbindet sie ihre vorwiegend wirtschaftsgeschichtlichen Ergebnisse mit kulturgeschichtlichen Überlegungen. Ein derart ausgreifender Ansatz bedingt freilich eine Vielzahl holzschnittartiger Pauschalaussagen. So heißt es etwa: "Im Mittelalter war der Mensch in einem durchaus gesunden Sinne noch natürlich und unbefangen" (S.120) – eine Aussage über Milliarden Menschen über ein Jahrtausend hinweg; in den Selbstzeugnissen mittelalterlicher Autoren könnte man hinreichend Belege für das Gegenteil finden. Derartige Urteile

mögen indes zeitbedingt sein; schließlich mußte sich Walker auf wissenschaftliche Literatur stützen, welche durch die intensive Forschung der letzten Jahrzehnte in vielen Punkten modifiziert wurde. Fragwürdig ist allerdings, daß neben seriösen Quellen ausgerechnet der Romancier Gustav Freytag oder der Tendenzschriftsteller Eduard Fuchs als Autoritäten zitiert werden. Bemerkenswert ist Karl Walkers sprachliche Kompetenz, welche die Lektüre streckenweise zum literarischen Vergnügen macht. Ein wirklicher redaktioneller Fehlgriff liegt in der Entscheidung, bei der Neuauflage auf die Abbildungen und Tabellen der Originalausgabe zu verzichten; statt dessen sind acht Reproduktionen von Seidenbildern, die mit dem Inhalt des Buches nichts zu tun haben (und die Produktion nicht unerheblich verteuert haben dürften) ins Buch geklebt!

Die vorrangige Aufmerksamkeit Walkers gilt dem Hochmittelalter, das er als wohl "harmonischste und glücklichste Epoche der Menschheit" (S.191) ansieht. Mit dieser Einschätzung richtet sich Walker gegen eine Strömung innerhalb der Wirtschaftsgeschichte, die in der mittelalterlichen Ökonomie weitgehend eine Mangelwirtschaft sieht: Sie hätte die Bedürfnisse nur mühsam decken können und sei daher durch einen ständigen Kampf um die knappen Ressourcen gekennzeichnet. Für das frühe Mittelalter könnte diese Sichtweise sogar zutreffen: Angesichts der kümmerlichen Verkehrs- und Nachrichtentechnik war regionalen Krisen kaum durch einen Austausch mit Überflußgebieten zu begegnen; daher wohl die zahlreichen Berichte karolingerzeitlicher Quellen über Hungersnöte u. dgl.

Demgegenüber ist die materielle und kulturelle Expansion des Hochmittelalters in der Tat nur durch ein gewaltiges Wirtschaftswachstum zu erklären. So entsteht etwa zwischen 1150 und 1350 unsere Städtelandschaft, indem neben die wenigen bestehenden Städte zahlreiche Neugründungen treten; und während sich die Stadt des früheren Mittelalters in ökonomischer Hinsicht oftmals eher wie ein größeres Dorf mit Markt ausnimmt, besitzen nicht wenige Städte am Ende dieses Zeitabschnittes die Konturen und die Bevölkerungszahl, die sie bis an die Schwelle der Moderne haben werden – eine Mangelwirtschaft bringt so etwas gewiß nicht zuwege. Allerdings übertreibt Walker den Reichtum des späteren Mittelalters. Seine Belege für luxuriöses Verhalten mögen alle

objektiv sein; als Norm sollte man sie dennoch nicht ansehen. Gewiß mögen im Gegensatz zum früheren Mittelalter oder zur Neuzeit auch weitere Bevölkerungsschichten in den Genuß des Überflusses gekommen sein. Indes brauchen die Beispiele für adelige Repräsentation nicht unbedingt Beweise für einen märchenhaften Überfluß zu sein: Damals vielleicht mehr noch als heute bestimmten nicht nur die tatsächlichen materiellen Mittel, sondern auch das Prestige, das mit ihnen verbunden war, den Einfluß ihrer Besitzer. Thorstein Veblens "Theorie der feinen Leute" beleuchtet die Mechanismen, welche die Darstellung von Überfluß motivieren.

Nach Walker dauerte die wirtschaftliche Blüte der Gotik von 1150 bis 1450. Dies gilt, wenn überhaupt, nur für die Städte. In die zweite Hälfte dieses Zeitraumes fällt nämlich eine beispiellose Agrarkrise, die den Bauernstand und viele von der landwirtschaftlichen Produktion abhängige Feudalgewalten schlechterdings ruinierte (ganz grob gesagt: durch den Bevölkerungsrückgang im 14. Jahrhundert sank die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten schneller als das Angebot, mit der unausweichlichen Konsequenz eines Preis- und Rentabilitätsverfalls; vgl. Wilhelm Abel, *Agrarkrisen und Agrarkonjunktur*, Hamburg 1978). Die Auswirkung auf die Städte war weniger kraß (ihre Bevölkerungsverluste waren zwar größer als die des Landes, wurden aber durch den Zustrom vom Lande schnell wieder aufgefangen); gleichwohl setzte eine Stagnation ein, deren Auswirkungen sich an den öffentlichen Gebäuden ablesen läßt: Waren überdimensionierte Kathedralen (wie in Köln oder Ulm) um 1300 noch unfertig, dann blieben sie es bis in die Moderne.

Bernard Lietaer thematisiert ebenfalls den Zusammenhang zwischen der kulturellen Blüte Europas im hohen Mittelalter und den Formen der zeitgenössischen Geldwirtschaft. Dabei versucht er noch nachdrücklicher als Walker, den Leser dafür zu sensibilisieren, daß die Entwicklung der Geldformen keineswegs bloß ein Anhängsel an die ökonomische Entwicklung darstellt (daher der für geldgeschichtliche Monographien ungewöhnliche Titel "Mysterium Geld: Emotionale Bedeutung und Wirkungsweise eines Tabus"). Unsere Geldgeschichte ist ebenso sehr eine Facette unserer Geistesgeschichte; ein Umstand, der in klassischen ökonomischen und ökonomiehistorischen Darstellungen zumeist bloß gestreift, wenn

nicht gar übersehen wird. Was Menschen als "Geld" auffassen, hängt indes evidentenmaßen nicht nur damit zusammen, ob sie ihren Lebensunterhalt auf dem Acker oder dem Börsenparkett verdienen, sondern vielleicht sogar vorrangig damit, wie sie die Welt sehen. Geldtheorie ist also auch ein Gegenstand der historischen Anthropologie. Hier tut sich allerdings ein gewichtiges Problem auf: Die definitive Antwort auf Kants berühmte Frage: "Was ist der Mensch?" ist noch nicht gefunden; und Lietaers Rekurs auf die Archypentheorie Jungs ist doch recht eng – es lassen sich unschwer andere, ebenso gute oder schlechte "Kandidaten" wie Marx, Freud, Gehlen, Piaget o. ä. nennen. Stellt man die Ansprüche an die empirische Sachhaltigkeit einer anthropologischen Theorie hintan, kann man immerhin geltend machen, daß Jung brauchbare Metaphern für einzelne Aspekte des menschlichen geistigen Seins anbietet.

Die Weite von Lietaers Gesichtskreis beweist allein schon sein Vergleich des hochmittelalterlichen Geldwesens mit verwandten Phänomenen der altägyptischen Kultur. Da bleibt indes vieles spekulativ; und wie Walker ist Lietaer auf starke Vereinfachungen angewiesen, die bei geschichtlichen Sachverhalten – wie sonst überall auch – eben häufig knapp an der Wahrheit vorbeigehen. Und da bereitet Lietaers Buch doch ein gewisses Unbehagen. Denn wenn jemand auf einer verhältnismäßig dünnen Basis von Fakten einen so umfassenden ökonomischen Ansatz entwickelt, sollten zumindest keine handwerklichen Fehler passieren. Um nur die beiden ärgsten zu nennen: Es habe "sich das offizielle Währungsparadigma seit der industriellen Revolution nicht wesentlich verändert" (S. 103) – da ist ihm die Abkehr vom Edelmetallstandard entgangen, mithin der größte Einschnitt in der Geldentwicklung seit der Einführung des Münzgeldes. Ferner sei "im kollektiven Bewußtsein des Mittelalters (...) Gold gleich Geld, das meistgeschätzte Münzmetall der damaligen Zeit." (S. 170) – das Münzmetall des Mittelalters ist jedoch das Silber; erst im 14. Jahrhundert kommt vom islamisch beeinflussten Süden her das Gold als Münzmetall ganz allmählich wieder auf, und deckt von da an nur einen Bruchteil des Geldumlaufes ab. Die Zeit, von der Lietaer an dieser Stelle redet – das 12. Jahrhundert Bernhards von Clairvaux – kennt keine Goldmünzen. Das sind keine Bagatellen mehr.

Zur Vorsicht möchte man Lietaer bei der Inter-

pretation der hochmittelalterlichen Münzverfälschungen (S. 149 ff.) mahnen. Diese sind vom Ansatz her keine fiskalischen Maßnahmen, sondern Infrastrukturmaßnahmen. Die mittelalterliche Münzprägung ist ein Regal, d. h. ein prinzipiell ausschließliches Hoheitsrecht des Königs; sie steht auf einer rechtlichen Stufe mit der Zuständigkeit des Königs für den Unterhalt der Königsstraßen und die Sicherheit derjenigen, die diese Straßen benutzen, für die Brücken, für den Marktfrieden und dergleichen mehr. Diese Aufgaben stellen augenscheinlich eher Pflichten als Rechte dar. So muß der König für die Sicherheit und das Gedeihen von Handel und Wandel in seinem Reich sorgen. In erster Linie bedeutet das die Sicherung des Landfriedens und in zweiter Linie die Sorge für Infrastrukturmaßnahmen. Diese Regalien tragen sich im günstigsten Falle selbst; in der Regel verlangen sie wohl eher Mittel, und deshalb verfügt der König über Königsgut, aus dem er sich und sein Gefolge finanziert. Und weil er sich nicht um jeden Landstrich persönlich kümmern kann, verleiht er die Regalien zusammen mit Teilen des Reichsgutes an andere Männer (und z. T. auch Frauen), die dann als Fürsten für die Handhabung der Regalien zuständig sind.

Wenn nun so ein Fürst oder so eine Fürstin das Münzrecht erteilt bekommt, steht das zumeist im Zusammenhang mit einem städtischen Markt und seinem ländlichen Ergänzungsgebiet, die mit Münzen versorgt werden müssen. Der Münzherr garantiert in diesem Gebiet für den Wert der Münzen; d. h. er garantiert mit seinem Wappen oder einem sonstigem Abzeichen dafür, daß ein konkreter Pfennig auch wirklich für einen Pfennig Silber enthält. In der Praxis sah das oft so aus, daß ein Händler bei seinen Geschäften Geld aus allen möglichen Gegenden sowie sonstige Silbergegenstände erwarb. Wollte er nun mit diesem Silber am Marktort jenes Fürsten Geschäfte machen, mußte er seine Geschäftspartner davon überzeugen, daß es sich um vollwertiges Feinsilber handelte und nicht etwa um eine betrügerische Legierung (man kann dem Silber sehr viel Kupfer beimischen, ohne daß es die Silberfarbe verliert). Einfacher war es für ihn, das Silber in der Münzstätte des Münzherrn abzuliefern, wo es eingeschmolzen und zu den gängigen Pfennigen verarbeitet wurde. Dafür mußte er dem Münzmeister eine Gebühr, den Schlagschatz, entrichten; als Gegenleistung hatte

er nun Geld, dessen Wert nicht in Frage stand und dessen Annahme unproblematisch war.

Die Münzstätte bezog ihr Silber nun nicht nur aus derartigen Importen, sondern auch aus den periodischen Münzverrufungen. Auch dahinter stand zunächst kein fiskalisches Interesse; vielmehr sollten die abgenutzten und damit in ihrem Wert fragwürdig gewordenen Münzen durch neue ersetzt und die allfälligen Fälschungen aussortiert werden; nichts anderes geschieht, wenn man sich heutzutage einen in der Sechziggradwäsche mitgelaufenen Hunderter bei der Bank gegen ein druckfrisches Exemplar einwechseln läßt. Das Eintauschen kostet nichts, weil der materielle Wert eines Hundertmarkscheins im Verhältnis zu seinem Geldwert kaum ins Gewicht fällt. Das Ersetzen eines angefressenen Silberpfennigs durch einen vollgewichtigen neuen Pfennig ist allerdings für den Münzherrn mit einem materiellen Verlust verbunden; deshalb war auch hier wieder ein Schlagschatz fällig dergestalt, daß bei der Einlieferung von 12 alten nur mehr 10 neue Pfennige ausgehändigt wurden oder ähnlich.

Obschon die Rahmenbedingungen für das Gewicht und den Gehalt der Pfennige vorgegeben waren (und eine Manipulation mit dem Einziehen aller Lehen durch den König bestraft werden sollte), konnte ein Münzherr aus seiner Münzstätte einen wirklichen Profit ziehen (wenngleich dies im Prinzip ja nicht vorgesehen war): Er brauchte bloß den Schlagschatz dergestalt zu erhöhen, daß er die Betriebskosten für die Münzstätte übertraf, und dann eifrig die Pfennige zu verrufen. Dieser Mißbrauch war reichsrechtlich untersagt, wurde gleichwohl in Zeiten schwacher Königsmacht von anmaßenden Territorialherren praktiziert.

Lietaer glaubt, die Münzverrufungen hätten dazu geführt, daß Bargeld nicht gehortet, sondern möglichst vor der nächsten Umtauschaktion wieder in den Umlauf gebracht worden wäre, mit positiven Folgen für das Investitionsklima und das Konsumniveau. Das ist in der Tat ein interessanter Gedanke, der aber im Status einer bloßen Behauptung verbleibt. Hier vermisse ich empirisches Material, das diesen Zusammenhang glaubhaft machen kann: Den Zeitgenossen waren die Münzverrufungen jedenfalls überwiegend lästig (was für ihre gesamtökonomische Bedeutung auf lange Sicht aber nichts zu besagen braucht). Schwerer wiegt, daß etwa die Herzöge von Österreich noch im 14. Jahrhundert mit Gewinnab-

sichten munter die Münzen einzogen, ihr Territorium gleichwohl wie die meisten anderen Regionen Europas von der Krise des Spätmittelalters betroffen war. Wenn Münzverrufungen einen stimulierenden ökonomischen Effekt hatten, dann war dieser von weiteren Rahmenbedingungen (etwa dem immensen Wirtschaftswachstum im 13. Jahrhundert) abhängig. Unter den Bedingungen einer stagnierenden Volkswirtschaft dürften sie sich eher krisenverschärfend ausgewirkt haben; für Norddeutschland sind sogar Preisexplosionen im Vorfeld spätmittelalterlicher Münzverrufungen belegt.

Nicht zuletzt ist beim derzeitigen Forschungsstand reichlich unklar, welcher Anteil des Geldes überhaupt von diesen Maßnahmen betroffen war. Der Großhandel bediente sich im 13. Jahrhundert zuweilen des Edelmetalls in Barrenform oder auch des Buchgeldes; später kamen große, überregionale Gold- und Silbernominale hinzu. Ein beträchtlicher Teil des Geldes war also den regionalen, wenn nicht gar bloß lokalen Münzverrufungen von vorneherein entzogen. Und noch etwas: Die Rede vom "Brakteaten-System" (S. 151) ist sehr unglücklich, da sie suggeriert, es habe es sich dabei um eine besondere Form der Währung gehandelt. Das Wort "Brakteat" beschreibt lediglich einen in einer spezifischen technischen Herstellungsweise gefertigten Pfennig; vom politisch-ökonomischen System der Münzverrufungen ist dieser Begriff völlig unabhängig. Hier ist Walker übrigens ebenfalls ungenau, wenn er die seit dem Ende des 13. Jahrhunderts geprägten "Ewigen Pfennige" den Brakteaten gegenüberstellt (S. 131): Dort, wo die Pfennige bislang als Brakteaten ausgeprägt worden waren, wurden auch die Ewigen Pfennige in Brakteatenform geprägt. Ausgerechnet die von Walker als Musterbeispiel herangezogenen Ewigen Pfennige des Konstanzer Währungsraumes zeigen die Brakteatengestalt noch einmal in schöner Form!

Wie schnell Lietaer mit bloßen Behauptungen zur Stelle ist, zeigt übrigens auch seine Abbildung von vier Brakteaten (woher eigentlich?) auf S. 152, wo die wechselnden Beizeichen im Münzbild ohne jeden Zweifel als Hinweise auf jährlich wechselnde Emissionen hingestellt werden. Indes wissen wir über die innere Organisation von Münzstätten des 13. Jahrhunderts viel zu wenig, um dies bestätigen oder widerlegen zu können. So plausibel es sein mag: Es handelt sich um eine reine Hypothese und hätte

als solche ausgewiesen werden müssen. Wenn es dem Münzherrn darauf angekommen wäre, das Jahr der Prägung kenntlich sein zu lassen, hätte er es ja ohne weiteres aufprägen lassen können; die Münzreihen einzelner Herrschaften offenbaren aber ganz im Gegenteil für das 13. Jahrhundert häufig ein Festhalten an einem "Type immobilisé", eine Scheu vor Veränderungen im Münzbild. Fragwürdig ist die im gleichen Kontext fallende Behauptung: "Im 12. Jahrhundert wurde die jahrhundertealte Tradition der Steuerzahlung in Form von Naturalien allmählich durch das Einkommen ersetzt, das bei der Neuprägung von Münzen entstand." Allenfalls kommt es im 12. Jahrhundert zu ersten Versuchen, Naturalabgaben in Geldabgaben umzuwandeln; aber das ist etwas ganz anderes und gehört tendenziell auch eher ins 13. als ins 12. Jahrhundert. – Demgegenüber stellt das Brakteaten-Kapitel von Karl Walker unabhängig von der Bewertung der Münzverrufungen eine lesbare und gut informierte Zusammenschau über den Forschungsstand seiner Zeit dar.

Mit dem Versuch, esoterische Traditionen im hochmittelalterlichen Denken freizulegen, bewegt sich Lietaer auf ganz brüchigem Eis – das Esoterische am Esoterischen liegt ja gerade darin, daß es sich nicht im Schriftgut niederschlägt, das bis auf uns gekommen ist und nun in den Archiven ruht, sondern daß es eben esoterisch blieb und deshalb allenfalls indirekt erschlossen werden kann. Immerhin erscheinen zwischen dem Isiskult und dem recht unvermittelt in Europa aufkommenden Kult der schwarzen Madonnen doch so viele Parallelen, daß die Möglichkeit eines Zusammenhanges, wie unwahrscheinlich auch immer er ist, nicht a priori abgelehnt werden muß. Übrigens wurde Georges Duby, einer der bedeutendsten Historiker der Gegenwart, nicht müde, auf die Relevanz des "Verdrängten" in der Geschichte hinzuweisen; er gab den Historikern geradezu als Pflichtübung auf, bei ihrer Quellenlektüre auf die selten einmal aufscheinenden Hinweise auf das "willentlich oder unwillentlich" Verschwiegene genau Acht zu geben.

Kurz und gut: Wenn man über den geldgeschichtlichen Ansatz Lietaers den Daumen heben oder senken möchte, dann müßten weitere empirische Gründe vorgelegt werden. Wollte man dieses Defizit für das Mittelalter ausgleichen, müßte man einen Währungsraum aussuchen, für den sowohl die

währungspolitischen Maßnahmen als auch die wirtschaftliche Gesamtentwicklung des 13. Jahrhunderts so gut bekannt sind, daß ein Abgleichen dieser Daten möglich ist. Die wenigen Autoren, die sich mit der Frage der Münzverrufungen beschäftigt haben, schätzen ihre Auswirkungen tendenziell negativ ein. Darin sind sie sicherlich durch den Tenor ihres Quellenmaterials beeinflusst; ihr Urteil braucht nicht zwingend für alle Zeiten zu gelten. Wer es ablehnt, müßte seine Ansicht aber denselben wissenschaftlichen Standards unterwerfen, also zumindest eine Reihe signifikanter Fallbeispiele anbieten können.

Generell bleibt zu prüfen, ob die unterschwellige Hauptthese der Arbeiten Lietaers und Walkers zutrifft, ob tatsächlich eine Besonderheit des Münzwesens im hohen und späteren Mittelalter zu einem beschleunigten Geldumlauf und damit zu einem über drei Jahrhunderte anhaltenden Investitions- und Innovationsschub geführt haben kann. Eine der Grundannahmen dabei ist die immer wieder aufscheinende Behauptung, der mittelalterliche Geldumlauf habe gewissermaßen zwangsläufig stets pulsiert, weil das Münzgeld nicht hortbar gewesen sei. Diese Voraussetzung ist indes mehr als fragwürdig, wie die nicht ganz seltenen Funde von Brakteatenhorten beweisen. Und mehr noch: diese Brakteatenhorte überliefern für gewöhnlich nicht nur Pfennige einer Zeitstufe, sondern nicht selten Brakteaten aus mehreren Jahrzehnten, die demnach auch lange nach ihrem Verrufungstermin noch im Umlauf anzutreffen waren (vorbildlich analysiert ist etwa der Münzschatzfund von Eschikofen TG, Thurgauer Beiträge zur Geschichte 134, 1997). Dies verwundert weiter überhaupt nicht: Eine neuzeitliche Scheidemünze verliert ihren Wert, sobald der Münzherr sie für ungültig erklärt oder die Münzherrschaft nicht mehr besteht und für den Wert nicht mehr garantieren kann. Für Zehnpfennigstücke der Weimarer Republik kann man nichts mehr kaufen, und mit der Einführung der Euromünzen wird unseren Groschen dasselbe widerfahren. Brakteaten bleiben von derlei in gewisser Weise unberührt: Ein Fürst mag anordnen, daß seine alten Pfennige auf seinem Markt nicht mehr angenommen werden; deswegen verliert der alte Pfennig seinen intrinsischen Silberwert von einem Pfennig nicht – und über die Annahme oder Ablehnung dieses Pfennigs außerhalb

seines Marktes hat dieser Fürst ohnehin nicht zu befinden.

Ich würde mir wünschen, daß Numismatiker und Geldhistoriker künftig tatkräftig zur Beantwortung der von Walker und Lietaer angerissenen, aber nicht erschöpfend gelösten Fragen beitragen. Bis dahin gilt: "So redet man denn von einem 'mittelalterlichen Münzwirwar' und nimmt andererseits das Phänomen der jahrhundertlang blühenden Wirtschaft und Kultur als eine Selbstverständlichkeit hin, als ob es daran nichts zu erklären gäbe" (Walker, S. 88).

Harald Rainer Derschka

Claus F. Lücker
Zinsverbot und Schuldenerlaß
Eine bibeltheologisch-sozialgeschichtliche
Studie zur Frage nach ethischen Kriterien für
Kapitalanlagen kirchlich-institutioneller Anleger
in Deutschland

Frankfurt a.M.: IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation, 1999, 420 Seiten.

"Erst im Lauf des 20. Jahrhunderts zeigt sich die vorbehaltlose Übernahme und Nutzung der Eigengesetzlichkeiten des Kapitalmarktes erneut und zunehmend als ethisch höchst fragwürdig. Dessen Natur und Kultur zerstörende, Frieden gefährdende und ungerechte systemische Konsequenzen treten im Zuge der Globalisierung mit wachsender Deutlichkeit zutage, und mit ihnen rückt die theologische Diastase "Gott oder Mammon" neu ins Bewußtsein" (325).

Auf der Basis der in den vergangenen Jahren gewachsenen Sensibilität für die ökologischen, sozialen aber auch kulturellen Probleme und negativen Wirkungen der vorrangig nach ökonomischen Kriterien gesteuerten Geld- und Kapitalmärkte sind eine ganze Reihe lesenswerter Veröffentlichungen zu dieser Thematik, der Diastase Gott oder Mammon sowie konkret die Zins-, Zinseszins- und Verschuldungsproblematik betreffend, erschienen.

Die vorliegende Studie vermag hier einen überraschenden Beitrag zu liefern. Lücker modifiziert nicht bereits Gesagtes, sondern liefert einen völlig neuen Ansatz. Der Autor fragt konkret nach ethischen Kriterien für Kapitalanlagen kirchlich-institutioneller Anleger in Deutschland und legt in diesem Rahmen erstmals eine sozioökonomische Untersuchung der – in der Geschichte einzigartigen – alttestamentari-

schen Vorschriften zu Zinsverbot und Schuldenerlaß und deren neutestamentlicher Weiterentwicklung vor. Ziel der sehr differenzierten und gründlich recherchierten sozioökonomisch-bibeltheologischen Untersuchungen ist, "... die Steuerung des Marktes und der sozialen Abhängigkeiten durch Entscheidungsvorschriften und Zinsverbotsappelle bzw. Zinsverbote in ihrer Theologik und Ökonomik zu verstehen, zugleich aber auch die begrenzten Möglichkeiten dieser Instrumente wahrzunehmen und aufzuzeigen. Die gewonnenen Erkenntnisse dienen dazu, Chancen und Grenzen der Rückfrage nach den alttestamentlichen Traditionen für die heutige, globalisierte Geldwirtschaft auszuloten, die strukturell auf (Zins- und sonstige) Ertragsmaximierung ausgelegt ist, und daraus möglicherweise realistische Handlungsoptionen für die den beiden Testamenten der Bibel verpflichteten Geldanleger des kirchlichen Raumes abzuleiten" (23). Dabei beschreibt Lücker sachkundig die sozio-kulturellen, v.a. religiösen Gründe, die – inmitten eines von Geldwirtschaft und Zinssystem geprägten Umfeldes – zur Formulierung der unterschiedlichen Gesetze und Bestimmungen zum Zinsverbot und Schuldenerlaß geführt haben und analysiert detailliert die einzelnen biblischen Bestimmungen zu diesem Thema. Der Autor kommt dabei u.a. – entgegen der herkömmlichen Interpretation des AT, die ein absolutes Zinsverbot für alle Art von Darlehen unter Israeliten nennt, – zu dem Ergebnis, daß tatsächlich von einem konditionierten Zinsverbot auszugehen ist. "Regelmäßiger [und damit kalkulierbarer] Schuldenerlaß im Sabbatjahr und Verbot jeglicher Zinsnahme bei Armen, d.i. in ihrer wirtschaftlichen Eigenständigkeit bedrohten Personen und Familien, sind die einzigen ökonomisch-systemischen Vorschriften zum Wirtschaften mit privaten Kapitalvermögen ..." (192), die sich als Minimumkonsens auf Dauer durchsetzten. Der Ursprung dieser – in der Geschichte einzigartigen – Bestimmungen liegt, so der Autor, in dem auf dem Schöpfungsglauben und der Exoduserfahrung basierenden Freiheits- und Selbstbewußtseins Israels. Keiner soll in die Entmündigung der Sklaverei fallen dürfen, es ist der Wille JHWHs, daß der einzelne und das ganze Volk wirtschaftliche Eigenständigkeit und die damit verbundenen Freiheitsrechte zuerkannt bekommt.

Die neutestamentlichen Schriften halten – ausgehend von dem Glauben an den "sich selbst und seine

Gaben liebend verschenkenden" (259) Gott – an den Gedanken des AT zu Zinsverbot und Schuldenerlaß fest und radikalisieren diese Bestimmungen.

Im dritten Teil der Arbeit werden die Ergebnisse der bibeltheologischen Studien – unter Berücksichtigung der in den mehr als 2.000 Jahren erfolgten Veränderungen und v.a. Komplexitätssteigerungen an den Finanzmärkten – eingebracht in die Erarbeitung einer ethisch qualifizierten Kriteriologie für kirchlich-institutionelle Kapitalanlagen. Die bibeltheologischen Studien liefern damit einen Beitrag zur Umsetzung der 1997 in dem Dokument "Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit" festgeschriebenen Selbstverpflichtung der Kirchen in Deutschland auf "strengere Maßstäbe" im Umgang mit dem eigenen Geldvermögen. Dabei nimmt der Autor u.a. Bezug auf die internationale Schuldenkrise und die diesbezügliche Involviertheit der Kirche. Schließlich analysiert Lücker den finanzethischen Auftrag kirchlich-institutioneller Anleger und weist zu recht darauf hin, daß die "... derzeitige Finanzverwaltungs- und Geldanlagepolitik in vielfacher Hinsicht ... ihr In-Erscheinung-Treten ... als religiöse Instanz negiert. Als solche stehen sie in einer langen, verbindlichen biblischen Tradition" (323). Die Kirchen sind, nach Lücker, von daher herausgefordert, den anstehenden Paradigmenwechsel in Erinnerung der biblischen Traditionen von Zinsverbot und Schuldenerlaß zu vollziehen und dabei zeitgemäß problemgerecht diese zu transformieren (vgl. 325). "Dabei sind zuerst Möglichkeiten zu schaffen, die den undurchsichtigen und komplexen internationalen Kapitalmarkt transparent machen, sowohl hinsichtlich der Verschuldungsmechanismen wie auch hinsichtlich der ethischen Bewertung von Unternehmen, Staaten und Institutionen, die um Kapital nachsuchen und von Banken und Kreditinstituten, auf deren Vermittlungstätigkeit auch die kirchlich-institutionellen Anleger angewiesen sind" (326). Lücker verweist hier auf die z.T. sehr beachtlichen Anfänge im sog. alternativen Finanzsektor sowie auf bereits vorhandene Instrumentarien, wie die von der Projektgruppe Ethisch-Ökologisches Rating (EÖR) entwickelte methodengestützte Kriteriologie des Frankfurt-Hohenheimer Leitfadens (FHL) (vgl. J. Hoffmann, K. Ott, G. Scherhorn, Ethische Kriterien für die Bewertung von Unternehmen. Frankfurt-Hohenheimer

Leitfaden, Frankfurt a.M. 1997), der die bislang einzige theoretische Grundlage für ethisch-ökologische Ratings (= Unternehmensbewertungen) bietet und damit einen wesentlichen Beitrag zur Transparenz auf diesem Gebiet leistet. Des weiteren stellt Lücker das US-amerikanische Interfaith Center on Corporate Responsibility (ICCR) als "... wohl wichtigstes Vorbild für eine praxisbezogene Umsetzung und Erarbeitung ethischer Kriterien kirchlich-institutioneller Anleger ..." (357) vor. Es gilt, so betont der Autor, in Analogie zum ICCR "... ein den finanzökonomischen Verhältnissen der kirchlichen Institutionen in Deutschland gemäßes Instrumentarium zu entwickeln und verfügbar zu machen, mit dessen Hilfe die Selbstverpflichtung der Kirchen in Deutschland zu den "strengeren Maßstäben" wirksam in Praxis übergeführt werden kann" (365). Denn, da bislang in Relation zu ihrem Kapitalvermögen nicht hinreichend brauchbare, nach ethisch-ökologischen Kriterien bewertete Anlageprodukte zur Verfügung stehen, müssen die Kirchen notwendig die Möglichkeiten hierfür selbst schaffen. Aufzubauen, so Lücker, ist von daher eine kirchennahe Agentur für ethisch-ökologisches Rating. Die ersten Schritte in dieser Richtung sind bereits getan. Einige "... Ordensgemeinschaften sehen in der Gründung einen prophetischen Impuls ..." (367) und finanzieren die Aufbauphase, in der die Umsetzung des FHL durch die Projektgruppe EÖR in Kooperation mit bereits am Markt operierenden Ratingagenturen durchgeführt wird. Dieses Buch liefert, auch für Nichttheologen, gerade auch im Kontext der Kampagne "Erlaßjahr 2000" – einen wichtigen und wertvollen Beitrag für die Frage nach einem zwar in der biblischen Tradition von Zinsverbot und Schuldenerlaß stehenden, zugleich aber zeitgemäß problemgerechten Umgang kirchlicher Anleger mit Kapitalanlagen. Mit sehr viel Fingerspitzengefühl geht Lücker differenziert auf das sensible Thema der Verantwortung der Kirchen im Rahmen ihres Finanzgebahrens ein. Zugleich ist die vorliegende Studie ein wichtiger Beitrag im Rahmen der Forschungsarbeiten des interdisziplinären Projektes Ethisch-ökologisches Rating, in dessen Rahmen die vorliegende Studie initiiert wurde.

Claudia Döpfner